Nr. 136. 26. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 15. Juni 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Kampf um die Steuern.

Heute beginnt jene Session des Reichstags, in der nach dem Worte Bülows, das jetzt erst recht wie bloße Prahlerei klingt, das große „nationale Werk" der Belastung der breiten Massen der Nation mit 400 Millionen neuer Steuern zu Ende geführt werden soll, falls es gelingt, der schmalen Schicht des großen Besitzes 100 Millionen abzunehmen.

Ein „nationales Werk" ist, wenn auch nicht die Finanzreform, so doch der Kampf um die Finanzreform in der Tat geworden, allerdings in einem anderen Sinne, als die Erfinder der Phrase vermeinten: Das nationale Erziehungswerk dieser letzten Monate wird, so hoffen wir, nicht spurlos an den breiten Massen vorübergegangen sein und ein reicher Schatz politischer Erfahrung, der noch seine Früchte tragen muß, ist angesammelt worden.

Die traurigste Rolle spielte von Anfang an die Regierung. Mit welcher Eindringlichkeit sind wir stets gewarnt worden, wenn wir für Deutschland eine wirklich verantwortliche parlamentarische Regierung forderten. Die deutschen Parteien wären, so versicherten alle patentnationalen Blätter und Parlamentarier, nicht reif, wofür Engländer und Franzosen längst den Befähigungsnachweis erbracht. Das deutsche Volk dürfe einer starken Regierung, die unabhängig bleiben müsse von dem kleinlichen Parteibetriebe, die über den Parteien stehend, nur das Staatswohl im Auge habe und niemandem verantwortlich sein dürfe außer dem Kaiser und dem eigenen Gewissen.

Jetzt haben wir diese starke Regierung wieder einmal an der Arbeit sehen können, und es war fürwahr ein erbauliches Schauspiel! Die Herren Bülow und Sydow hatten eine Finanzreform zurechtgebraut, wie stümperhafter wohl kaum je einem Parlament vorgelegt worden ist. Ein Sammelsurium aneinandergereihter Projekte ohne den inneren Zusammenhang. Da war das alte Schema jedes Finanzministers ohne Geist: noch mehr Biersteuer, noch mehr Branntweinsteuer, noch mehr Tabaksteuer; was darüber hinausging, war von vornherein unmöglich, und so stark die Interessengegensätze der Parteien sich auch steigerten, für die von Herrn Sydow projektierten Steuerunsinnigkeiten der Belastung von Gas und Elektrizität der Behinderung der Presse durch die Inseratensteuer war fast keine Partei zu haben. Kaum hatte die Regierung ihr Werk vorgelegt, so war auch dessen Unzulänglichkeit so offensichtlich, daß das Parlament selbst die Funktion übernehmen mußte, die naturgemäß der Regierung zufällt: die Ausarbeitung von Finanzgesetzen in allen Einzelheiten. Die Regierung, diese so starke unentbehrliche Führerin, trat allmählich in den Hintergrund und an ihrer Stelle übernahmen die Führer parlamentarischer Parteien plötzlich die Regierungsfunktionen. Herr v. Sydow schaute melancholisch zu und seine finanzpolitische Weisheit gab sich schließlich mit der Erkenntnis zufrieden: Wenn nicht, denn nicht. Eine so armselige und jämmerliche Rolle hat wirklich eine parlamentarische Regierung anderer größerer Nationen niemals gespielt.

Ist in der Finanzreform der Regierung nicht ein einziger großzügiger finanzpolitischer Gedanke zu entdecken, läßt sie vor allem den alten Jammer der Abhängigkeit der Reichsfinanzen von den Finanzen der Bundesstaaten, wodurch beide ständig in Unordnung zu geraten drohen, unangetastet, so steckte doch in ihr jene politische Hinterlist, die für die Politik des vierten Kanzlers so charakteristisch ist. Einmal sollte durch Bindung und Festlegung der Matrikularbeiträge das ohnehin so kümmerliche Budgetrecht des Reichstages noch verschlechtert werden, ein Plan, so reaktionär, daß er selbst im Blockreichstage scheitern mußte. Dann aber fehlte auch diesmal nicht der demagogische Zug: die ungeheuerliche Neubelastung durch indirekte Steuern sollte möglichst verhüllt werden durch die pomphafte Art, in der man die Heranziehung des Besitzes für den fünften Teil der Ausgaben in den Vordergrund rückte. In der Tat wurde dies das einzige Prinzip in dieser Vorlage einer prinzipienlosen Finanzpolitik, und Fürst Bülow hat ja mit einer bei ihm seltenen Offenheit den wahren Grund dafür angegeben: Auch diese Regierung der Hottentottenwahlen durfte es nicht mehr wagen, das alte Prinzip, die Reichsfinanzen nur auf indirekte Steuern und Zölle aufzubauen, noch aufrecht zu erhalten; **die Angst vor dem weiteren Wachstum der Sozialdemokratie hinderte Bülow, die Steuerfreiheit der Besitzenden im Reiche auch diesmal streng durchzuführen.**

Und hier setzt der zweite Teil der nationalen Erziehungsarbeit ein, der sich die bürgerlichen Parteien mit solchem Eifer unterzogen haben. Die nationale Opferwilligkeit der staatserhaltendsten der staatserhaltenden Parteien, der Konservativen, erschien plötzlich in ihrem wahren Licht; mit zynischer Offenheit und brutaler Rücksichtslosigkeit enthüllten sie das Wesen ihrer politischen Herrschaft als den Drang nach Steigerung ihrer Renten und Abwälzung aller Lasten, die die eigene Politik dem Staate auferlegt hat, auf die Schultern der anderen. Und skrupellos wurden sie in diesem Streben unterstützt von dem Zentrum, das sich sofort bereit erklärte, 400 Millionen indirekter Steuern von den Arbeitern und den kleinen Leuten, 100 Millionen von dem „mobilen Kapital" als Kaufpreis zahlen zu lassen für seine Wiedereinsetzung in die Herrschaft. Immer wieder muß es den Zentrumsarbeitern vor Augen geführt werden, daß die neuen Steuern, die sie aufbringen werden müssen, ein Teil jener Summe ist, die Herr Spahn als Geschäftsanteil den Konservativen zubringen muß, um seiner Partei wieder ein Stück Macht zu verschaffen.

Daß aber die Dinge sich so entwickeln konnten, daß aus dem Kampf gegen die indirekten Steuern, den die unerhörten Regierungsvorschläge hervorrufen mußten, ein Kampf der Agrarier gegen die Erbschaftssteuer werden konnte, das ist vor allem Schuld der Liberalen. Dem lächerlichen Phantom der Blockpolitik zuliebe haben sie von vornherein alle indirekten Steuern der Regierung im Prinzip akzeptiert und sich höchstens kleine Nachlässe bei der einen oder anderen Steuer vorbehalten. Sie waren es, die den Regierungsschwindel, die Erbschaftssteuer als Vorspann für die indirekten Steuern zu benützen, am eifrigsten unterstützten. Das Schlimmste aber und Dümmste war, daß sie bereit waren, einer Regierung eine halbe Milliarde Steuern zu bewilligen, ohne die geringsten politischen Garantien zu verlangen dafür, daß in der inneren Politik nicht mehr ausschließlich nach der Diktatur der Junker regiert werde. Als an die liberalen Politiker die Frage gerichtet wurde, wie sie es denn verantworten könnten, von Steuerbewilligung zu sprechen, bevor eine Wahlreform in Preußen und die Verfassungsgarantien gegen das persönliche Regiment im Reiche gesichert seien, da schrie der brave Kopsch über die Unmoral solcher „Erpresserpolitik", und im Geschäftsordnungsausschuß wandte Herr Müller-Meiningen alle Finessen an, die Reformvorschläge der Sozialdemokraten zu Fall zu bringen.

Dieses völlige Versagen der Liberalen erst hat den Junkern den Mut gegeben, nun ihrerseits den Spieß umzudrehen und von der Verteidigung ihres Rechts auf Steuerhinterziehung überzugehen zu der Sicherung ihres reaktionären Regimes. Sie hatten keinen Moment lang die zarten Bedenken der Freisinnigen, die Steuernöte der Regierung zu einer politischen „Erpressung" zu benützen, und je größer die Finanznot der Regierung wurde, desto energischer gebrauchten die Junker ihre Macht. Der Block wurde gesprengt, der liberalen Majoritätseinbildung ein jähes Ende gesetzt und der Regierung klargemacht, daß nicht die preußische Politik nach der Reichspolitik sich zu richten habe, sondern umgekehrt. Die Junker haben im Reiche der Blockpolitik ein Ende gemacht, weil sie die Wahlreform in Preußen unter allen Umständen vereiteln wollen, und es ist ihnen vorläufig gelungen, weil sie die Hilfe des Zentrums fanden, derselben Partei, die behauptet, für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen zu sein!

Die Liberalen, die solche Angst hatten, Subjekte einer „politischen Erpressung" zu sein, sind deshalb die jämmerlichen Opfer der konservativen Erpressung geworden.

Und mit ihnen die Regierung. Denn die neuen Ersatzsteuern, die gestern dem Reichstag zugegangen sind und in der „Nordd. Allg. Ztg." im Auszug veröffentlicht werden, bedeuten einen jämmerlichen Rückzug der Regierung vor dem Bund der Landwirte. An Stelle der ohnehin so ungenügenden Erbschaftssteuer tritt eine Erbanfallsteuer, die dem Reiche an Stelle von 100 Millionen nur 55 Millionen bringen wird. Die einzige wirkliche und gleichmäßige Besitzsteuer wird so fast auf die Hälfte reduziert, ein Entgegenkommen gegen die agrarische Anmaßung, das wieder beweist, daß Fürst Bülow in der Tat ein agrarischer und nichts als ein agrarischer Kanzler ist. Als schlechten Ersatz bietet die Regierung neue Steuerprojekte, die zu einem Teil den Verkehr in schädlicher Weise belasten, zum Teil zwar das mobile Kapital treffen, aber den Großgrundbesitz völlig verschonen. Dazu kommt eine ganz unsinnige Besteuerung der Feuerversicherungspolicen, die zwar die kleinsten Versicherungen bis 5000 Mk. freiläßt, aber durch die Höhe der Steuer, die oft dem vollen Betrag der Versicherungsprämien gleichkommt, eine ganz außerordentliche Belastung gerade der kleinen Versicherungen bedeutet und in ihrer Rückwirkung durch die Hemmung der Versicherung geradezu kulturfeindliche Wirkungen entfalten muß.

Ueber die Gestaltung der neuen Steuern im einzelnen unterrichtet der nachfolgende Artikel.

Die Ersatzsteuern.

Politisch am wichtigsten ist von den neuen Steuern die Erbanfallsteuer. Es ist charakteristisch, daß das Kanzlerblatt sich da vor allem um den Nachweis bemüht, daß den agrarischen Wünschen von der Regierung in weitgehendstem Maße Rechnung getragen wurde. Und dieser Nachweis ist dem Blatt in der Tat gelungen. Es schreibt:

Gegen die Nachlaßsteuer ist der Vorwurf erhoben worden, daß auf die Zahl der Erben keine Rücksicht genommen werde und daß daher der aus dem progressiven Charakter der Steuer sich ergebende höhere Steuersatz die einzelnen Erben auch dann treffe, wenn der auf jeden von ihnen entfallende Anteil an einer in viele Teile gehenden Erbschaft nur gering sei. Für die Form der Nachlaßsteuer sprechen nun zwar vom finanziellen Standpunkt aus eine Reihe gewichtiger Gründe, die Möglichkeit, mit niedrigeren Prozentsätzen anzufangen und doch ansehnliche Erträge zu erzielen, weil die Steuer sich auf eine breitere Gesamtmasse aufbaut, ferner der Umstand, daß die Wehrsteuer sich finanztechnisch nur mit einer Nachlaßsteuer zweckmäßig verbinden läßt. Indessen sind die zugunsten gerade dieser Steuerform geltend zu machenden Gründe für die verbündeten Regierungen nicht von solcher Bedeutung, daß diese nicht auch zu einem Ausbau der Erbanfallsteuer auf Ehegatten und Kinder bereit wären. . . .

Die Befürchtung, daß die Steuer ein für die nächsten Angehörigen nicht leicht zu ertragendes Eindringen der Steuerbehörde in die Familienverhältnisse zur Folge haben könne, richtet sich vornehmlich und kann sich nur richten gegen den Zwang zu einer Offenlegung des Mobiliarvermögens und gegen die Notwendigkeit einer Wertabschätzung von Gegenständen, die man bisher nicht nach dem Verkaufswert zu betrachten gewohnt war. Denn hinsichtlich des übrigen Vermögens kann auch bei der Erbschaftssteuer von einem tieferen Eindringen in die Vermögensverhältnisse der Familie, als es etwa bei der Einkommen- und Vermögenssteuer der Fall ist, die Rede nicht sein. Jener Besorgnis wird daher der Boden entzogen, wenn man bei der Besteuerung des Gatten- und Kindeserbes den **Mobiliarbesitz, soweit er nicht in Kapitalien, insbesondere in Wertpapieren besteht, aus der Besteuerung völlig ausscheidet.** Das bedeutet zwar einen nicht ganz unwesentlichen Einnahmeausfall, doch wird dies Opfer gebracht werden können, in der Erwartung, daß dadurch der Steuer das Gehässige genommen wird, was sie für weite Kreise noch gehabt haben mag.

Die Agrarier erhalten also zunächst zwei **wichtige Konzessionen**, die beide auf eine Verringerung dieser Besitzsteuer hinauslaufen. Die steuertechnisch viel einfachere und vor allem eine leichtere Kontrolle gewährende Erbschaftssteuer wird in eine Erbanfallsteuer verwandelt, die, worauf bei den Agrariern immer besonders zu achten ist, leichter hinterziehbar ist und deren Ertrag geringer ist. Noch mehr Rücksicht aber nimmt gerade auf die Reichsten die zweite Konzession, die den Mobilienbesitz, soweit er nicht in Kapitalien besteht, von der Besteuerung ausschließt. Das bedeutet, daß große Vermögenswerte steuerfrei bleiben, damit die reichen Erben nicht durch die Neugierde des Steuerkommissärs verletzt werden. Und dies trotz „des nicht ganz unwesentlichen Steueraussfalles". Aber es kommt noch besser. Die „Nordd. Allg. Zeitung" erzählt weiter:

„Ein weiteres sehr erhebliches Entgegenkommen gegen vielfach geäußerte Wünsche bedeutet die **Freilassung des Gattenerbes in beerbter Ehe.** Schon der Entwurf eines Nachlaßsteuergesetzes enthielt die Bestimmung, daß, wenn der Nachlaß an gemeinschaftliche Abkömmlinge aus der Ehe mit dem vorverstorbenen Ehegatten des Erblassers fällt, auf die Nachlaßsteuer der vom letztverstorbenen Ehegatten für seinen Anteil am Nachlaß des erstverstorbenen Ehegatten seinerzeit entrichtete Betrag in Anrechnung gebracht wird, und erkannte damit den Grundsatz an, daß die Steuer in solchen Fällen also nur einmal zu entrichten sein sollte. Der neue Entwurf geht hier noch einen Schritt weiter und entkräftigt so den Einwand, daß die Steuer in dem Fall unbillig sei, wo die Ehefrau dasjenige, was der Mann hinterläßt, hat miterwerben und miterhalten helfen. — Weiter soll die Steuer nach einer neueingefügten Bestimmung dann nicht erhoben werden, wenn der Ernährer der Familie im Felde gefallen ist. . . . .

Der Entwurf sieht das Recht des Erbschaftssteueramtes vor, unter Umständen eine Versicherung an Eides Statt über die Richtigkeit und Vollständigkeit der eingereichten Erbschaftssteuererklärung und der weiteren Angaben zu fordern.

Um den kleineren und mittleren Besitz von der Steuer freizulassen, ist die Grenze, von der ab eine Erbschaftsbesteuerung für die bezeichneten Personenklassen überhaupt erst eintreten soll, so gezogen, daß, wenn der reine Wert des Gesamtnachlasses — auch hier ungerechnet den nicht in Kapitalbesitz bestehenden Mobiliarnachlaß — nicht mehr als 20000 M. beträgt, Steuerfreiheit eintritt, gleichviel, wie hoch der Erwerb des einzelnen Erben ist, und daß im übrigen die Steuerpflicht für Kinder und kinderlose Ehegatten erst bei einem Erbanfalle von mehr als 10000 M. beginnen soll. Im übrigen sind alle diejenigen Vergünstigungen zugunsten des ländlichen Grundbesitzes wiederholt, die der früher vorgelegte Entwurf einer Erbschaftssteuernovelle enthielt.

Der Mehrertrag der erweiterten Erbschaftssteuer **ist auf 68 Millionen Mark** zu veranschlagen, wovon nach Abzug eines Anteiles der Bundesstaaten für das Reich **ein Ertrag von 55 Millionen Mark erwartet wird."**

Aus dem Entwurf geben wir noch die folgenden Bestimmungen über die Besteuerung der Ehegatten und Kinder:

§ 9a. Die Erbschaftssteuer beträgt eins vom Hundert:

1. für Ehegatten, sofern gemeinschaftliche Abkömmlinge nicht vorhanden sind;
2. für eheliche Kinder und solche Kinder, welchen die rechtliche Stellung ehelicher Kinder zukommt — jedoch mit Ausschluß der an Kindesstatt angenommenen Kinder — sowie für eingekindschaftete Kinder;
3. für uneheliche Kinder aus dem Vermögen der Mutter oder der mütterlichen Voreltern;
4. für Abkömmlinge der zu 2, 3 bezeichneten Kinder.

Der Steuersatz von eins vom Hundert findet auf den Erwerb einer an Kindesstatt angenommenen Person und ihrer Abkömmlinge, auf die sich die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt erstrecken, dann Anwendung, wenn jene Person ein uneheliches Kind des Erblassers ist.

Der Steuersatz von eins vom Hundert erhöht sich, wenn der Wert des steuerpflichtigen Erwerbes den Betrag von

30 000	Mark	übersteigt,	auf 1,25	vom	Hundert,
50 000	„	„	„ 1,50	„	„
75 000	„	„	„ 1,75	„	„
100 000	„	„	„ 2,00	„	„
150 000	„	„	„ 2,25	„	„
200 000	„	„	„ 2,50	„	„

300 000	Mark übersteigt,	auf	2,75	vom	Hundert,
400 000	„	„	„ 3,00	„	„
500 000	„	„	„ 3,25	„	„
600 000	„	„	„ 3,50	„	„
750 000	„	„	„ 4,00	„	„

dieses Wertes.

Finden so die Agrarier in der Tat ein „sehr erhebliches Entgegenkommen" bei der Regierung, so müssen dafür andere Kreise durch erhöhte Belastung büßen. Nicht weniger als **35 Millionen Mark** sollen durch die **Steuer auf Feuerversicherungspolicen** aufgebracht werden. Es wird eine Stempelabgabe von Quittungen über gezahlte Versicherungsprämien vorgeschlagen, die, in Höhe von jährlich ein Viertel vom Tausend der Versicherungssumme erhoben werden soll.

Der nicht erfaßte, in Wertpapieren bestende Kapitalbesitz soll durch eine nochmalige **Erhöhung des Effektenstempels** belastet werden. Es sollen in Zukunft entrichtet werden: Von inländischen Aktien 2½ Proz., von ausländischen 3 Proz., von Kuxen 3 M., von Einzahlungen auf solche 2½ Proz., von inländischen privaten Renten und Schuldverschreibungen sowie solchen ausländischer Staaten und öffentlicher Verbände usw. 1 Proz., von sonstigen ausländischen Obligationen 1½ Proz., endlich von Renten und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Verbände 3 vom Tausend. Neu hinzutreten die Aktien der deutschen Kolonialgesellschaften mit 1 Proz. Der Mehrertrag aus diesen Tarifänderungen wird auf **etwa 10 Millionen Mark** geschätzt.

Die **Wertzuwachssteuer von Grundstücken** wird abgelehnt. Nur einen unzulänglichen Ersatz bietet der von der Beurkundung der Eigentumsübertragung zu erhebende Wertstempel der ein drittel Prozent betragen soll. Die Steuer soll **20 Millionen Mark** bringen.

Als Verkehrssteuern, die an den Geldumsatz anknüpfen, werden eine Erhöhung des **Stempels für Wechsel** und ein **Scheckstempel** vorgeschlagen. Es wird mit einem Ertrage von insgesamt **20 Millionen Mark** gerechnet.

Der Wechselstempel soll nur für solche Wechsel, die länger als 3 Monate laufen, erhöht werden, und zwar im ersten Jahre für einen und dann für je fernere 6 Monate der Laufzeit um eine weitere Abgabe in Höhe des bisherigen Stempels.

Auf Schecks soll ein fester Stempel von 10 Pf. pro Exemplar erhoben werden, womit man glücklich die volkswirtschaftliche Ausdehnung des Scheckverkehrs, die eben begonnen hat, wieder verhindern wird.

So bedeuten die neuen Steuern bereits den halben Sieg des Agrariertums über die Regierung und das mit der Regierung verbündete Großkapital. Für die Arbeiterklasse aber bedeutet die Stellungnahme der Regierung, daß die Vermehrung der Last der indirekten Steuern durch den Kaffee- und Teezoll und die Streichholzsteuer noch vermehrt werden soll. Um so schärfer müssen die arbeitenden Massen ihren Protest gegen diesen Raubzug erheben. Die Energie, die die Großkapitalisten und Großagrarier im Kampf um ihr Portemonnaie bekundet haben, muß übertroffen werden durch die Energie, mit der die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Verteuerung ihrer Lebens- und Genußmittel führen muß.

Hermann Goldstein †

Auf dem Krankenlager des Hospitals zu Dresden ist am Montagvormittag Genosse Goldstein dem schweren Siechtum erlegen, das ihn nur noch auf kurze Zeitspannen freigelassen hat, nachdem ihn im Oktober der Schlaganfall jäh niederwarf. Ein Leben eifriger und tüchtiger Arbeit ist zur Rüste gegangen; ein braver Kämpfer, ein Veteran der Arbeiterbewegung hat den narbenbedeckten Leib zur letzten Ruhe gestreckt.

Hermann Goldstein ist in jungen Jahren zur Sozialdemokratie gekommen; die harten Jahre der ersten Arbeit, die schwere, gefährliche Zeit des Sozialistengesetzes hat er in ihren Reihen durchgekämpft; früh schon stand er auf verantwortungsvollen Posten. Und überall gab er seine ganze Kraft. Bis in die letzte Zeit . . .

Aus der Proletarierhütte ist er hervorgegangen; als Sohn eines Arbeiters wurde er 1852 zu Möckern bei Leipzig geboren. Die Volksschule durchlief er in Dresden, ward dort Advokatenschreiber, Antiquariatsgehilfe; die Zeit, die ihm der Broterwerb ließ, war dem Dienst der Partei und dem Studium ihrer Lehren gewidmet. Mutig hat er in der Zeit des Ausnahmegesetzes seinen Posten ausgefüllt; an den zahlreichen Dresdener Parteiblättern, die in dieser Zeit immer wieder neugegründet und immer wieder nach kurzer Zeit unterdrückt wurden, hat Goldstein wacker mitgearbeitet. Um sich eine Existenz zu sichern, hatte er schließlich einen kleinen Buchhandel aufmachen müssen.

Bald nach dem Fall des Schandgesetzes im Jahre 1891 wurde Goldstein von den sächsischen Genossen in den Landtag des Musterländchens der Reaktion gewählt; 1892 übernahm er die Leitung des „Sächsischen Volksblattes" zu Zwickau, die er bis in die letzten Jahre geführt hat. Das Landtagsmandat sollte er nicht so ununterbrochen ausüben. Nachdem er manchen heftigen Strauß mit den Vertretern der sächsischen Reaktion auf den Ministersesseln und den Landbotensitzen ausgefochten, manche trefflichen Hiebe im alten Dresdener Landtagshause gegen die sächsische Polizeiwirtschaft und die sozialpolitische Rückständigkeit des grün-weißen Regiments geführt, unterlag er im Jahre 1898 — nicht dem bürgerlichen Gegner, sondern der Niedertracht des Wahlrechtsraubes von 1896. Das Dreiklassenwahlrecht, die Nachahmung des schändlichen preußischen Systems, drängte die Vertreter des Proletariats aus dem Landesparlament.

Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1903 kam die Revanche. Zweiundzwanzig von den dreiundzwanzig sächsischen Wahlkreisen wählten rot und unter den Gewählten war auch Goldstein, den der 19. Wahlkreis, der Kreis Stollberg-Schneeberg, nach Berlin sandte. Eine Hochburg der sächsischen Sozialdemokratie. Schon 1867 hat Liebknecht sie im norddeutschen Reichstag vertreten und seit 1890 ist sie ununterbrochen im sozialdemokratischen Besitz.

1903 siegte Goldstein, der der Nachfolger des vom Mandat zurückgetretenen Genossen Seifert-Zwickau wurde, mit 20 096 Stimmen gegen noch nicht 10 000 aller Gegner, im „nationalen" Rummel der Wahlen von 1907 behauptete er den Wahlkreis mit 18 999 gegen 14 524 bürgerliche Stimmen.

Im Jahre 1905 kam zu dem Reichstagsmandat das Landtagsmandat wieder hinzu. Goldstein war es vergönnt, als einziger Sozialdemokrat in den vier Jahre sozialistenrein gewesenen sächsischen Dreiklassenlandtag einzudringen. Im 37. ländlichen Wahlkreise, einem erzgebirgischen Bezirk bei Zwickau, überstieg die Sozialdemokratie die wider sie errichteten Schranken des Dreiklassenunrechts. In diesem Gebiet der schlimmsten Armut sind die Wohlhabenden so spärlich gesät, daß die Sozialdemokratie eine größere Anzahl Wahlmannsmandate in der zweiten und sogar ersten Wählerklasse erobern konnte; 52 sozialdemokratische Wahlmänner standen gegen 49 bürgerliche. Als alleiniger Vertreter der Sozialdemokratie hat Goldstein dann im Landtag Sachsens wider die kompakte Mehrheit der konservativen und nationalliberalen Mehrheit wacker seinen Mann gestanden und ein gutes Stück Arbeit geleistet. In der letzten Session, die das schlechte Dreiklassensystem durch das nicht bessere Pluralsystem ersetzte, hat er Sachsens Arbeiterschaft nur noch kurze Zeit vertreten können; bald nach der Eröffnung der Session warf ihn die tückische Krankheit aufs Krankenlager.

Nun hat ihn der Tod von schwerem Leiden erlöst. Ehre dem Tapferen, dem Treuen! Ehrendes Andenken seiner Arbeit!

Unehrliche Pharisäer.

Die „Vossische Zeitung" entrüstete sich dieser Tage gesinnungstüchtig über die unsittliche Sozialdemokratie, insbesondere über den unsittlichen Karl Kautsky, der „das Dogma von der Pflicht der „Genossen" zur Lüge" aufgestellt habe. In der von Kautsky geschriebenen Vorrede zu der neuerdings erschienenen Broschüre des Genossen Gorter über den historischen Materialismus haben die Herren der „Vossischen Zeitung" eine Stelle entdeckt, wo Genosse Kautsky das Belügen des Gegners für erlaubt erkläre. Voll Abscheu nagelt die tugendhafte Tante Voß dieses abscheuliche Exempel sozialdemokratischer Erziehung zur Lüge ans Schemmentor.

Um was handelt es sich? Genosse Kautsky hat schon im April im „Karlsruher Volksfreund" Angriffe der badischen Zentrumspresse, die sich auf demselben Niveau bewegen wie die der „freisinnigen" „Vossischen Zeitung", bündig zurückgewiesen, so daß wir nichts Besseres tun können, als aus seinen damaligen Ausführungen die folgenden Stellen hierherzusetzen:

„Der Satz, den ich in meinem Artikel der „Neuen Zeit", 22. Jahrgang, 1. Bd., S. 5 schrieb, ist nicht die Aufstellung eines besonderen sozialdemokratischen Moralprinzips, sondern die Konstatierung einer Erfahrung, einer Tatsache, die unter den verschiedensten Verhältnissen, bei allen Nationen, Klassen, Parteien, seitdem es eine Geschichte gibt, bisher beobachtet werden konnte. Es ist nicht eine Forderung für Gegenwart und Zukunft, sondern eine Beobachtung der Vergangenheit. Ich sage dort:

„Wie es ökonomische Gesetze gibt, die **für jede Gesellschaftsform** gelten, so gibt es auch sittliche Grundsätze, deren keine entraten kann. Einer der wichtigsten darunter ist die Pflicht der Wahrhaftigkeit dem Genossen gegenüber. Dem Feinde gegenüber hat man diese Pflicht nie anerkannt, dagegen gibt es ohne sie kein dauerndes Zusammenwirken gleichgestellter Genossen."

Aus diesem Zusammenhange geht klar hervor, daß ich etwas konstatiere, das für jede Gesellschaftsform gilt, nicht für die Sozialdemokratie allein; der „man" aber die Pflicht der Wahrhaftigkeit dem Feinde gegenüber nie anerkannt hat, ist nicht die Sozialdemokratie, sondern die Gesamtheit der Menschen.

Möge mir die Zentrumspresse doch in der gesamten Menschheitsgeschichte eine Partei oder Klasse oder Nation nennen, die eine Pflicht unbedingter Wahrhaftigkeit auch dem Feinde gegenüber während eines Kampfes anerkannte, und zwar nicht bloß mit Worten anerkannte, sondern auch übte.

Welche Konsequenz ich daraus für die Parteimoral zog, geht aus dem Artikel hervor, den ich über Parteimoral veröffentlichte („Neue Zeit", 21. Jahrg., 1. Bd.). Ich bekämpfe dort (S. 604) den Standpunkt Bernhards, der behauptete, der Parteiführer darf und muß lügen, nicht nur im Kampfe mit der Polizei und anderen Werkzeugen der Gewalt, sondern auch den Parteigenossen gegenüber. Ich bekämpfte diese Moral als Jesuitenmoral:

„Die Jesuitenmoral, zu der sich Bernhard bekennt, ist die richtige Moral von Parteien und Klüngeln, die über die Massen herrschen und sie ausnutzen wollen; sie ist unvereinbar mit einer demokratischen Partei, in der die Massen herrschen."

„Das Parteiinteresse kann von mir höchstens verlangen, daß ich den Gegnern gegenüber unsere schwachen Punkte nicht an die große Glocke hänge. Es kann nie verlangen, daß ich irgendwo und irgendwie etwas anderes vertrete als meine Ueberzeugung. Wer zu den Massen anders spricht als er denkt, der paßt nicht in die Sozialdemokratie und mögen seine Ziele noch so sozialistisch sein." (S. 605.)

Ich denke, stärker kann man die Pflicht der Wahrhaftigkeit nicht betonen. In der Tat kann in einer Dreimillionenpartei, die öffentlich wirkt, die Pflicht unbedingter Wahrhaftigkeit den Genossen und allen gegenüber, die nicht Feinde sind, keine andere Wirkung haben als volle Wahrhaftigkeit der ganzen Welt gegenüber. Denn wir können zu den Genossen nicht reden, ohne zur Welt zu reden; die Wahrheit, die wir jenen mitteilen, tun wir auch dieser kund. Unsere Agitation wird und muß sich stets durch vollste Wahrhaftigkeit auszeichnen. Nur wo es sich nicht um die Agitation, sondern um die Abwehr persönlicher Gewalttat durch die Polizei und andere Werkzeuge der Gewalt handelt, kann es das Parteiinteresse mitunter erheischen, diese Elemente irre zu führen. Das ist nichts besonders Sozialdemokratisches. Kriegslisten gelten im Krieg stets für erlaubt. Im Kampf der Geister um die Ueberzeugung der Massen aber gibt es keine Partei, die mehr auf vollste Wahrhaftigkeit hält, als die Sozialdemokratie, und gerade der Betonung der Wahrhaftigkeit, der Abwehr der Lüge galten meine Artikel, die jetzt die Zentrumspresse sich zurechtlegt, um uns zu Verfechtern jener Jesuitenmoral zu stempeln, die sie selbst übt.

Fälschung und Verleumdung sind nicht die Waffen der Sozialdemokratie, sondern die ihrer Gegner im Wahlkampf."

Diesen klaren Ausführungen ist nichts weiter hinzuzufügen. Natürlich wissen auch die Herren der „Vossischen Zeitung" ganz gut, daß Kautsky, ebenso wie Gorter, die Verletzung des Wahrheitsgebots und anderer Sittlichkeitsgebote nur als Notwehr gegen den übermächtigen Feind für erlaubt erklären. Und sie sind nicht so unwissend und weltfremd, daß sie nicht wüßten, daß jede kämpfende Partei und jede Klasse dieses Recht der Abwehr für sich in Anspruch nimmt. Der Liberalismus ist ja allerdings längst aus seiner revolutionären Periode heraus — aber soviel Geschichtskenntnis darf man doch wohl bei den Herren der „Vossischen Zeitung" voraussetzen, daß sie wissen, wie der Liberalismus einst über die Verpflichtung gedacht hat, gegen den Feind die Gebote der Sittlichkeit unbedingt zu beachten, daß sie wissen, wie er in seiner Jugend über Tyrannenmörder gejubelt hat und daß sie wissen, wie noch die Liberalen zur Zeit des Verfassungskonflikts den unter ihnen für einen Esel erklärt haben würden, der ihnen die Pflicht gepredigt hätte, jedem schnüffelnden Polizisten und Spitzel die reine Wahrheit zu sagen! Das alles wissen die Herren der „Vossischen Zeitung" ganz gut. Aber sie genieren sich natürlich nicht, gegen die Sozialdemokratie unter dem Schein eines Tugendfeldzugs gegen die Lüge den Schmutz der Verleumdung zu werfen.

Deshalb nennen wir sie unehrliche Pharisäer. Und ebenso die Ehrenwerten in den Redaktionen der anderen Blätter, die der Vossin ihren Pharisäerartikel brühwarm nachgedruckt haben.

Die Kammerwahlen in Holland.

Amsterdam, 12. Juni. (Eig. Ber.)

Die gestrigen Wahlen zur Zweiten Kammer ergaben einen vollkommenen Sieg der christlichen Koalition und den Zusammenbruch des Liberalismus. Erfreulich an dem Ausfall der Wahlen ist der Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen, besonders unter den gegebenen Umständen. Die S. D. A. P. (die alte Partei) brachte in diesem ersten Wahlgange, wie auch bei früheren Wahlen, keinen ihrer Kandidaten durch, verlor jedoch den seit zwölf Jahren stets in der Stichwahl mit Hilfe der Liberalen gewonnenen und durch unseren Genossen van Kol vertretenen Sitz Enschede an die christliche Koalition. Van Kol, der sich besonders den kolonialen Angelegenheiten gewidmet hatte, scheidet also aus der sozialdemokratischen Fraktion aus. Der Wahlkreis ging verloren, weil der liberale Kandidat 1000 Stimmen einbüßte, die notwendig waren, damit es zur Stichwahl kam. Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie von 764 genügte nicht, den Verlust zu verhindern. Die S. D. A. P. kommt aber in 11 Wahlkreisen in die Stichwahl, und zwar in Amsterdam 2, 3 und 9, Appingedam, Franeker, dem Haag 1, Hagesand, Leeuwardeen, Schoterland, Weststellingwerf und Zaandam. Die Aussichten sind im allgemeinen gut, so daß die sozialdemokratische Fraktion wahrscheinlich in alter Stärke in die Kammer zurückkehren wird. Die auf die Kandidaten der S. D. A. P. abgegebenen Stimmen stiegen von 65 743 im Jahre 1905 auf 82 494 im Jahr 1909, also um mehr als 25 Prozent oder um das Zweifache der Zunahme der Wahlberechtigten, die nur 12½ Proz. betrug. Ohne die Parteispaltung wäre die Zunahme zweifellos bedeutend größer geworden und der Aufmarsch in einer geschlossenen Schlachtreihe unter dem Rufe: „Her mit dem allgemeinen Wahlrecht!" hätte die liberalen Parteien noch mehr vernichtet und wäre gleichzeitig der christlichen Koalition zum Verhängnis geworden. Dies zeigt deutlich der meist sehr große Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen in den großen Städten und Industriezentren, dem durchweg ein Stillstand, ja selbst eine verhältnismäßig bedeutende Stimmenabnahme in den ländlichen Wahlkreisen gegenübersteht, worunter auch gerade die sind, denen die S. D. A. P. ihre Mandate verdankt, auf die sie sich stützte und durch deren immer steigenden Einfluß der Klassenkampfcharakter der Partei seine frühere Schärfe verlor, was die Parteizwiste und schließlich die Spaltung der holländischen Sozialdemokratie zur Folge hatte. Dieses Resultat der Wahlen schimmert auch in je einem Artikel Troelstras und der Redaktion von „Het Volk" bereits durch, wonach die Forderung des allgemeinen Wahlrechts die Parole für die nächste Zukunft sein müsse. Zu wünschen ist, daß diese Erkenntnis weiter durchdringe und die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien zu einer festgeschlossenen Klassenkampfpartei fördere!

Die S. D. P. (die neue Partei) konnte, wie zu erwarten war, auf ihre vier Kandidaten nur 542 Stimmen vereinigen. Nach kaum halbjährigem Bestehen und unter den großen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hatte, ist dies durchaus kein verhältnismäßig schlechtes Resultat, besonders wenn man es vergleicht mit dem des Jahres 1897, als die S. D. A. P. sich zum ersten Male an den Wahlen beteiligte. Damals brachte diese Partei nach dreijährigem Bestehen in ungefähr denselben Wahlkreisen kaum 100 Stimmen mehr auf als jetzt die S. D. P. Durch die selbständige Teilnahme der S. D. P. an den Wahlen kommt Troelstra im dritten Amsterdamer Wahlkreise mit seinem liberalen Gegner in Stichwahl.

Das Resultat der Wahlen ist folgendes: Im ersten Wahlgang wurden gewählt: 54 Abgeordnete der kirchlichen Koalition und 10 Liberale verschiedener Richtungen. An den Stichwahlen sind beteiligt die Sozialdemokraten mit 11, die Klerikalen mit 31 und die Liberalen mit 30 Kandidaten. Der kirchlichen Koalition hat also schon der erste Wahlgang die Mehrheit in der Zweiten Kammer gebracht und vielleicht gewinnt sie in den Stichwahlen noch einige Mandate dazu! Auch in der Ersten Kammer hat sie ja die Majorität. Im uneingeschränkten Besitz dieser doppelten Macht wird die christliche Koalition unter der Maske christlicher Nächstenliebe in konservativem und reaktionärem Sinne arbeiten, unterstützt von dem größten Teil der Liberalen, die der arbeitenden Klasse eine Opposition vorspiegeln, um so ihre speziellen Interessen noch ungenierter wahrzunehmen.

Der Sozialdemokratie bleibt es vorbehalten, den Vertretern dieser beiden Parteien der Bourgeoisie die Maske herunterzureißen, in das holländische Proletariat die sozialdemokratischen Ideen hineinzutragen und es in der Führung des Klassenkampfes zu schulen. Es muß seine ganze Macht auf die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts konzentrieren, um endlich von der Bourgeoisie die Reformen zu erzwingen, aus denen das Proletariat in seinem Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft neue Kraft ziehen kann.

Der Ausfall der Wahl leitet für die holländische Sozialdemokratie eine neue Aera ein, er macht dem Gedanken des von der Minderheit in der S. D. A. P. und von der neuen Partei so scharf bekämpften liberal-sozialistischen Regierungsblocks ein Ende, so daß sich die Klassenscheidung ungehindert vollziehen kann.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Juni 1909.

Das Talglicht von Biberach.

Der Abgeordnete Pachnicke hat sich kürzlich das boshafte Vergnügen gestattet, in der „Voss. Ztg." allerlei Interna aus den Beratungen der Reichsfinanzkommission auszuplaudern, die die Sachkenntnis und Gewissenhaftigkeit bestimmter klerikaler „Volks"-vertreter, die jetzt in der klerikalen Presse als Geistesheroen gefeiert werden, in einem recht seltsamen Licht erscheinen lassen. Unter anderem wußte Herr Pachnicke von einem Abgeordneten zu erzählen, der aus dem Wertzuwachs der Fideikommisse für das Jahr 1910 nicht weniger als 500 Millionen Mark Steuern herausholen wollte und sich hierfür auf seine statistischen Berechnungen berief, bis sich plötzlich herausstellte, daß er in seiner Sachkenntnis die Fläche der preußischen Fideikommißgüter mit der gesamten landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Fläche Preußens verwechselt hatte und demnach die vorgeschlagene Steuer für den Zeitraum von 1886 bis 1910 nicht 500, sondern nur ungefähr 16 Millionen Mark bringen würde.

Aus Mitleid hat Herr Pachnicke den Namen des Universalgenies verschwiegen, das sich auf diese Weise als gleich vertraut mit der Statistik wie mit den Agrarkulturverhältnissen Preußens erwies. Wir haben jedoch, da diese Leuchte der Staatskunst forfährt, in der ihr ergebenen Presse die Reklametrommel für ihr großes politisches „Licht" zu schlagen, keinen Grund, den Namen dieses begabten Mitmenschen der Welt vorzuenthalten. Der gründliche Kenner preußischer und deutscher Agrarverhältnisse ist kein anderer als Herr Matthias Erzberger, das Geistestalglicht von Biberach, gebürtig aus Buttenhausen.

Der Vorgang, der noch weit charakteristischer für Herrn Erzbergers Sachkenntnis ist, als sich aus der kurzen Erzählung Pachnickes ergibt, hat sich in der 64. Sitzung der Reichsfinanzkommission am 21. Mai abgespielt. In schnellem Fluge waren die §§ 4—13 des konservativen Reichswertzuwachssteuerantrages beraten worden. Nun kam § 14 an die Reihe. Herr Erzberger, der schon bislang, gepeinigt von seiner Anlage zur Zungendiarrhoe, alle Nase lang in die Debatte eingegriffen hatte, schnellte mit siegesbewußtem Lächeln empor, als hätte er aufs neue Amerika entdeckt. „Meine Herren," so begann er, „wenn dieser Paragraph (§ 14 forderte, daß von 1886 ab die Fideikommißbesitzer alle 25 Jahre 1 Proz. des Wertes ihrer Güter als Wertzuwachssteuer entrichten sollten) Gesetz wird, dann wird nach meiner Rechnung das Reich mit einem Schlage 500 Millionen Mark erhalten." Und nun detaillierte er seine Rechnung, bewies mit äußerster Gründlichkeit ihre Richtigkeit und machte dann im stolzen Bewußtsein seiner Ueberlegenheit allerlei Abänderungsvorschläge.

Nach dieser großen Kapazität des Zentrums sprachen Freiherr v. Gamp und Graf v. Westarp, beide bekannt als Sachverständige der Landwirtschaft — doch den Fehler des Herrn Erzberger entdeckte keine dieser beiden Größen. Auch Herr Gröber nicht.

Dieser Erfolg regte Herrn Erzberger zu neuer Betätigung seiner Geistesgaben an. Er meinte, zum Abgeordneten Dr. Paasche gewandt, auch der Besitz der Toten Hand könne etliche Millionen abrücken. Und Herr Paasche nahm diese Anregung dankbar auf. Doch inzwischen war dem genialen Rechenkünstler aus Buttenhausen die Erleuchtung gekommen, daß er sich mit seinem Vorschlage die Gunst des Klerus verscherzen könnte. Er zog seinen Antrag zurück; und zugleich erklärte Graf v. Westarp, der Besitz der Toten Hand müsse steuerfrei bleiben.

Doch nun, nachdem inzwischen noch allerlei weise Bemerkungen über den nächsten Paragraphen gefallen waren, nahte in der Person Paasche das Verhängnis. Ihm waren Zweifel über die eigenartige Statistik des Herrn Erzberger aufgestiegen. Er hatte im „Statist. Jahrbuch für den preußischen Staat" nachgeschlagen und entdeckt, daß der Abgeordnete von Biberach die Spalten der betreffenden Tabelle verwechselt und angenommen hatte, ganz Preußen bestände aus nichts anderem, als aus Fideikommißgütern. Spöttisch verkündete er, Herrn Erzbergers Statistik stimme nicht; statt 500 Millionen kämen nur 16 Millionen heraus.

Anhaltendes Gelächter!

Verlegen blickte Herr Erzberger um sich und schwieg — bis zum Schluß der Sitzung. Seine Redediarrhöe war in Verstopfung übergegangen.

Ein niedliches Beispiel für die sachverständige Gründlichkeit der klerikalen und konservativen Steuerpolitiker in der Finanzkommission.

Ueber den Arbeitsplan des Reichstages

berichtet die Scherlpresse: Der Seniorenkonvent des Reichstages wird am Dienstag Dispositionen über die Geschäftslage treffen. Die Steuervorlagen sollen erst in einer Generaldebatte nochmals besprochen werden, da die Finanzkommission dem Plenum vollständig neue Vorlagen mit ganz geringen Ausnahmen unterbreitet. Im Seniorenkonvent soll der Vorschlag gemacht werden, in der laufenden Woche die Sitzungen bereits um 12 Uhr mittags beginnen zu lassen, da Kommissionen kaum noch arbeiten werden, dagegen in der nächsten Woche, wenn die Finanzkommission tagen wird, die Sitzungen um 1 Uhr beginnen zu lassen. Nach einer allgemeinen Debatte von vier Tagen glaubt man die Einzeldiskussion für jede Vorlage auf etwa 1½ Tage ansetzen zu können, sodaß die zweite Lesung aller Steuervorlagen, auch der der neuen Ersatzsteuern, am 8. Juli erledigt sein und die dritte Lesung sich sofort anschließen könnte. Die Verabschiedung der Besoldungsvorlage dürfte in 2 bis 3 Tagen erledigt werden, so daß etwa am 10. Juli die Vertagung des Reichstages auf den Herbst erfolgen könnte.

Ausweisung Deutscher aus dem deutschen Kolonialgebiet.

In einem Prozeß, der kürzlich die 36. Zivilkammer des Berliner Landgerichts beschäftigte, wurde vom Gericht die Frage, ob ein in den deutschen Kolonien ansässiger Deutscher auf dem Verwaltungswege aus dem deutschen Kolonialgebiet ausgewiesen werden könne, wie die „Berliner Universal-Korrespondenz" berichtet, bejaht. Ein Herr v. A. hatte 11 Jahre als Farmer in Deutsch-Südwestafrika gelebt, auch wiederholt während der Eingeborenen-Kriege auf deutscher Seite mitgekämpft. Er wurde von dem damaligen Gouverneur v. Lindequist nach wiederholter Bestrafung wegen Sittlichkeitsvergehens aus dem Schutzgebiet ausgewiesen und machte nun eine Schadenersatzklage gegen den Reichsfiskus geltend, da eine Ausweisung eines Deutschen aus dem Schutzgebiet unzulässig sei. Das Gericht wies die Klage ab, weil diese nicht gegen den Reichsfiskus, sondern gegen den Landesfiskus von Deutsch-Südwestafrika eventuell hätte gerichtet werden müssen. Prinzipiell erklärte aber das Gericht, daß eine Ausweisung eines Deutschen auf Grund der dem Kaiser in Deutsch-Südwestafrika zustehenden Hoheitsrechte zulässig ist, denn eine Freizügigkeit sei in den Schutzgebieten nicht ausdrücklich eingeführt und die Uebertragung des Freizügigkeitsgesetzes auf die Schutzgebiete ohne ein besonderes Gesetz sei nicht zulässig.

Diese Entscheidung dürfte dem Gesetz kaum entsprechen. Gehören auch die Schutzgebiete staatsrechtlich nicht zum Gebiete des Deutschen Reiches, und fehlt auch eine ausdrückliche Vorschrift, wonach jeder Deutsche ein Aufenthaltsrecht in den Schutzgebieten hat, so folgt dies Aufenthaltsrecht doch ohne weiteres aus der Tatsache, daß die Kolonien deutsche Schutzgebiete sind. Immerhin dürfte eine gesetzliche Vorschrift zweckmäßig sein, um jeden Zweifel darüber auszuschließen, daß Deutsche auch das Aufenthaltsrecht in den deutschen Schutzgebieten haben. Millionen und aber Millionen aus den Taschen der deutschen Steuerzahler für die Kolonialgebiete verpulvern, aber den Aufenthalt Deutscher in den Schutzgebieten von dem Belieben eines Verwaltungsbeamten abhängig zu machen, das ist denn doch etwas, was auch nach Auffassung bürgerlicher Kreise der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen dürfte.

Der Papst über den Streik.

Die ultramontane „Trierische Landeszeitung" erinnert an eine Ansprache, die Papst Pius X. an einen Pilgerzug aus der Diözese Parma hielt. Der Papst wies hin auf den großen Landarbeiterausstand, der im vergangenen Sommer in der Gegend von Parma stattfand. Er begann seine Ansprache mit den Worten: „Ich wünsche, daß heute meine Stimme in allen Teilen Eurer Diözese gehört und daß sie von allen Euren Brüdern verstanden werde." Dann ermahnte er die Pilger, an das Evangelium zu glauben und jedem zu mißtrauen, der etwas Gegenteiliges lehre.

„Seid sicher, daß, wenn der falsche Lehrer auch materielle Vorteile anbietet und auch schmeichelnde Erfolge hoffen läßt, er Euch schließlich doch mit leeren Händen stehen läßt und Unheil und Zwietracht in Euere Familien und Euer Land bringt, Verwirrung in die gesellschaftliche Ordnung bis zu den schlimmsten Ausschreitungen, ja zum Blutvergießen; inzwischen wird er versuchen, Euch Euerem Glauben abwendig zu machen, indem er Euch vom Empfange der Sakramente und von den religiösen Uebungen, die er Aberglauben nennt, abhält. Die Gläubigen mögen vielmehr sich an das Wort ihrer Priester halten, welche den Reichen wie den Armen gleichmäßig ihre Pflichten einschärfen und so am besten den sozialen Frieden vermitteln. Anders aber Euere Feinde, welche die Streiks predigen, die Ausstände, welche Reiche und Arme schädigen, welche den Haß in die Gesellschaft säen, welche die blühendsten Gegenden verwüsten."

Den christlichen Gewerkschaften muß diese Aeußerung des „Unfehlbaren" sehr unbequem werden.

Der Verfassungsbruch in der Pfalz.

In Lambrecht (Pfalz) fand am Freitag eine außerordentlich stark besuchte Versammlung statt, die eine energische Protestresolution gegen den Entscheid der pfälzischen Kreisregierung beschloß, wonach Sozialdemokraten Bürgermeister- und Adjunktenposten nicht bekleiden sollen.

In Ludwigshafen sollten Handzettel zur Verteilung kommen, die zum Besuch einer Versammlung einluden, in der zur Lambrechter Bürgermeisterangelgenheit Stellung genommen wird. Auf diesem Handzettel war ausgesprochen, daß die Nichtbestätigung ein Verfassungsbruch sei.

Die Polizei untersagte schamhaft die Verteilung dieses Handzettels, weil das Wort Verfassungsbruch eine Beleidigung für die pfälzische Regierung sei!

Wiederaufnahme des Prozesses Eulenburg.

Die amtlichen Stellen haben das Bedürfnis einer Rechtfertigung ihrer Haltung im Falle Eulenburg empfunden. Das kann man begreifen. Die „Reichshauptstädt. Korresp." gibt eine längere Darstellung, die indes eigentlich neues nur an der Stelle sagt, wo mitgeteilt wird, daß die Erhöhung der Kautionssumme beschlossen wurde, weil Eulenburg eigenmächtig ins Ausland ging und weil das Gutachten des Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen sagte, es sei mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Angeklagte verhandlungsfähig sei. Die Staatsanwaltschaft habe darauf beim Kammergericht als Beschwerdeinstanz gegen eine Ablehnung des staatsanwaltschaftlichen Antrags auf Erhöhung der Kaution durch das Landgericht das Gutachten mit der Anregung eingereicht, ob nicht in erster Linie die bedingungslose Verhaftung geboten sei. Das Kammergericht hat dann durch Beschluß vom 4. Juni angeordnet, daß Eulenburg nur dann mit Untersuchungshaft zu verschonen sei, wenn er binnen einer Woche die Sicherheit auf 500 000 M. erhöhe. Dem ist Eulenburg nachgekommen, indem er gleichzeitig nach Berlin zurückkam.

Inzwischen hat Eulenburg sich wieder aufs Schloß seiner Väter in Liebenberg begeben. Die Verhandlung gegen ihn soll am 5. Juli d. Js. beginnen. Zu diesem Zweck ist eine besondere Schwurgerichtsperiode angeordnet worden. Landgerichtsdirektor Kanzow soll wieder den Vorsitz führen. Die Auslosung der Geschworenen hat bereits Montag stattgefunden.

Ob Eulenburg nun wieder kränker wird?

Wie der preußische Fiskus „spart".

Ein Genosse schreibt uns:

Schon lange bevor für die einzelnen Verwaltungen in Preußen die Parole zum „Sparen" ausgegeben war, befleißigte sich die Eisenbahnverwaltung der Sparsamkeit auf Kosten der Bequemlichkeit und Annehmlichkeit der Reisenden — namentlich derjenigen, welche die III. und IV. Wagenklasse benutzen müssen. Ein neuer Sparwutanfall der Eisenbahnverwaltung wurde mir jüngst bekannt. Ich fuhr im D-Zuge nach Frankfurt. In einem Gespräch mit einem Mitgliede des Zugpersonals erfuhr ich, daß nächstens auch die kleinen Klapptischchen, die in den Seitengängen der Durchgangswagen untergebracht sind, eingezogen werden sollen. Die Holzplatten der alten Tischchen, die bisher von denjenigen Reisenden, die keinen Platz am Fenster erlangen konnten, gelegentlich im Coupé benutzt wurden, sollen als Fenstertischchen Verwendung finden. Wieviel der Fiskus dabei „sparen" wird, entzieht sich meiner Berechnung. Ebenso konnte ich nicht erfahren, ob auch die Tischchen aus den Wagen II. und I. Klasse genommen werden sollen. — Jedenfalls ist dieser Einfall der Bahnverwaltung — vorausgesetzt, daß diese Absicht verwirklicht werden sollte — eine interessante Beigabe zu dem Hinauswurf der Reisenden III. Klasse aus den feudalen Räumen der Speisewagen.

Schweiz.

Scharfmacher im Nationalrat.

Bern, 11. Juni. (Eig. Ber.) Am 7. d. Mts. ist hier die Bundesversammlung zu ihrer Sommersession zusammengetreten und der Nationalrat hat neben der Staatsrechnung pro 1908 in einer Sitzung auch bereits die Vorlage betreffend die Förderung des Arbeitsnachweises durch Bundessubvention erledigt. Es wurde beschlossen, daß die Arbeitsämter den Arbeitsuchenden nicht nur von Streiks und Aussperrungen, sondern auch von Sperren Kenntnis geben und es diesen überlassen sollen, ob sie Arbeit annehmen wollen oder nicht. Die Scharfmacher wollten die Sperren nicht mitgeteilt wissen und ferner sollten die Arbeitsämter an Arbeiter, die auf der schwarzen Liste stehen, keine Arbeit vermitteln! Es war der frühere Schuhfabrikant Scheidegger in Bern, Präsident des Schweizerischen Gewerbevereins, der den traurigen Mut besaß, öffentlich im Parlament diese ganz perfide Forderung zu erheben, und wenn er dabei in einem Atemzuge auch von der Neutralität der Arbeitsämter schwätzte, so mag man daraus das Maß der Unverfrorenheit dieses „biederen Eidgenossen" erkennen. Unser Genosse Eugster wandte sich in einer wirksamen Rede dagegen, ebenso der Bundesrat Schobinger, und die Scharfmacherei wurde schließlich abgelehnt. Dasselbe Schicksal hatte der Antrag eines anderen Scharfmachers, allein die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise von der Bundessubvention auszunehmen. Die in Aussicht genommene Subventionssumme beträgt 50 000 Frank. —

Frankreich.

Ein verfolgter Kardinal.

Paris, 13. Juni. Gegen den neuen Erzbischof von Bordeaux, Kardinal Andrieu, wurde im Auftrage des Justizministers von der Staatsanwaltschaft auf Grund des Trennungsgesetzes die strafrechtliche Verfolgung angeordnet, weil er in seiner Antrittspredigt in der Kathedrale von Bordeaux die Katholiken zum Widerstande gegen das Gesetz aufgereizt habe.

Zerstörte Telegraphendrähte.

Paris, 13. Juni. An der Westbahnlinie bei Colombes in der Nähe von Paris wurden 18 Telegraphendrähte, in der Gegend von Lens 7 Telegraphen- und 3 Telephondrähte und ein das Glockensignal der Haltestelle Sallaumines bedienender Draht durchschnitten.

Verschleppungsmanöver der Regierung.

Paris, 14. Juni. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Der frühere Minister Berteaux brachte einen Antrag ein, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, vor dem Senat die Vorlage der Eisenbahnkommission des Senats bezüglich der **Alterspensionen des Personals der Eisenbahnen zu unterstützen.** Berteaux wies die Notwendigkeit nach, die Reform zu Ende zu führen und warf der Regierung vor, trotz wiederholter Versprechen das Vertrauen der Kammer mißbraucht zu haben. Minister Barthou legte dar, die Regierung habe mehr als alle früheren Regierungen getan, um die Lösung der Frage zu beschleunigen; er lehne den Antrag Berteaux wegen der Angriffe gegen die Regierung ab. Minister Caillaux erklärte, die Regierung halte in ausreichender Weise ihre Versprechungen, weil ihr Gesetzentwurf einen Aufwand von 27 Millionen vorsehe. Clemenceau erklärte, die Regierung lehne den Antrag Berteaux ab und stelle die Vertrauensfrage. Die Priorität des Antrags Berteaux wurde hierauf mit 310 gegen 247 Stimmen abgelehnt. Der erste Teil der Tagesordnung, welcher die Erklärungen der Regierung billigt, wurde mit 339 gegen 104 Stimmen angenommen. Der zweite Teil, welcher der Regierung das Vertrauen ausspricht, wurde mit 313 gegen 136 Stimmen angenommen.

Belgien.

Die Krise.

Brüssel, 10. Juni. (Eig. Ber.) Projekte über Projekte, Ministerberatungen und eifrige Konferenzen der Rechten — aber die Sache kommt nicht vorwärts, die Krise rückt nicht vom Fleck. Die Formel, die die Synthese der Tendenz Herrn Woestes, nichts zu tun, und die Absichten des Kriegsministers, eine demokratische Militärreform durchzuführen, bringen soll, will sich nicht finden. Und der Ministerpräsident hält sich an sein seinerzeitiges Wort, eine Militärreform nur mit „seiner" aus der Rechten hervorgehenden Majorität zu machen. Herr Schollaert muß aber die Reform machen oder gehen: dazu zwingen ihn einmal die Ergebnisse der Enquetekommission und überdies der Wille des Königs, der „seine" Militärreform, „eine starke Armee" will und mit der Auflösung droht.

Was also wird Herr Schollaert, dessen Reformeifer ja kaum durch mehr als den Wunsch auf Erhaltung seines Portefeuilles gestützt wird, machen? Es ist sicher — die Projekte, die in den Zeitungen in der letzten Woche herumschwirren, sind nur zu sehr Beweis dafür — daß er bereit ist, so wenig als möglich zu tun und an den Grundlagen des bestehenden Militärsystems so wenig als möglich zu rütteln. Schon hört man, daß der Ministerpräsident sich einer Formel zuneigt, die das bestehende Stellvertretungssystem in der großartigen Weise reformieren will, daß sie es weiter für die Friedenszeiten beläßt, dagegen für den — Kriegsfall die persönliche Dienstpflicht fordert! Diese Formel soll auf der Rechten eine beträchtliche Zahl Anhänger haben, vor allem auch etliche Minister selber, wie Delbeke, De Lantsheere, Liebaert, die gegen den „Radikalismus" des Kriegsministers frondieren. Sicher soll ferner sein, daß der Artikel 5 des Gesetzes vom Jahre 1902 über das Volontariat aufgehoben und für die Freiwilligen die Dienstzeit von einem Jahre eingeführt werden soll. Das scheint das ganze Um und Auf des „Reform"werks zu sein!

Soll man bei der Abwägung der die Lösung der Krise bestimmenden Faktoren in Rechnung ziehen, daß immerhin auf der Rechten ein gutes Dutzend Deputierter sitzen, die ernstlich eine Militärreform wollen und einem elenden Pfuschwerk, wie es allem Anschein nach die Regierung beabsichtigt, doch entschiedene Opposition entgegensetzen werden? Eine Opposition, die, redlich geübt, wenigstens in einem Punkt mit der Schande des gegenwärtigen Militärsystems aufräumen könnte. Ist dieser radikale Flügel der Rechten wirklich für die Abschaffung des Stellvertretungssystems — und in der Militärdebatte im Dezember vergangenen Jahres hat man diese Beteuerungen ja zu hören bekommen — dann hätte er nur für das betreffende Gesetzesprojekt des sozialistischen Deputierten Bertrand zu stimmen. In der Tat will ein klerikales Blatt wissen, daß die Anhänger der persönlichen Dienstpflicht auf der Rechten gewillt sind, einen Antrag auf Aufhebung des Stellvertretungssystems ohne jede Abschwächung zu stellen. Indes ist diese Nachricht eine von den dutzenden, die unter dem Titel „wie uns versichert wird" figuriert und vorläufig so viel Vertrauen verdient wie alle übrigen. Das einzig Sichere an der jetzigen Situation ist die Verlegenheit und Hilflosigkeit Schollaerts und die unerbittliche, jeder Reform abholde Gesinnung des immer noch einflußreichen Woeste. Die Zerfahrenheit, die die Beratungen der Rechten sichtlich beherrscht, läßt den Rücktritt des Ministeriums Schollaert immerhin als recht naheliegend erscheinen. Als Nachfolger wird Herr Libaert genannt, dem als ehemaligen Eisenbahnminister der Titel „der Faule" verliehen wurde und der demnach innerhalb seiner Fähigkeiten bliebe, wenn er die Vertagung der Militärreform bis über die nächsten Wahlen durchzusetzen hätte. Bliebe dann freilich immer noch das Projekt Bertrand, das der alten gelösten Krise — wenn der reformfreundliche Flügel der Rechten aufrecht bleibt — bald eine neue anfügen könnte.

England.

Gegen die Schande des Zarenbesuchs.

London, 13. Juni. Auf einer Konferenz von 92 Verbänden der Unabhängigen Arbeiterpartei wurde eine Resolution gefaßt, in der der beabsichtigte Besuch des Kaisers von Rußland bei König Eduard scharf verurteilt und das Parteikomitee aufgefordert wird, eine große öffentliche Demonstration gegen den Besuch ins Werk zu setzen.

Rußland.

Streik in Petersburg.

Petersburg, 14. Juni. Heute morgen sind die Angestellten der Straßenbahn in den Ausstand getreten. Sie fordern kürzere Arbeitszeit und bessere Lohnverhältnisse.

Türkei.

Der Kampf gegen die Albaner.

Saloniki, 14. Juni. Nach starkem Geschützfeuer zerstreute General Dschavid Pascha die widerspenstigen Albanesen bei Malissia und marschierte mit seinen Truppen nach Schischma.

Ein Steckbrief gegen einen Bischof.

Konstantinopel, 14. Juni. Die türkischen Blätter veröffentlichen heute einen Steckbrief und den Verhaftungsbefehl gegen den armenischen Metropoliten von Adana, Monsignore Muschik, der im Verdacht steht, an den letzten Ereignissen teilgenommen zu haben. Muschik weilt zurzeit in Kairo.

Amerika.

Eine japanische Verschwörung?

New York, 14. Juni. Nach einem Telegramm aus Honolulu hat die Polizei im dortigen Bureau der japanischen Arbeiterorganisation Dokumente entdeckt, welche auf eine Verschwörung gegen die amerikanische Verwaltung der Inseln hinweisen.

Zwölf japanische Führer werden wegen Anstiftung zum Aufruhr und drei wegen Anstiftung zum Morde vor Gericht gestellt werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Bauarbeiterschutzkonferenz in Berlin.

Die erste Konferenz der baugewerblichen Arbeiter für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg und der Stadt Berlin fand am 13. Juni in Berlin statt. Anwesend waren 72 Delegierte, der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz in Hamburg G. Heinke und als Gast das Mitglied der Bauarbeiterschutzkommission für Hamburg R. Gehlert.

Arbeitersekretär Link-Berlin referierte über „Der gewerbliche Arbeiterschutz in Peußen und die nordöstliche Baugewerksberufsgenossenschaft". Redner verlangte in seinem Referat von der preußischen Regierung die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren, damit die Ministerialerlasse, Polizeiverordnungen usw. einen praktischen Nutzen für die baugewerblichen Arbeiter haben. Die Ueberwachung könne und dürfe nicht in den Händen der Berufsgenossenschaft gelassen werden. Der Arbeiterkontrolleur muß mit dem Wesen und den Einrichtungen des Baues vertraut sein und auch die genügende technische Bildung haben. Die Behauptung, daß in Süddeutschland, wo Arbeiterkontrolleure angestellt sind, die Unfälle sich nicht verringert haben, ist nicht zutreffend, wie der Redner an einigen Zahlen nachweist.

Der Sekretär der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz aus Hamburg ergänzte die Ausführungen durch weiteres Zahlenmaterial.

In der Diskussion waren von Interesse die Ausführungen über die Arbeitstätigkeit im Betonbau. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Vertreter der baugewerblichen Arbeiterorganisationen der Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg und der Stadt Berlin, zu dem Geltungsbereich der Nordöstlichen Baugewerksberufsgenossenschaft gehörig, erklären:

1. Der Auffassung des preußischen Ministers Herrn von Breitenbach im preußischen Abgeordnetenhause, „der materielle Bauarbeiterschutz komme in den auf reichsgesetzlicher Grundlage — für Stadt und Land geltenden — Unfallverhütungsvorschriften zum Ausdruck", nicht zustimmen zu können.

2. Die zeitige Kontrolle der Betriebe durch technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft sowie durch höhere Beamte, technische mittlere Beamte und durch ausgebildete Schutzleute kann als eine wirksame Kontrolle nicht angesehen werden, weil durch diese Art Kontrolle die Unfallgefahren mit ihren unabsehbaren Folgen nicht im entferntesten gemildert werden.

In Erwägung dieser Tatsachen fordern die baugewerblichen Arbeiter:

1. Die Regelung des Bauarbeiterschutzes darf, ungeachtet der Unfallverhütungsvorschriften, nicht dem Ermessen der Berufsgenossenschaft überlassen bleiben, vielmehr muß eine landesgesetzliche Regelung stattfinden.

2. Die Ueberwachung der Baubetriebsstätten ist organisatorisch dahingehend umzugestalten, daß in Orten von 10 000 Einwohnern an Bauarbeiterkontrolleure zur Mitwirkung anzustellen sind.

3. Um die behördlichen Bestimmungen in genügender Weise übersichtlich auf ihre Innehaltung zu kontrollieren, ist eine Zentralbaugewerbeinspektion im Ministerium als Aufsichtsinstanz für Preußen zu schaffen. Diese Instanz muß aus höheren, technisch gebildeten Beamten bestehen und hat alljährlich Bericht über die behördliche Ueberwachung zu erstatten."

Achtung, Lithographen und Steindrucker!

Sämtliche in der Firma M. Schönherr, Privatlithographie, Badstraße, beschäftigten Kollegen haben am Montag, den 14. Juni, die Arbeit wegen vollständig unzulänglichen Akkordpreisen niedergelegt. Die Einführung von Lohnarbeit wird gefordert. Die Firma ist für alle Kollegen gesperrt.

Die Verwaltung.

Deutsches Reich.

Vom Ausstand der Kieler städtischen Arbeiter

brachte die bürgerliche Presse Berichte, in denen große Krawalle und Schlägereien mit der Polizei geschildert wurden. Nach eingezogenen Erkundigungen an authentischer Stelle können wir berichten, daß diese Nachrichten übertriebene Sensationsmache sind, die wahrscheinlich den Zweck haben, die Sache der Ausständigen zu diskreditieren. In den Berichten wurde natürlich die Schuld den Ausständigen zugemessen. Wohl kommt es allabendlich zu einigen Tumulten im Gutenbergviertel, zu denen aber das nicht sehr geschickte Verhalten der Polizei die Veranlassung gibt.

Der in den bürgerlichen Zeitungen enthaltene Bericht über Szenen, die sich am Freitagabend in der Nähe der Straßenreinigungsanstalt abgespielt haben, ist den Kieler Blättern aus polizeilicher Quelle zugegangen und von eifrigen Reportern sofort in die Welt hinaustelegraphiert worden. Der Aufmarsch der Polizei anläßlich des Eintreffens der ersten Streikbrecherkolonne am vorigen Mittwoch, die weiteren Berichte der bürgerlichen Blätter, daß alle Augenblicke neue Arbeitswilligentransporte kommen sollen, lockten naturgemäß aus Neugierde große Menschenmassen in die Gutenbergstraße. Am Freitagabend war die Zahl der Neugierigen besonders groß. Statt nun die Masse, die sich bisher ziemlich ruhig verhielt, gewähren und sich ganz von selbst zerstreuen zu lassen, schien es, als hätte die Polizei einen Angriff geradezu organisiert, was selbst — bei genauer Prüfung — aus den Berichten der bürgerlichen Presse zu ersehen ist. Geheimpolizisten waren in großer Angahl unter die Menge verteilt worden. Gegen 10 Uhr begann der Angriff auf die Menge, die sich staute und natürlich unmöglich so schnell auseinandergehen konnte. Mit wahrer Wut schlugen die uniformierten und die geheimen Schutzleute auf das Publikum ein, ohne Rücksicht darauf, wen sie trafen. Daß nach diesem Angriff auch Steine geworfen worden sind, soll zugegeben werden; das Werfen mit Aschheimern aus den Häusern und mit allerlei gefährlichen Gegenständen ist blanke Erfindung, denn da die Straßen nicht gekehrt worden, hätten anderntags eigentlich solche Gegenstände auf der Straße liegen müssen. Das war aber nicht der Fall. Ebenso ist lediglich Erfindung, daß vorher vom Publikum die Gaslaternen ausgedreht worden sind.

Zur Kennzeichnung des Verhaltens der Polizei möge noch folgendes dienen: Am Sonnabendabend hatten die Metallarbeiter im Gewerkschaftshause eine Theatervorstellung veranstaltet. Als die Vorstellung beendet war, mußten sich naturgemäß, weil mehr als tausend Personen anwesend gewesen waren, größere Trupps von Menschen nach allen Richtungen nach Hause bewegen. Nur wenige hundert Schritt vom Gewerkschaftshause entfernt kam eine Schutzmannstruppe mit heruntergelassenen Schuppenketten und trieb eine solche Gruppe brutal auseinander. — Am Sonnabend abend gegen 11 Uhr hatten sich vor der Wohnung des Oberbürgermeisters wohl gegen 100 junger Burschen zusammengefunden, die pfiffen und Spektakel machten. Ohne Aufforderung zum Auseinandergehen kam ein Trupp Schutzleute mit geschwungenen Säbeln angerannt und schlug auf die Leute ein, ohne daß sich jemand gewehrt hätte. Für Montag soll das Kieler Infanterie-Bataillon in den Kasernen bereitgehalten werden. Es finden dann nämlich drei vom Gewerkschaftskartell einberufene Volksversammlungen statt. Die ganze organisierte Staatsmacht ist also aufgeboten, um den Streik der städtischen Arbeiter niederzuhalten. Man sieht anscheinend in ihm schon den Vorboten eines politischen Massenstreiks. —

Ausgesperrt resp. ausständig sind jetzt etwa 500 Mann. Die Straßen sind noch nicht gefegt; mit der Abfuhr geht es augenblicklich immer noch schlecht. Die Verwaltung läßt von den Arbeitswilligen zunächst die Kübel aus den Häusern mit wohlhabender Bevölkerung abholen, während sie in Arbeiterviertel stehen bleiben. Die Selbsthilfe, die sich darin bekundet, daß die Kübel auf die Straßen entleert werden, greift mehr und mehr um sich. Die geschaffene Lage ist zu einem kommunalen Skandal geworden. — Mit welchen Mitteln man gegen die Streikenden vorgeht, zeigt das von bürgerlicher Seite verbreitete Gerücht, daß das Vermögen des Gemeindearbeiterverbandes beschlagnahmt worden sei zum Ersatz für den Schaden, der der Stadt durch den Kontraktbruch der städtischen Arbeiter entstanden sein soll.

Streikbrecher befinden sich ungefähr 150 in Kiel.

Sieg der Holzarbeiter in Rheinland-Westfalen.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat nun endlich eingesehen, daß er mit seinem Latein am Ende ist und hat nachgegeben. Die Verhandlungen, welche unter dem Vorsitz des Beigeordneten Rath-Essen fortgesetzt wurden, haben zu einem für die Holzarbeiter günstigen Resultat geführt. Vereinbart wurde ein Vertragsmuster für Ortstarife. Der Arbeitgeberbund hat also von seinem Verlangen, einen Bezirksvertrag abzuschließen, Abstand nehmen müssen. Weiter hat der Bund den von den Arbeiterorganisationen verlangten Ablaufstermin, 15. April 1912, anerkennen müssen. Im Vertragsmuster, welches schon jetzt von den Orten Dortmund, Gelsenkirchen, Wanne, Röhlinghausen, Holsterhausen, Eickel und Herne anerkannt ist, wurde ein Durchschnittslohn für Tischler festgelegt und weiter vereinbart, daß der Durchschnittslohn für Maschinentischler 5 Pf. höher sein soll als für Banktischler. Die niedrigste Lohngrenze darf nicht niedriger sein als 10 Proz. unter dem Durchschnittslohn und für Gesellen im zweiten Gesellenjahr nicht niedriger als 15 Proz. unter dem Durchschnittslohn. Für Invalide und Arbeiter im ersten Gesellenjahr unterliegt der Lohn freier Vereinbarung. Die Lohnvereinbarung muß innerhalb sechs Tagen getroffen sein, sonst muß der Durchschnittslohn gezahlt werden. Für Ueberstunden werden 10 Pf., für Nachtarbeit 50 Proz. und für Sonn- und Feiertagsarbeit 100 Proz. Aufschlag bezahlt. Die Arbeiten außerhalb der Werkstelle werden mit 3 Pf. pro Stunde resp. täglich 1 M. und wo Uebernachten notwendig ist, mit 2,50 M. extra vergütet, außer Fahrzeit- und Fahrgeldvergütung. Bei Akkordarbeit wird der Stundenlohn als Abschlag bezahlt. Arbeits- und Werkstattordnungen, welche mit dem Vertrage in Widerspruch stehen, sind ungültig. Der Vertrag sieht eine dreimonatliche Kündigung vor. Die Ortsverhandlungen, welche im Anschluß an die Plenarverhandlungen stattfanden, brachten zunächst ein Resultat nicht, wurden dann aber von den einzelnen Orten fortgesetzt. Dortmund erhält 4 Pf. Lohnerhöhung. Am 1. Juni 1910 wird die Arbeitszeit von 56 auf 54 Stunden pro Woche verkürzt. Der Durchschnittslohn beträgt ab 14. Juni d. J. 55, ab 1. Juni 1910 = 57 und ab 1. Januar 1912 = 58 Pf. pro Stunde.

Die Holzarbeiter in Gelsenkirchen, Wanne, Eickel, Holsterhausen und Röhlinghausen erhalten sofort 2, am 1. Juni 1910 3, am 1. Januar 1911 einen Pfennig und falls der Vertrag am 15. Januar 1912 nicht gekündigt wird, nochmals einen Pfennig Lohnerhöhung.

Die Arbeitszeit wird sofort von 60 auf 59 und am 1. Juni 1910 auf 56 Stunden verkürzt. Der vertragliche Durchschnittslohn erhöht sich sofort auf 49, am 1. Juni 1910 auf 52, am 1. Januar 1911 auf 53 und eventuell am 15. Januar 1912 auf 54 Pf. pro Stunde.

In Herne greift sofort eine Lohnerhöhung von 2, am 1. Juni 1910, von 3 und am 1. Juli 1911 von 1 Pf. platz. Die Arbeitszeit, welche gegenwärtig 59 Stunden beträgt, wird am 1. Juni 1910 auf 56 Stunden verkürzt. Der Durchschnittslohn steigt sofort auf 52 Pf. und während der Vertragsdauer auf 56 Pf.

Im Bezirk Gelsenkirchen und Herne haben die Arbeiter den Vereinbarungen bereits zugestimmt und wird die Arbeit zu den neuen Bedingungen bereits am 14. Juni wieder aufgenommen. In Dortmund steht die Zustimmung noch aus. Wenn auch hier die Zustimmung erfolgt, ist damit der Kampf noch nicht beendet, denn die Innungen wollen die Vereinbarungen nicht akzeptieren. —

Für den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bedeutet der Ausgang des Kampfes die schwerste Niederlage, die er bisher erlitten. Von seinen ganzen Forderungen, die er mit der Aussperrung durchsetzen wollte, hat er nicht eine aufrecht erhalten können. Das Vertragsmuster der Arbeiter hat er anerkennen, den Agitationsparagraphen hat er zurückziehen müssen. An Stelle der Verlängerung der Arbeitszeit auf 60 Stunden in den Orten, wo bisher schon eine kürzere bestand, hat er in Gelsenkirchen, Wanne, Röhlinghausen, Holsterhausen und Eickel vier Stunden, in Herne und Duisburg 3 Stunden und in Dortmund 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche zugestehen müssen. Wenn der Bund nicht im letzten Augenblick eingelenkt hätte, wäre seine Organisation aus dem Leim gegangen. Die Organisation der Holzarbeiter dagegen steht gefestigter da denn je! —

Mit einem vollen Erfolg endete auch die Lohnbewegung der Tischler in Passau; sie errangen vier Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche und 40 Pf. Lohnerhöhung pro Tag.

Die Sperre über das Eisen- und Stahlwerk Hösch in Dortmund.

Vor etwa einem Monat wurde von sämtlichen beteiligten Organisationen, sowohl von den Zentralverbänden als auch von den Christlichen, den Hirsch-Dunckerschen und der polnischen Berufsvereinigung die Sperre über das Eisen- und Stahlwerk Hösch in Dortmund verhängt, weil auf diesem Werk die organisierten Arbeiter fortgesetzt ganz unglaublich geschurigelt wurden. Die Sperre hat insofern besondere Bedeutung, als sie den ersten Versuch für den Dortmunder Bezirk bedeutet, eines der großen Werke der Schwereisenindustrie zu Zugeständnissen den Organisationen gegenüber zu zwingen. Am Sonnabend fanden nun morgens und abends zwei Werksversammlungen statt, in denen über den bisherigen Erfolg der Sperre Bericht erstattet wurde. Beide Versammlungen waren überfüllt. Den Berichten der Organisationsleiter ist in der Hauptsache zu entnehmen, daß die Sperre bisher eine durchaus befriedigende Wirkung gehabt hat. Das Eisen- und Stahlwerk Hösch, das mehrere tausend Arbeiter beschäftigt, wird durch die Sperre insofern heute schon recht empfindlich getroffen, als in einzelnen Betrieben ein sehr fühlbarer Arbeitermangel herrscht. Viele organisierte Arbeiter haben dem Werk den Rücken gekehrt und trotz fortgesetzter Streikbrechergesuche in den bürgerlichen Blättern hat das Werk nur ganz unzulänglichen Ersatz gefunden. Die einzelnen Betriebsleitungen, die sich früher gegenseitig an Rücksichtslosigkeit den Arbeitern gegenüber übertrafen, laufen heute diesen, wenn sie ihre Entlassung nehmen oder schon genommen haben, förmlich nach. Natürlich muß auch hier konstatiert werden, daß sich die Polizei einmal wieder völlig in den Dienst des Unternehmertums stellt. Die Sperreposten werden fortgesetzt von der Polizei belhelligt. An Strafmandaten für Sperreposten fehlt es ebenfalls nicht; doch wird über diese noch das Gericht zu entscheiden haben. In den letzten Tagen wurde von einem Schutzmann sogar auf einen Sperreposten geschossen. Auch diese Angelegenheit wird das Gericht noch beschäftigen. Das Werk selbst macht naturgemäß in der willfährigen Presse die angestrengtesten Versuche, die Oeffentlichkeit über die Bedeutung der Sperre zu täuschen. In den Versammlungen wurde aber von Arbeitern aus allen Betrieben bestätigt, daß sich schon heute ein so großer Mangel an Arbeitern fühlbar mache, daß einige Betriebsleiter ganz ratlos seien.

Der Erfolg der Sperre darf daher wohl mit Recht als durchaus befriedigend bezeichnet werden, umsomehr, als bei der ganzen Aktion vorwiegend mit vollständig indifferenten Elementen gerechnet werden muß. Nach dem bisherigen Verlauf der Angelegenheit ist man wohl berechtigt, anzunehmen, daß der Erfolg der Organisationen ein ganzer werden wird, und daß das Eisen- und Stahlwerk Hösch gezwungen werden dürfte, mit den Organisationen zu unterhandeln.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist aber allein die Tatsache, daß die bisher vorwiegend indifferenten Arbeiter der Schwereisenindustrie dem Organisationsgedanken ganz erheblich näher gebracht sind und auch, wie die ganze Bewegung zeigt, Interesse für die gewerkschaftliche Organisation gewinnen.

Schwarze Liste.

Schon wiederholt haben wir Einblick genommen in eine Anzahl der berüchtigten Rundschreiben des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller. Verschiedene Rundschreiben enthalten nur Mitteilungen über beendete Differenzen. Aus Viersen, wo die Maurer und Bauhilfsarbeiter streiken, sind 65 Maurer und 102 Hilfsarbeiter auf die schwarze Liste gesetzt. Das gleiche Schicksal trifft 20 Arbeiter der Firma Hagemann und 75 Arbeiter des Eisenbetonwerkes in Hamburg. Ueber die Sperre des Eisen- und Stahlwerkes Hösch in Dortmund wird ferner berichtet. Dort haben die Arbeiter bekanntlich wegen fortgesetzter Maßregelungen von organisierten Arbeitern die Sperre verhängt. Die Firma bestreitet natürlich Maßregelungen. 187 Arbeiter dieses Werkes werden denn auch unter genauer Angabe ihrer Personalien der Ungnade des Unternehmertums überliefert.

Ein kleiner Irrtum.

Von einem „Streikbruder", der in Würzburg auf einen Polizeiwachtmeister losgegangen, von diesem aber mit einem Säbelhieb über den Kopf niedergestreckt worden sei, erzählt die bürgerliche Presse. Die Sache stimmt. Nur war es kein „Streikbruder", sondern ein dem Staate nützliches Element, ein Streikbrecher.

Ausland.

Nach vierwöchiger Aussperrung meldeten sich, wie aus Pilsen berichtet wird, gestern früh sämtliche Arbeiter der Skodawerke bedingungslos zur Wiederaufnahme der Arbeit. Der Fabrikbetrieb wird noch heute in vollem Umfang aufgenommen werden.

Die Angestellten der Petersburger Straßenbahn sind in den Ausstand getreten. Sie fordern kürzere Arbeitszeit und bessere Lohnverhältnisse.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Maurer (Zweigverein Berlin) hielt am Freitag in Dräfels Festsälen eine außerordentliche Generalversammlung aller Zahlstellen und Sektionen ab. Man nahm zunächst Stellung zu der am 13. Juni stattfindenden Bauarbeiterschutzkonferenz. Der Vorsitzende Hanke gab einen historischen Ueberblick über die Bauarbeiterschutzbestrebungen und legte den Zweck der Konferenz dar. Dähne machte dazu noch einige Mitteilungen. Es wurde beschlossen, die für das Gebiet der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft einberufene Konferenz seitens des Zweigvereins durch vier Delegierte zu beschicken. Gewählt wurden für die Maurer Winzler und Metzke, für die Putzer Ernst Schulz und für die Gips- und Zementbranche Otto Heese. Die Broschüre: „Der baugewerbliche Arbeiterschutz für den Stadtkreis Berlin, die Provinz Brandenburg und das ganze Geschäftsgebiet der Nordöstlichen Bauberufsgenossenschaft" wird demnächst zur Ausgabe gelangen. Die Bauarbeiterschutzkommission hat beschlossen, daß sie an jedes Mitglied der in Betracht kommenden Organisationen unentgeltlich abgegeben werde. Die Kosten werden von den Organisationen im Umlageverfahren eingezogen. Dadurch ist ein früherer Beschluß erledigt. In den Verbandsausschuß war an Stelle von Ellinger, der zweiter Redakteur des „Grundsteins" geworden ist, ein neues Mitglied zu wählen. Gewählt wurde Haase.

Der Vorsitzende Hanke teilte mit, daß demnächst eine rege Bautenagitation in der Weise entfaltet werden solle, daß die Kollegen von den einzelnen Bauten gruppenweise in ein nahegelegenes Lokal geladen werden. Der Redner forderte dazu auf, sich nicht nur der gewerkschaftlichen Agitation anzunehmen, sondern auch für die politische Organisation und Tätigkeit mehr einzutreten und dabei auch an die Werbung von Abonnenten für den „Vorwärts" zu denken.

Der Verband der Lagerhalter hielt am Freitag im Gewerkschaftshause seine ordentliche Generalversammlung ab. Die Delegierten Eschbach und Lammé gaben zuerst den Bericht von der Generalversammlung in Frankfurt a. M. Sie erläuterten in längeren Ausführungen ihre Stellungnahme zu den beschlossenen Unterstützungseinrichtungen, zu der Aufrechterhaltung der Leipziger Resolution und zu der Verschmelzungsfrage mit den in Frage kommenden Verbänden. Nachdem Witzke als Ausschußmitglied noch verschiedene Fragen erörtert hatte, stimmte die Versammlung ohne Diskussion den Ausführungen der Delegierten zu. Lammé gab dann den Bericht der Ortsverwaltung, in welchem er sich ausführlich nur mit den Vertragsberatungen beschäftigte. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: H. Lammé, Vertrauensmann, H. Eschbach, Kassierer, O. Franke, Schriftführer, Krenzlin, Poeschel und Topf Revisoren. In den Verbandsausschuß, dessen Sitz in Berlin verbleibt, wurden Beck-Adlershof, Krause-Britz und Schubart-Berlin gewählt. Zum Schluß beschäftigte sich die Versammlung noch eingehend mit dem Stand der Kassenverhältnisse des Gewerkschaftshauses und gab ihre Zustimmung zu einer eventuellen Beitragserhöhung.

Zentralverband der Stukkateure. In der am Montag abgehaltenen Mitgliederversammlung der Ortsverwaltung Berlin fand die Wahl der Arbeitnehmer zum Arbeitsnachweis-Kuratorium statt, aus der folgende Mitglieder hervorgingen: Dietrich, Scheck, Zülsdorf, Fuchs und Wengels, die beiden letzteren als Ersatzmänner. Ferner beschloß die Versammlung, daß diese Kollegen auch die Schlichtungskommission bilden sollen. Eine längere Debatte löste die Frage der Anstellung eines Bautenkontrolleurs aus, deren Notwendigkeit die meisten Redner hervorhoben. In der letzten Versammlung wurde zwar ein Bautenkontrolleur auf zehn Wochen bewilligt, jedoch kam der Beschluß aus besonderen Umständen nicht zur Ausführung. Die Versammlung stimmte diesmal wiederum gegen wenige Stimmen der Anstellung zu. Eine hierfür beantragte Erhöhung des Wochenbeitrages um 5 Pf. wurde abgelehnt. Die Anstellung währt wie alle anderen Aemter bis Jahresschluß. Für das Gewerkschaftshaus wurde ein Beitrag von 5 Pf. pro Kopf und Jahr bewilligt. Dem gleichen Satz für die Gewerkschaftskommission stimmte die Versammlung ebenfalls zu. Zum Bautenkontrolleur wurde Wengels gewählt, der seinen Posten zu Beginn der kommenden Woche antreten wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sie schütteln den Staub von den Pantoffeln.

Brüssel, 14. Juni. (W. H.) Gestern nachmittag aus dem belgischen Kongo in Antwerpen eingetroffene Passagiere melden, daß **einige Stämme in Süd-Kamerun nach dem französischen Kongo auswanderten, weil die Behandlung der deutschen Behörden ihnen nicht zusagt.** Vielleicht wird die Angelegenheit amtlich aufgeklärt.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

6. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

München, 11. Juni.

Die Debatte über die Frage der Einheitsorganisation füllte die ganze bis nachts ½1 Uhr sich hinziehende Abendsitzung aus. Der Bremer Delegierte gibt der Meinung vieler Kollegen dahin Ausdruck, daß an den Differenzen nur einzelne Personen der beiden Vorstände schuld sind. Verschiedene Delegierte erwarten bestimmt, daß der Zusammenschluß in kurzer Zeit erfolge. Nach Schluß der Debatte wurde den Vertretern der Hafenarbeiter und Seeleute nochmals das Wort gegeben. Diese präzisierten hierauf unter großer Revolte und erregten Zwischenrufen nochmals ihren Standpunkt und erklären, daran festhalten zu müssen, daß die Transportarbeiter den Beschluß der Mehrheit in der Vorständekonferenz anerkennen müssen, dann erst könnten weitere Verhandlungen zwecks Schaffung einer Einheitsorganisation stattfinden. Es liege sehr daran, daß dieser Verbandstag Klarheit schaffe, die vorliegende Resolution bringe diese nicht.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Schumann wurden folgende Resolutionen angenommen. Die erste lautet:

Der 6. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes erklärt die Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz vom Jahre 1906 als brauchbare Grundlage für die Schaffung einer Einheitsorganisation.

Die gegenwärtig bestehenden Grenzstreitigkeiten zwischen dem Verbande der Hafenarbeiter und unserer Organisation sind weder ein Hindernis für die Fortführung der Zusammenschlußverhandlungen, noch dürfen sie für die Zukunft ein solches sein, weil nur durch den Vollzug des Zusammenschlusses diese Streitigkeiten ohne weiteres endgültig beseitigt werden können.

Der Verbandstag beauftragt deshalb den Verbandsvorstand, die Schaffung der Einheitsorganisation unter voller Wahrung der Interessen der Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes mit allen Kräften zu fördern und zu diesem Zweck neue Verhandlungen mit den Verbänden der Hafenarbeiter und Seeleute anzuregen.

Die zweite Resolution hat folgenden Wortlaut:

Der 6. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes erklärt sich mit dem bisherigen Verhalten seines Vorstandes in Sachen der Auslegung des Kartellvertrages mit den Verbänden der Hafenarbeiter und Seeleute einverstanden.

Der Verbandstag billigt weiter die einseitige Aufhebung des Kartellvertrages nicht, und bedauert dieses Vorgehen der oben genannten Verbände.

Der Verbandstag setzt das volle Vertrauen in den Vorstand unserer Organisation, daß dieser wie bisher auch in Zukunft den Zusammenschluß fördern und die Interessen der Transportarbeiterschaft mit Nachdruck vertreten wird.

In Rücksicht darauf, daß noch wichtige Fragen zu erledigen und die Zeit weit vorgeschritten ist, wird von einer Entgegennahme der Referate über die Punkte: „Die Vorschläge des Beirats für Arbeiterstatistik zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Transportgewerbe" und: „Der Gesetzentwurf der Regierung betr. Arbeitskammern" abgesehen und folgende Resolutionen einstimmig ohne Debatte angenommen:

Resolution I.

Der 6. Verbandstag der Deutschen Transportarbeiter erkennt eine vollkommene gesetzliche Vertretung der Arbeiter zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht in Arbeitskammern, sondern in Arbeiterkammern.

Der Verbandstag erblickt in der Errichtung von Arbeitskammern einen Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, jedoch auch nur, wenn in dem Gesetze der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiterschaft in ausreichender Weise Rechnung getragen ist.

In dem von der Regierung dem Reichstage vorgelegtem Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern wird diesem Grundsatz nicht Genüge geleistet. Insbesondere sind die vorgesehene berufliche Gliederung der Kammer, die Zusammensetzung derselben und die Beschränkung des Wahlrechtes geeignet, in der Arbeiterschaft Mißtrauen gegen das geplante Gesetz zu erwecken.

Für die Schaffung von Arbeitskammern fordert der Verbandstag als Grundlage:

a) Allgemeines, gleiches, aktives und passives Wahlrecht für Arbeiter und Arbeiterinnen.
b) Ausdehnung des Wirkungskreises der Kammern auf alle im Handel, Transport und Verkehr, sowie in Staats- und Kommunalbetrieben beschäftigten Personen.
c) Wählbarkeit wirtschaftlich unabhängiger Arbeitervertreter (Gewerkschaftsangestellte, Arbeitersekretäre usw.) als Vertreter in den Kammern.

Ein Arbeitskammergesetz, in dem diese Mindestforderungen nicht berücksichtigt werden, ist für die Arbeiterschaft, weil wertlos, unannehmbar.

Der Verbandstag erwartet daher von der Volksvertretung, daß sie diesen billigen und gerechten Forderungen stattgeben wird.

Resolution II.

Der 6. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes nimmt Kenntnis von den Vorschlägen des Beirates für Arbeiterstatistik zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Transportgewerbe und bedauert lebhaft, daß diese Vorschläge in keiner Weise den tatsächlichen Verhältnissen und dringenden Bedürfnissen der Transportarbeiter Rechnung tragen.

Der Verbandstag ist der Ansicht, daß an den Forderungen des ersten deutschen Transportarbeiterkongresses im Jahre 1904 zu Berlin, bezüglich Arbeitszeit, Mittagspause, Sonntagsruhe usw. im Interesse der Gesundheit der im Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen unbedingt festgehalten werden muß.

Die gegenwärtigen Vorschläge des Beirates für Arbeiterstatistik bedeuten alles andere, nur keine arbeiterfreundliche Reform, insbesondere keinen Schutz der Arbeiter im Transportgewerbe. Sie sind vielmehr eine Verhöhnung und gänzliche Ignorierung der äußerst bescheidenen Wünsche der deutschen Transportarbeiterschaft nach gesetzlichem Arbeiterschutz.

Der Verbandstag erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften, daß bei der notwendigen gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit im Fuhrgewerbe die von den organisierten Transportarbeitern bei der Fragebogenenquete, bei den mündlichen Vernehmungen und in den schriftlichen Gutachten der Arbeitnehmerorganisation gemachten Feststellungen in weitgehendstem Maße Berücksichtigung finden, wie dies bisher leider nur bezüglich der Wünsche seitens der Arbeitgeberschaft geschehen ist.

Nach Erledigung einer Unmenge Statutenänderungsanträge wurde die alte Verbandsleitung einstimmig wiedergewählt. — Der nächste Verbandstag findet in Breslau statt. Die Beschlüsse der Generalversammlung treten am 1. Januar 1910 in Kraft.

Nach den üblichen Schlußworten wurde der Verbandstag mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Aus der Partei.

Die Straßburger Genossen über die Reichsfinanzreform.

Der sozialdemokratische Verein Straßburg-Stadt nahm am Freitag abend zur Reichsfinanzreform Stellung. Nach einem Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Böhle wurde gegen vier Stimmen eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, die Reichstagsfraktion möge für eine Erbschafts- oder Erbanfallsteuer stimmen, sofern sie eine erhebliche Belastung des Besitzes mit sich bringe. Das sei die folgerichtige Konsequenz der Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion bei den Steuervorlagen im Jahre 1906. Eine Ablehnung auch der Erbschaftssteuer hält die Versammlung dann für geboten, wenn von ihr eventuell eine Auflösung des Reichstags abhängt, damit die Steuerangelegenheit dann in den Wahlen vor das Volk kommt. —

Eine Konferenz für den Reichstagswahlkreis Lüdinghausen-Beckum-Warendorf (Prinz Arenberg-Kreis!) fand am Sonntag, 13. Juni, in Ahlen statt. Aus acht Orten waren 17 Delegierte anwesend, außerdem die Kreisleitung, Vertreter der Agitationskomitees für das östliche und westliche Westfalen und der Presse. Der Kreis hat jetzt 358 zahlende Genossen und 20 Genossinnen. Die Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen ist von 924 im Jahre 1907 auf 1208 bei der Ersatzwahl im Mai 1909 gestiegen. Anfänge einer Organisation sind erst seit 1903 nachweisbar. An Einnahmen inklusive der Kassenbestände sind zu verzeichnen gewesen in den Jahren 1904: 19,64 M., 1905: 147,57 M., 1906: 208,77 M., 1907: 415,64 M. und 1908: 917,32 M. Die Ausgaben betrugen 1904: 7,84 M., 1905: 58,85 M., 1906: 117 M., 1907: 217,25 M. und 1908: 621,02 M. Der Kassenbestand am Schlusse des Jahres 1908 betrug 296,30 M. Es wurde die Gründung eines Wahlkreisvereins beschlossen und eine Kommission eingesetzt, die die Vorarbeiten zu erledigen hat. Ebenso soll die Frage der Angliederung des Kreises an den Agitationsbezirk des westlichen Westfalens in den einzelnen Orten erörtert werden. Ueber die Abtrennung des Kreises selbst und der Kreise Münster-Coesfeld und Tecklenburg-Ahaus-Burgsteinfurt, die damit verbunden wäre, werden die beiden Agitationskomitees unter Hinzuziehung des Parteivorstandes verhandeln.

Eine Revolutionsfeier. Zu einer großen Demonstration gestaltete sich die sechzigste Gedenkfeier für die im heldenmütigen Kampfe gegen die preußischen Truppen am 14. Juni 1849 gefallenen 17 pfälzischen und rheinhessischen Freischärler, die am Sonntag in Kirchheimbolanden abgehalten wurde. Aus allen größeren Städten der Pfalz und Rheinhessens, Mainz, Kaiserslautern, Ludwigshafen usw., hatten die sozialdemokratischen Organisationen Kranzdeputationen entsandt. Genosse Blos-Stuttgart hielt am Monument der Gefallenen die Gedächtnisrede. Das Denkmal selbst war mit den beiden Freischärlerfahnen geschmückt. Die Kranzspenden hatten sämtlich rote Schleifen mit entsprechenden Widmungen, die unbeanstandet niedergelegt wurden.

Eine nach der sozialdemokratischen Ehrung von den Demokraten arrangierte Gedächtnisfeier, bei der Professor Quidde die Gedächtnisrede hielt, wies eine nur schwache Beteiligung auf.

„The Call".

New York, 5. Juni. (Eig. Ber.) Ende Mai feierte „The Evening Call", das in englischer Sprache erscheinende sozialistische tägliche Organ in New York, seinen ersten Geburtstag. Sein erstes Lebensjahr war keineswegs ein sorgenfreies. Ganz im Gegenteil. Gegenüber den bürgerlichen englischen Blättern mit ihrem großartig entwickelten Nachrichtendienst hatte „The Call" (Der Weckruf) von vornherein einen schweren Stand. Dazu kam, daß er in den Kreisen der konservativen Gewerkschaften und namentlich bei deren Führern nicht nur keine Unterstützung fand, sondern vielfach offener Feindschaft begegnete, obwohl er vom ersten Tage seines Erscheinens die Interessen der Arbeiterschaft von allen englischen Tageszeitungen allein mit Geschick und Energie vertrat. Schon wiederholt schien es, als ob das englische Organ sein Erscheinen einstellen müßte, aber die Genossen, die bis jetzt bereits 350 000 M. aufgebracht haben, fanden stets wieder neue Mittel, um das Weitererscheinen zu ermöglichen. Und gerade jetzt sind sie wieder eifrig mit dem Sammeln von Mitteln beschäftigt, die die Existenz der Zeitung, die in einer täglichen Auflage von annähernd 30 000 Exemplaren erscheint, bis zum Herbst sichern sollen. Mit dem Einsetzen der Wahlbewegung im Herbst erwarten die Genossen eine bedeutende Erhöhung des Abonnentenstandes und damit auch die Rentabilität des Blattes. Im Interesse der sozialistischen Bewegung, die bekanntlich nur über zwei sozialistische Tageszeitungen verfügt („The Call" in New York und „The Daily Sozialist" in Chicago), wäre es wünschenswert, daß sich die Erwartungen der Genossen realisieren.

Soziales.

Ungültige Stadtverordnetenwahlen.

Die Städteordnung vom 30. Mai 1853 bestimmt im § 21 mit Bezug auf die regelmäßigen Stadtverordneten-Ergänzungswahlen, welche alle zwei Jahre stattfinden, daß die Wahlen der dritten Abteilung zuerst erfolgen und die der ersten Abteilung zuletzt. In einem Verwaltungsstreit um die Gültigkeit von Stadtverordnetenwahlen in Uebigau stand nun die Frage zur Entscheidung, ob die Vorschrift, daß die Wahlen der dritten Abteilung

Kleines Feuilleton.

Im papierenen Zeitalter. Während Deutschland unter den Papier fabrizierenden Staaten Europas mit 8½ Millionen Zentnern an der Spitze steht, leistet die amerikanische Papierindustrie mehr als das Dreifache dieses Betrages. Dementsprechend ist aber auch die Papierverwendung drüben eine weit vielseitigere als bei uns. Man benutzt mit Erfolg Papierdächer; ein großes Haus in Chicago fabriziert Papierkleidung, die wegen ihrer Leichtigkeit, Sauberkeit und Bequemlichkeit in Krankenhäusern allgemein, aber auch in anderen Kreisen Verwendung findet. Dann gibt es dort Papierzigarren. Man läßt das dazu bestimmte Papier etwa zehn Tage in einem Wasser aufweichen, in welchem man Tabakreste gekocht hat; die mit Nikotin gesättigte Papiermasse geht durch Zylinder, die sie zu Blättern auswalzen, und wird dann zu prächtigen Zigarren aufgerollt. Erwähnung verdienen die in Philadelphia aus Papier verfertigten Flaschen und Säcke. Das Neueste sind papierne Hufeisen: nach Aussage des Erfinders sind sie leicht, halten länger als die stählernen und setzen den Fuß nicht der Gefahr der Verwundung aus, da sie sich ohne Nägel befestigen lassen.

Zwei deutsche Ingenieure haben anscheinend soeben eine neue Stoffart erfunden, eine Art verstärktes Papier, eine seltsame Komposition aus Papier, Leinen, roher Seide und Batist, die durch Stahldraht zusammengehalten wird. Leicht, für Feuer und Wasser gleich unangreifbar, würde dieser Stoff alle möglichen Verwendungsarten gestatten: den Bau von Packdampfern und Panzern, Automobilen und Elektrischen, Herstellung von Straßenpflaster usw. So wird die Frage, wozu man Papier benutzen kann, bald ebenso vielseitig zu beantworten sein wie die von Mark Twain, dem berühmten amerikanischen Humoristen, so glänzend beantwortete ähnliche Frage: Wozu dient ein Buch?

Musik.

Ueber die westdeutschen Musikfeste der letzten Wochen wird uns geschrieben:

Unaufhaltsam drängte sich von Mitte Mai bis Mitte Juni Musikfest an Musikfest. Man kann darin, wenn man durchaus will, eine Frühlingsmodetorheit erblicken. Man kann aber auch, wenn man so recht von Herzen des Musikjahrmarktreibens während der „Saison" müde, in die frohbelebten rheinischen Städte kam und etwa in Aachen bei dem 85. Niederrheinischen Musikfeste aus gesunden Kehlen Haydns lenzfrische „Jahreszeiten" hörte, eine heilsame Frühjahrskur in diesen deutschen Musikfesten ersehen. Es ließe sich hier die prinzipielle Frage anknüpfen, ob es nicht höchst ersprießlich wäre, wenn sich in den Großstädten planmäßig Garten-Sinfoniekonzerte während der Sommermonate arrangieren ließen, wobei natürlich Volksabende nicht vergessen werden dürften. Sicherlich wäre der Besuch z. B. des „Niederrheinischen Musikfestes" viel stärker gewesen, wenn die Preise billiger gewesen wären. . . .

Aber die „Attraktionen" Richard Strauß' und Max Schillings sind eben nur für Gold aufzuwiegen. Leider verliefen gerade diese Sensations-Sonderfeste nicht eben sehr glücklich; besonders war das Orchester der verwickelten Polyphonie der „Sinfonia domestica" nur teilweise gewachsen, und daß Schillings „Moloch", der fragmentarisch aufgeführt wurde, besser gelang, ist wohl in erster Linie dem Ueberwiegen des chorischen Elementes zuzuschreiben. Wann werden die Bewohner des „Musikzentrums" (besser gesagt „Musikzentraltheaters") Berlin diese jedenfalls äußerst individuell gefärbte und vornehm durchgeführte „Moloch"-Musik vollständig kennen lernen? . . . Unvergeßlich werden jedem Teilnehmer des Aachener Festes die ganz herrlichen Leistungen des Chores bleiben. Prof. Eberhard Schwickerath ist das Muster eines besonnenen, strengen Chordirigenten. „Maß für Maß" ist seine Devise und doch fehlt es seinen rheinischen Sängerinnen und Sängern fürwahr nicht an Temperament und blühender Rhythmik. — Ueberhaupt zeichnen sich die süddeutschen Chorvereine ganz besonders durch ihre innere Sangesfreudigkeit aus. Der Stuttgarter „Liederkranz" zum Beispiel, der bei dem großen Tonkünstlerfest des Allgemeinen Musik-Vereins in Stuttgart mitwirkte, bewältigte die Schwierigkeiten z. B. in Rudolf Siegels interessant-koloristischem „Apostatenmarsch" (Dichtung von Gottfr. Keller) spielend. Es ist im übrigen ein großes Klagelied im deutschen Blätterwalde erklungen über den „Tiefstand neudeutscher Tonkunst", nach dem diesjährigen Tonkünstlerfest zu urteilen. Mir scheint hier eine arge Uebertreibung vorzuliegen. Es kann doch nicht der Zweck eines wenn auch noch so „fortschrittlichen Tendenzen" huldigenden Musikvereins sein, fertige Genies zu entdecken, und wir wissen es, wieviele der heute anerkannten Tondichter vor so und so vielen Jahren gelegentlich einer Tonkünstlerversammlung bescheiden debütiert haben. Der Zweck eines deutschen Musikvereins wäre meines Erachtens vor allen Dingen mehr und mehr dahin zu präzisieren, daß es Pflicht des Vorstandes sein muß, bescheidene junge Talente zu fördern, nicht aber den in unseren Tagen ohnehin durch den Sensationsdurst der Snobs aufs erbitterteste zugespitzte Wettstreits der Genies noch dadurch zu fördern, daß auch bei den Konzerten des Musikvereines — lediglich aus Geschäftsinteresse! — wieder nur schon anerkannte Meister und solche, die es sich zu sein dünken, zu Worte kommen! — In Volkmar Andrae haben wir nach dem Liede „Eiche im Sturm" ganz sicher eine Hoffnung der neuen Lyrik zu begrüßen, ebenso in Josef Haas und Knud Harder begabte Kammermusiker, ferner in Paul Scheinpflug und Ernst Bolke Sinfoniker, die noch nicht zu völliger Schaffensfreiheit durchgereift sind. Daneben freilich gab es allerdings einige bedenkliche Halbtalente. Künstler vom Schlage eines H. Pfitzner, Konrad Ansorge oder wie der in diesem Zusammenhange vielleicht etwas überraschende Fritz Volbach dürften meines Erachtens absolut nicht zur Aufführung — — sich gelangen lassen, sondern mußten anderen neuen Talenten den Vortritt einräumen! . . . Sehr zu begrüßen war es, daß den Festgästen drei Opernnovitäten geboten wurden, eine buddhistische Oper „Maja" des Münchener Komponisten Adolf Vogl, bei der leider die zu verästelte Handlung das Verständnis der nicht sehr erfindungsstarken Musik sehr erschwerte, ferner die Massenetiade „Miss Brun", eine sentimentale Eheirrung mit kirchlichen Hindernissen und sehr weltlicher, teilweise geschickt charakterisierender Musik von dem Franzosen Pierre Maurice (gegen die Zulassung des „Welschen" wettert natürlich auch eine Fanatiker-Teutonenclique im A.-M.-B.) und schließlich die gleichfalls an dem zu gleichmäßig Szene neben Szene aufgebauten Libretto scheiternde Oper „Prizessin Brambilla" des Jungmüncheners Walter Braunfels, in deren Partitur sich viele höchst persönliche Züge in Melodieführung und Deklamation zeigen . . . Gar so unerfreulich kann ich das Gesamtergebnis des Stuttgarter Festes nicht finden, nur weil keine neuen „Namen" auftauchten! . . . Wie turmhoch überragte aber doch Max Regers neuestes Werk, Opus 107, eine durch knappe Form und klar verständlichen, wundervoll gegliederten Inhalt packende Klarinettensonate nicht nur die engere Umgebung bei dem dritten Konzerte des Darmstädter Kammermusikfestes, sondern auch alles andere Neue, was wir in Stuttgart und in Darmstadt hörten! Anspruchslos gibt sich wenigstens der Berliner Hans Hermann in seinem Streichquartett „Kiswani", das trotz exotischer Färbung und Benutzung einer Indianermelodie („entsetzlicher Unfug!" stöhnten die deutschen Akademiephilister!) die Hand des geschmackvollen Musikers verrät. nr.

Humor und Satire.

Konservative Steuerphilosophie.

„Unsere heiligsten Güter gilt es zu wahren!" — nämlich unsere Güter in Ostelbien.

Für das Vaterland hatten die Konservativen noch nie eine offene Hand, aber stets ein offenes — Maul!

„Daß diese Fülle der Gesichte der trockene Schleicher stören muß!" zitierte der Junker schmerzlich, als mitten während er die braunen Lappen schmunzelnd zählte, der Steuerbeamte mit der Nachlaßsteuerforderung erschien.

Es ist eine schamlose Grausamkeit, eine Unmenschlichkeit, den Konservativen ihre Erbschaften besteuern zu wollen . . . Seit wann schmälerte man jemand seinen einzigen Verdienst so hart?! Und diese armen Leute verdienen größtenteils ihr Lebetag keinen roten Heller sonst außer ihrer Erbschaft!

(„Der Schwob.")

Agrarische Finanzreform. Der Junker zum Arbeiter: „Sie sollten sich doch geehrt fühlen, wenn ich meine Hand in Ihre schmutzige Tasche stecke."

In der Nationalgalerie soll, wie wir hören, nach Tschudis Abgang kein Bild mehr aufgehängt werden, das nicht vom Kaiser gegengezeichnet ist.

Abendgebet des Staatsanwalts: „Lieber Gott, nimm mir meinen gesunden Menschenverstand, auf daß ich urteile und verurteile von Amts wegen. . . ."

(„Simplicissimus".)

Notizen.

— **Björnstjerne Björnsons Erkrankung.** Björnson hat unlängst bei der Rückkehr vom Auslande einen leichten Schlaganfall erlitten, was zu allerlei bedrohlichen Gerüchten Anlaß gab. Jetzt kommt aus Bad Larvik am Kristianiafjord, wo Björnson sich unter ärztlicher Obhut befindet, eine authentische Mitteilung, wonach der Dichter von einer doppelseitigen Bronchitis befallen war. Vor einer Woche allerdings wurde er plötzlich ohnmächtig und mußte sich legen. Ein paar Stunden später zeigte sich eine Lähmung in der linken Seite, doch blieb Kopf und Sprache die ganze Zeit über so klar, daß er arbeiten konnte. Die Lähmung ist schon im Rückgange begriffen und der Zustand so zufriedenstellend wie möglich, nur muß Björnson natürlich vorläufig noch völlige Ruhe halten, was so gar nicht nach Wunsch des allzeit regsamen Mannes ist. Björnson erfreute sich bisher trotz seiner 77 Jahre einer bewundernswerten Rüstigkeit.

zuerst stattfänden, lediglich instruktioneller Natur sei oder ob sie binde und darum ihre Nichtbeachtung die Ungültigkeit der Wahlen nach sich ziehe. Bei den Stadtverordneten-Ergänzungswahlen in Uebigau, die 1908 stattfanden, hatte im Gegensatz zu der zitierten Vorschrift erst die erste Abteilung, dann die zweite und schließlich die dritte Abteilung gewählt. — Der Handelsmann Terne focht die Mandate der sechs Gewählten als ungültig an und machte unter anderem geltend, daß die dritte Abteilung zuerst hätte wählen müssen. — Die Stadtverordneten-Versammlung verwarf jedoch einstimmig den Einspruch und der Bezirksausschuß in Merseburg wies die darauf von T. angestrengte Klage ebenfalls ab. Der Bezirksausschuß nahm an, es sei zwar bei der Vornahme der Wahlen gefehlt worden, indem nicht die dritte Abteilung zuerst zur Wahl kam, es sei das aber nur ein Verstoß gegen eine lediglich instruktionelle Vorschrift, deren Nichtbeachtung nicht zur Ungültigkeit der Wahlen führen könne. — Das Oberverwaltungsgericht als Berufungsinstanz hob jedoch dieser Tage dies Urteil auf und erklärte die sechs Wahlen für ungültig. Die Tatsache, daß die Wahl der dritten Abteilung erst an dritter, statt an erster Stelle erfolgte, genüge, die Wahlen ungültig zu machen.

Obligatorische Arbeitslosenversicherung.

Das badische Ministerium des Innern hat eine umfangreiche Denkschrift über die Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Die Denkschrift spricht sich für die Anwendung des Genter Systems für die organisierten Arbeiter, für die Anwendung des Kölner Systems für die nichtorganisierten Arbeiter aus. Sollten die nichtorganisierten Arbeiter von der freiwilligen Versicherung nicht den wünschenswerten Gebrauch machen, so sei ein Gesetz zu erlassen, das die Gemeinden befugt, auf Grund eines Ortsstatuts eine obligatorische Arbeitslosenversicherung der ortsansässigen Arbeiter einzuführen und hierfür einen Beitrag zu erheben.

Zu einer Aussprache über diese Vorschläge des Ministeriums findet nächstens eine Konferenz statt, zu der neben den Vertretern der größeren und mittleren Städte auch solche der Unternehmer und der Gewerkschaften eingeladen werden sollen.

Lasset die Kindlein zu mir kommen.

In Peckesch, Prov. Posen, sind sämtliche über zehn Jahre alten Schulkinder der dortigen katholischen Volksschule auf Ansuchen der umliegenden Gutsbesitzer bis auf weiteres zum Verziehen der Zuckerrüben beurlaubt worden. Die Kinder werden mittels Leiterwagen und Musik jeden Morgen auf die oft mehrere Stunden entfernten Güter abgeholt und abends wieder zurückgebracht. Neben freier Kost erhalten sie noch einige Groschen Bargeld.

Für das Wachstum der Kinder und ihre gesunde körperliche und geistige Entwickelung gibt es kaum etwas Nachteiligeres als das stundenlange gebückte Arbeiten in glühender Sonnenhitze auf den Zuckerrübenfeldern. Solche Beschäftigung ist eine gröbliche Versündigung gegen die Kinder. Die Schulverwaltung, die solche Beurlaubungen zuläßt, und die ostelbischen Agrarier, die sich nicht schämen, zehnjährige Schulkinder der Schule zu entziehen, um ihren Geldsack auf Kosten armer Kinder zu füllen, trifft die Verantwortung für diese Kindern angetane Unbill gleichmäßig. Die Unsitte herrscht nicht nur in Peckesch, sondern auch anderwärts in Ostelbien. Auch im vorigen Jahre haben wir diese Ausbeutung und Verelendung der Kinder erwähnen müssen.

Ein konservativer Magistrat.

Der Magistrat der pommerschen Stadt Bärwalde hat folgende „Bekanntmachung" erlassen, die zeigt, daß Dünkel und Achtung vor dem Gesetz schwer vereinbar sind:

Wir machen darauf aufmerksam, daß den Knechten, Lehrlingen, Dienstjungen und Dienstmädchen, Kindern ohne Begleitung Erwachsener der Aufenthalt sowie das Gehen in den Anlagen, auch auf dem durch diese zum Bahnhof führenden Steige bei Vermeidung empfindlicher Bestrafung verboten ist. Ebenso ist in den Anlagen das Fahren mit Fahrrädern, Motoren und Kinderwagen sowie das Leiten von Fahrrädern verboten.

Wer seine Hühner und anderes Federvieh in die Anlagen gehen läßt, wird bestraft.

Bärwalde i. Pom., den 28. Mai 1909.
Der Magistrat.

Die Verordnung ist, soweit sie sich auf Menschen bezieht, ungültig, weil sie den Grundsatz der Gleichberechtigung und das in § 4 der Städteordnung paragraphierte Recht jedes Einwohners auf Benutzung der städtischen Anstalten verletzt.

Aus der Papierindustrie.

Der soeben erschienene Bericht der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft erklärt, daß die Zahl der versicherten Betriebe im Jahre 1908 zwar um 168 wieder zugenommen habe, die Zahl der versicherten Arbeiter jedoch von 131 360 auf 131 248 schon zurückgegangen ist.

Die der Rente zugrunde zu legenden Jahreslöhne sind von 913 M. auf 923 M. gestiegen. Darob ein großer Radau, obschon es doch Hungerlöhne bleiben.

Ueber dem Durchschnitt steht die Sektion Berlin mit 1028 M. und Elberfeld mit 983 M. Die niedrigsten Löhne werden im Lande der Gefängniskonkurrenz, Schlesien, mit 698 M. pro Jahr gezahlt.

Gemeldet wurden im Berichtsjahre 3690 Unfälle gegen 3709 im Vorjahre. Davon wurden jedoch nur 552 Unfälle entschädigt gegen 500 im Vorjahre. Bei der Sparsamkeit der Berufsgenossenschaften, möglichst wenig Rente zu gewähren, die meisten Fälle gar nicht zu entschädigen, fällt es doch auf, daß mehr Fälle entschädigt werden mußten als im Vorjahre. Die Unfälle müssen also schwerer gewesen sein. Dies ergibt sich auch aus der Zusammenstellung des Berichts über die Folgen der Unfälle. Es wurden 40 Todesfälle verzeichnet gegen 18 im Jahre 1907.

An Maschinen ereigneten sich von 3690 gemeldeten Unfällen allein 1880 Unfälle. Die meisten Verletzungen betrafen den rechten Arm: 1311, den linken Arm: 1243, beide Arme: 16 Fälle. Beinverletzungen kamen 472 vor, Rumpfverletzungen 224, Augenverletzungen 12, Verletzungen an Kopf und Hals 201, Leistenbrüche 33, die natürlich nicht entschädigt wurden.

Der technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft gibt uns auch eine Statistik über die verletzten jugendlichen Arbeiter. Er schreibt hierzu: „Nicht minder ist strenge Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften geboten, durch welche es den Betriebsleitern zur Pflicht gemacht wird, persönlich oder durch die Werkstättenvorsteher usw. jeden neu in den Betrieb eintretenden Arbeiter von den Gefahren der ihm zu übertragenden Arbeit vor Beginn derselben genau zu unterrichten". Dies geschieht natürlich in der Praxis fast nie. „Besonders ist dafür bei der Anlernung jugendlicher Arbeiter", heißt es weiter, „Sorge zu tragen, namentlich wenn ihnen Arbeiten an Maschinen übertragen werden. Selbstverständlich sollen mit der Bedienung gefährlicher Maschinen nur ältere, erfahrene Arbeiter betraut werden". Sehr richtig! Die Unternehmer kümmern sich aber nicht um diese Vorschriften, denn die Unfallstatistik beweist, daß von 3690 gemeldeten Unfällen im Jahre 1908 allein 581 oder 15,7 Proz. auf jugendliche Arbeiter unter 18 Jahre entfallen. Unter 17 Jahre waren gar 902 Verletzte. Der Aufsichtsbeamte zählt dann auch die einzelnen Mängel auf, die er bei seinen Betriebsbesichtigungen vorgefunden hat. Die Zahl ist eine Legion und umfaßt mehrere Druckseiten. Er klagt, daß leider noch Maschinen gekauft werden, die ohne jeden Schutz sind und macht auf Gerichtsentscheidungen aufmerksam, wonach die Maschinenfabrikanten für die Unfälle haftbar gemacht werden könnten, „die dadurch entstehen, daß Maschinen ohne die nach heutigen Erfahrungen erforderlichen Schutzmaßnahmen geliefert wurden".

Welchen Wert die von den Innungsmeistern so gern gesehenen „Fachausstellungen" für die Arbeiterschaft haben, ersieht man aus der Klage des Aufsichtsbeamten.

„In der vom Vorstande der Sektion I beschlossenen Beteiligung an der von der Berliner Buchbinder-Innung in Berlin vom 2. bis 17. Mai veranstalteten Fachausstellung wurden Photographien und Skizzenblätter von Schutzmaßnahmen, statistische Tabellen, sowie Drucksachen, welche sich auf die Unfallverhütung beziehen, vorbereitet und zusammengestellt. Die auf dieser Ausstellung vorgeführten Maschinen wurden vom technischen Aufsichtsbeamten bezüglich der erforderlichen Schutzvorkehrungen besichtigt. Ein Aussteller wurde schon am Eröffnungstage darauf aufmerksam gemacht, daß an einer seiner Schneidemaschinen der Schnittandeuterschutz fehle. Trotz der Warnung wurde der Schnittandeuter benutzt, und ein Arbeiter, der nicht einmal bei einer Berufsgenossenschaft versichert war, verlor an der unfalltechnisch fehlerhaften Stelle mehrere Fingerglieder."

Der Bericht nimmt aber zum Schlusse an, daß die große Mehrzahl der Unfälle durch eigenes Verschulden der Arbeiter entstanden sind und bringt uns folgende Liste:

„Von den entschädigungspflichtigen Unfällen sind erfolgt durch:

1. Schuld von Mitarbeitern	13
2. Gefährlichkeit des Betriebes an sich	20
3. a) Mangelhafte Betriebseinrichtungen	4
b) Ungenügende Anweisung	—
c) Fehlen von Schutzvorrichtungen	88
4. a) Nichtbenutzung gebotener Schutzmittel seitens der Arbeiter	6
b) Handeln wider erhaltene Anweisung	118
c) Offenbaren Leichtsinn	3
5. a) Ungeschicklichkeiten und Unachtsamkeit der Arbeiter	111
b) Unkenntnis der Gefahr	—
6. Zusammenwirkende Ursachen	21
7. Zufälligkeiten und nicht zu ermittelnde Ursachen	168
	552

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß dies auch vom Reichsversicherungsamt benutzte Schema für die Ermittelung der Unfallursachen fast wertlos ist, weil es auf einseitiger Annahme der Berufsgenossenschaften beruht und eine Reihe wesentlicher Unfallursachen, wie Länge der Arbeitszeit, Akkordarbeit, Beschäftigung ausländischer Arbeiter, ungenügende Schul- und Vorbildung unberücksichtigt läßt.

Aus Industrie und Handel.

Liebesgabenpolitik.

Gegen Einfuhrschein, also unter Zahlung der Exportprämie, wurden in der Zeit vom 1. August 1908 bis 31. Mai 1909 ausgeführt:

Getreideart	Menge in To.	Gegen Zollsatz M.	Mithin Summe der Liebesgabe M.
Roggen	803 956	50	40 197 800
Weizen	375 872	55	20 672 960
Gerste	16 253	13	211 289
Hafer	330 458	50	16 522 650
		Insgesamt	77 604 699

Das Reich krankt an einem Riesendalles — und zahlt zugunsten der Brotverteuerer in 10 Monaten 77½ Millionen Mark Liebesgaben. Dafür drohen die Edelsten mit Ueberbordwerfen ihres urgermanischen Familiensinnes, wenn sie eine auch nur lächerlich geringe Erbschaftssteuer zahlen sollen. Ihr deutsches Gemüt, ihre Königstreue, ihre nationale Begeisterung basiert auf Liebesgaben und Steuerprivilegien, auf Volksbedrückung und Lebensmittelwucher.

Bewegung der Weizenpreise.

Nach der Zusammenstellung der Berichte von deutschen Fruchtmärkten, deren Preise auf Grund der jeweiligen Umsätze ermittelt sind, wurde im Mai ein Durchschnittspreis für Weizen von 24,63 Mark pro Doppelzentner notiert. Im Oktober 1908 notierte Weizen nur 15,71 M. Der absolut niedrigste Preis im Oktober 1908 war 10,65, der niedrigste im Mai d. J. 18,40, der höchste 29,00 M. Aber nicht nur mit dem Jahre 1908 verglichen, wo der Weizenpreis besonders tief stand, zeigt das laufende Jahr ein ungewöhnliches Preisniveau, auch ein Vergleich mit dem unmittelbaren Vorjahre genügt, um die scharfe Aufwärtsbewegung in diesem Jahre darzutun. Die Bewegung der durchschnittlichen Weizenpreise gestaltete sich nämlich in diesem und dem vorigen Jahre pro Doppelzentner in Mark wie folgt:

	1908	1909
Januar	21,70	19,92
Mai	21,47	24,63

Gegenüber dem Januar dieses Jahres ein Aufstieg um 4,71 M. oder um 24 Prozent, gegenüber dem Vorjahre ein solcher von 14,7 Prozent.

Lohnrückgang in der Eisenindustrie.

Daß schon im vergangenen Jahre die Löhne in der Eisenindustrie zurückgegangen sind, bestätigt der Jahresbericht des Siegerländer Berg- und Hüttenmännischen Vereins. Die Zahl der auf den Eisensteingruben beschäftigten Personen stieg von 11 966 im Jahre 1907 auf 12 144 im Berichtsjahre. Trotz der Belegschaftszunahme sank die Gesamtlohnsumme von 15 129 167 M. auf 13 410 179 M. Der Durchschnittslohn pro Arbeiter stellt sich für 1907 auf 1264 M., für 1908 auf 1104 M., der Schichtenverdienst sank von 4,36 M. auf 3,88 M. Der Rückgang macht über 14 Proz. aus. Und dazu Lebensmittelwucher und Steuererhöhung!

Betriebseinschränkung. Weil der Koksverbrauch längst nicht mehr die 60 Prozent der Beteiligung bei dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat beansprucht, die Läger überfüllt sind und Anzeichen einer Besserung nicht konstatiert werden können, beginnt man nun damit, ganze Koksofenanlagen außer Betrieb zu setzen. Die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft hat jetzt auf ihrer Zeche Bonifazius die Koksofenanlage kalt gestellt. Man erwartet, daß dem Vorgehen andere große Unternehmen folgen werden.

Der Versand des Stahlwerksverbandes betrug im Mai dieses Jahres 377 718 Tonnen gegen 414 855 Tonnen im Mai des Vorjahres. Von dem Versand entfallen auf Halbzeug 112 418 Tonnen (114 599 Tonnen), auf Eisenbahnmaterial 116 863 Tonnen (162 913 Tonnen) und auf Formeisen 148 437 Tonnen (137 843 Tonnen).

Demnach ist der Gesamtversand um 37 137 Tonnen gleich 9,8 Proz. zurückgegangen. Bei Eisenbahnmaterial beträgt der Rückgang 46 050 Tonnen gleich 39,4 Proz.

Besserer Saatenstand. Aus Wien wird berichtet: Nach den neuesten Berichten hat sich der Saatenstand in beiden Reichshälften derart gebessert, daß für Roggen auf eine gute Mittelernte und für Weizen mindestens auf eine Mittelernte gerechnet werden kann.

Vereinigte Staaten von Nordamerika. Die Berichte aus den Industriezentren lauten noch immer entmutigend: Preisrückgänge in Roheisen und Kupfer, Lohnherabsetzungen und Entlassungen in den Stahlwerken drücken der allgemeinen Lage das Gepräge auf. Die Taftsche Tarifreform ist der Schrecken der Exporteure und beunruhigt die Industriellen. Die Grundzüge der Reform faßt man dahin zusammen, daß die Union die Einfuhr von Rohprodukten, welche für die Weiterverarbeitung der amerikanischen Industrie notwendig sind, in Zukunft erleichtern wird, daß aber ziemlich allgemein Fertigfabrikate bei der Einfuhr höheren Lasten unterworfen werden sollen.

Aus der Frauenbewegung.

Wöchnerinnenschutz.

Der Entwurf zur Reichsversicherungsordnung hat in bezug auf die Krankenversicherung und — was hier besonders behandelt werden soll — hinsichtlich der Wöchnerinnenunterstützung einige Verbesserungen aufzuweisen.

In dem heute bestehenden Gesetz heißt es z. B.: „Wöchnerinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden zwei Wochen nur beschäftigt werden, wenn das Zeugnis eines approbierten Arztes dies für zulässig erklärt." Das bedeutet, daß den Wöchnerinnen wohl eine sechswöchentliche Ruhepause nach der Entbindung zusteht, aber die Krankenkasse hat nur für vier Wochen zu zahlen. Daß eine solche Bestimmung die Frauen schon nach vier Wochen in die Arbeit treibt, ist selbstverständlich. Es müssen schon besonders krasse Fälle sein, wo der Arzt an der Arbeitsfähigkeit einer Frau, die vor vier Wochen entbunden hat, zweifelt; werden doch in Entbindungsanstalten die Wöchnerinnen schon nach neun Tagen entlassen. Die Fassung des Gesetzes ist auch sehr zu Umgehungen geeignet. Hätten die Gesetzgeber nicht die Möglichkeit, nach vier Wochen die Arbeit wieder aufzunehmen, gegeben, sondern strikte festgelegt: nach 6 Wochen erst kann die Arbeit wieder aufgenommen werden, und wäre die Krankenkasse auch verpflichtet, für 6 Wochen die Unterstützung zu zahlen, so würden die Frauen weniger zu einem schnelleren Aufnehmen der Arbeit gezwungen. Das bisherige Gesetz hat es auch in das freie Ermessen der Krankenkassen gestellt, statutarisch zu bestimmen, daß den Schwangeren vor der Niederkunft eine Schwangerenunterstützung zu gewähren sei. Nun soll nach dem neuen Entwurf eine Unterstützung von sechs Wochen möglich sein. Wir haben stets verlangt, daß Schwangere mindestens acht Wochen vor der Entbindung, falls sie gewillt sind, die Arbeit aufzugeben, eine Unterstützung erhalten. Wie schwer einer schwangeren Frau vor der Entbindung die Arbeit wird, kann sich jeder vorstellen. Weiß man doch, wie Frauen aus anderen Gesellschaftsklassen in der Zeit der Schwangerschaft gehegt und gepflegt werden; keine unsanfte Bewegung, keine Handreichung, keinen falschen Fußtritt darf solche Frau tun. Nur für Arbeiterinnen legt man nicht solche rührende Sorgfalt an den Tag. Wäre von jeher von der großen Masse mehr gefordert worden, hätte man diesen Forderungen Nachdruck verliehen, so wäre vielleicht auch schon früher etwas für die Proletarierin geschehen. Von ärztlicher Seite ist festgestellt, daß solche Kinder, deren Mütter bis auf den letzten Augenblick vor der Geburt gearbeitet haben, weit schwächlicher sind, als sonst Kinder zu sein pflegen. Ebenfalls sind unzählige Frühgeburten die Folgen gewerblicher Arbeit der Mütter während der Schwangerschaft. Solchen schwachen Geschöpfen tut dann um so dringender Pflege und — die Mutterbrust not. Wir wissen aber, daß viele Mütter gar nicht erst anfangen, ihren Kindern die Muttermilch zu geben, weil sie entweder selbst zu schwach sind, oder glauben, es lohne sich gar nicht, für die kurze Zeit, die sie sich ganz ihrem Kinde widmen können, damit anzufangen. Die Sozialdemokratie hat stets, so noch 1903, im Reichstage eine mindestens 12wöchentliche Unterstützung für stillende Mütter gefordert. Die Unterstützung der Wöchnerinnen, die die Krankenkasse gewährt, kommt nur solchen Frauen zu, die mindestens 6 Monate vor ihrer Schwangerschaft dieser Kasse angehört haben. Das ist ebenfalls eine große Härte. Und in dieser Beziehung ist in dem Entwurf der neuen Versicherungsordnung keine Besserung eingetreten. Dafür ist aber neu aufgenommen der Passus, daß nichtversicherungspflichtigen Ehefrauen der Kassenmitglieder die Wöchnerinnenunterstützung und die Schwangerschaftsunterstützung gewährt werden kann. Das ist ein Fortschritt, der schon einmal teilweise bestanden hat, aber nach der Wortfassung der Novelle von 1903 beseitigt worden ist. Jetzt darf nur Schwangerenunterstützung gezahlt werden. Aus dieser Erfahrung soll man lernen. Viele Frauen wären wegen des schlechten Verdienstes der Männer gezwungen mitzuverdienen, sie können es aber nicht, weil die Familie schon so groß ist, daß die Mutter unbedingt im Hause sein muß. Andere finden nicht die geeignete Beschäftigung neben ihrer Hausarbeit. Sie alle sehen mit banger Sorge einem erneuten Familienzuwachs entgegen. Deshalb ist es ein Fortschritt, wenn eine mehrwöchentliche Wöchnerinnenunterstützung über die schwerste Zeit hinweghilft.

Auch solche Fälle gehören nicht zu den Seltenheiten, daß schwangere Frauen die Erwerbsarbeit aufnehmen, um etwas von den Kosten, die das zu erwartende Kind verursacht, zu erwerben. Solche Frauen sind dann häufig auf solche Berufe angewiesen, die nicht der Krankenversicherung unterliegen (Aufwartestellen usw.). Ihnen steht nach dem jetzigen Gesetz keinerlei Unterstützung zu.

Der Entwurf enthält auch die Bestimmung, daß von den Krankenkassen die „Hebammendienste und die ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden frei gewährt werden können".

Der Paragraph, der besagt, daß die „Wöchnerinnenunterstützung von im ganzen acht Wochen zu zahlen ist, entspricht dem Minimum von dem, was nach der Gewerbeordnungsnovelle gegeben werden muß. Von diesen acht Wochen müssen mindestens sechs Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft fallen". Das ist nicht viel; es ist nicht annähernd das, was wir zu fordern berechtigt sind, aber es bedeutet doch eine Verbesserung. Die sechswöchentliche Ruhe und Unterstützung nach der Entbindung ist besser garantiert, ebenso daß die Schwangere schon zwei Wochen vor der Niederkunft zu Hause bleiben kann und für diese Zeit gleichfalls eine Unterstützung von der Krankenkasse erlangt. Heute hat die Arbeiterin nur — das Recht, vier Wochen vor ihrer Entbindung die Arbeit ohne Kündigung zu verlassen. Leider ist die verbessernde Bestimmung keine zwingende, sie kann leicht wirkungslos gemacht werden. Die vorgesehenen Verbesserungen sind, wie dargetan, nur minimaler Natur. Aber von den Rückwärtslern und Arbeiterfeinden im Reichstage sind noch Einwendungen gemacht worden. Das Wenige, was die Regierungsvorlage bietet, möchten sie noch verhunzen. Hoffentlich gelingt es unseren Genossen im Reichstage, die Vorlage noch zu verbessern.

Leseabende.

Lankwitz. Mittwoch bei Ebel, Marienfelderstr. 9.

Treptow-Baumschulenweg. Die Leseabende für die Frauen fallen in den Sommermonaten aus. Wiederbeginn im September.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 16. Juni, 8½ Uhr, im neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72: Versammlung. Vortrag. Herr Ritter: „Arbeiterbewegung und Genossenschaftswesen."

Rixdorf (4. Bezirk). Mittwoch, den 16. Juni, 8½ Uhr, im „Ideal-Kasino", Weichselstr. 8: Oeffentliche Frauenversammlung. Genossin Ida Altmann spricht über „Die Frau im Recht".

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, hier Treppen, [illegible] Fahrstuhl [illegible] wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. 40. Die Stellen mit starkem Seifenwasser tüchtig durchwaschen. Sind die Flecke noch nicht gewichen, so setze man dem Seifenwasser Kalilauge hinzu. — **208 H. 3.** Nein, sondern sind nur Stücke von größerem Gestein. Wenn Sie sich genauer orientieren wollen, so beschaffen Sie sich in unserer Buchhandlung das kleine Werkchen über Geologie von Geikie. Preis 80 Pf. — **P. Sch. 09.** Knöchelbruch. — **J. T. Sstr. 94 b.** 1—4. In den Parlamenten kommen die verschiedentlichen Systeme teilweise sogar gleichzeitig zur Anwendung. In den Streit, welches von diesen das beste ist, können wir uns nicht einmischen. Adressen finden Sie im ersten Band des Adreßbuches, Teil II. 5. Auch weiblich. 6. „Unser Depesche" von Wilhelm Liebknecht, durch unsere Buchhandlung zu beziehen. — **Heinefonds.** Der Schriftsteller Alfred Kerr, Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 145, hat einen Heinefonds ins Leben gerufen. — **K. L. 33.** Ein solches Institut existiert leider nicht. Vielleicht können Sie aber etwas erreichen, wenn Sie sich an den Bund für Mutterschutz wenden, Wilmersdorf, Rosseltzer Str. 8. — **G. L. 20. 1.** Wenden Sie sich an die Betriebsleitung der städtischen Straßenbahn in der Knipprodestraße. 2. Lauwarmes Seifenwasser. — **R. W. G. 17.** Spielfragen werden im Briefkasten nicht beantwortet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 15. Juni.
Anfang 7½ Uhr.

Königliches Opernhaus. Geschlossen.
Königl. Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues königliches Operntheater. Geschlossen.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Gelbstern.
Kammerspiele. Ein Skandal in Monte Carlo.
Lessing. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Biberpelz.
Schiller Charlottenburg. Madame Bonivard.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der Kilometerfresser.
Neues Schauspielhaus. Mahé.
Komische Oper. Tiefland.
Neues. Tricoche und Cacolet.
Thalia. Im Café Noblesse.
Lustspielhaus. Der fesche Rudi.
Kleines. Moral.
Hebbel. Die Revolutionshochzeit.
Neues Operetten. Die Sprudelfee.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Teufelsweib. (Anf. 8½ Uhr.)
Luisen. Besiegt.
Folies Caprice. Drei Frauenhüte. Der Deserteur usw. Anf. 8½ Uhr.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Bernhard Rose. Das Mädchen ohne Ehre.
Apollo. Hartstein. Er oder Er. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Der Kompagnieball.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters. Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.

Berliner Theater.
Gastspiel-Operetten-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Ein Herbstmanöver.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Tricoche und Cacolet.
Morgen und folgende Tage:
Tricoche und Cacolet.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Geschlossen.
Mittwoch: Tristan und Isolde.
Donnerstag: I. Sembrich-Gastspiel „La Traviata". Freitag: „Der fliegende Holländer." Sonnabend: „Die Meistersinger von Nürnberg."

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, den 15. Juni, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Mittwoch: Die beiden Leonoren.
Donnerstag: Manöverregen.
Freitag: Manöverregen.
Sonnabend z. erstenmal: Fidelio.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der fesche Rudi.

Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten von H. Reinhardt.

Hebbel-Theater. Anf. 8 Uhr. **Revolutionshochzeit.**

Bernhard Rose-Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.
Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne u. a.: Berlin auf Stelzen mit Willi Agoston. Konzert, Spezialität. Anf. 4½ Uhr.

Apollo-Theater
Ab 8 Uhr:
Das Aufsehen erregende Progr.
8⁰⁰ Jean Paul mit neuen Schlagern.
9⁰⁰ **Yankee Doodle Girls.**
9⁰⁰ Mensch oder Affe???
9¹⁵ Uhr: **Er oder Er** mit
9¹⁵ Uhr:
Hartstein

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
Die grandiosen Spezialitäten.
Im Garten: **Frei-Konzert.**
Der Flug durch die Luft.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Der Biberpelz.
Eine Diebeskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.
Ende 10¼ Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Der Biberpelz.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Madame Bonivard.
Schwank in 3 Akten von Alexander Bisson und Antony Mars.
Ende 10¼ Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Madame Bonivard.

Achtung! **Diez'** Jetzt nur
Seeterrasse Lichtenberg
Ob schön! **Täglich:** Ob Regen!
Gr. Konzert und das größte, beste Programm Berlins
u. a.: Brothers Helbigs, unübertroffener fliegender Trapez-Akt. Kolter-Talaschus (2 Damen, 1 Herr), Turnseilkünstler. Viktor Ritter, der unkopierbare Humorist. Borgas u. Darley, die best. kom. Radfahrer usw. Im Saale: **BALL.** Anfang 4 Uhr.
× 15 Ruderboote × Kaffeeküche × Volksbelustigungen ×
Vorzugskarten gültig. Entree nur 20 Pf.

Raucht Ring Cigaretten

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Rom und die Campagna.

Zoologischer Garten
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab **50 Pf.**
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Winter-Garten
Neues Programm!
Die schaumgeborene Venus
„La Pia"
in ihrem Phantasie-Tanz: „Der Wellen Geist" sowie
12 sensationelle Juni-Attraktionen 12
Reserviert. Platz 2 M. Entree 1 M.
(einschl. Programm u. Garderobe.)

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Willi Prager
The York Sisters
und das glänzende
Juni-Programm.
12 Variété-Sensationen 12

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der
Azteken!
Gr. Schaustellungen
Vitascop-Theater usw.
Alles ohne Extra-Entree.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.
Anf. d. Vorst. 5 Uhr, Konzert 4 Uhr. Gartenerdffnung 3 Uhr.
Jeden Montag **Gittetag, Spezialitäten und Soiree der „Lustigen Sänger".**
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Mütze od. Schärpe grat.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Heute sowie täglich:
× Erstklassige Spezialitäten! ×
Novität! Novität!
Die Spreewald-Käte.
Gr. Ausstattungs-Volksstück mit Gesang u. Tanz in 4 Akt. v. Hoffmann.
Kassenöffnung 3 Uhr. Anf. 4 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Im schattigen Garten, bei Regen im Pracht-Theatersaal:
Konzert, Theater, Spezialitäten!
Unser süßes Mädel.
Anfang 7, Konzert 6 Uhr.
Mittwoch zum erstenmal: **Die oberen 10 000.**

Volksgarten-Theater
früher Weimanns Volksgarten.
Am Bahnhof Gesundbrunnen.
Täglich: **Konzert. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**
Riesenprogramm. Leopold Rosser. Ada Willi. The Grös, die 5 Cliquolis-Akrobaten. **Spree-Athener,** Volksstück mit Gesang in fünf Bildern von Reißlingen.
Die Kaffeeküche ist täglich geöffnet.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72 (Ecke Alexanderstr.)
Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten
Theater- und Spez.-Vorstellung.
Der Liebestrank. Operette von F. Gumbert.
„Omer-Sait-Trio", Orig.-Novelty-Cascadeurs u. a. erstklassige Spez.
Anfang wochentags ½8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Puhlmann's Theater
Täglich: **Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Darstellendes Personal des Kasino-Theaters.
Neu! **Die Dallesprinzessin.** Neu!
Volksstück in 3 Aufzügen.
Manöverliebe.
Liederspiel in 1 Akt. Otto Beyer.
Beg. d. Konzerts 4, der Vorst. 5 Uhr.
Billettverkauf von 10—1 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Damms Volkspark-Theater
Landsberger Allee 74/77.
Große Vorstellung des **Sächsischen Volks-Theaters**
nebst Auftreten erstkl. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Man amüsiert sich köstlich.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4½ Uhr.

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 110:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Neuwahl des ersten Vorsitzenden. 2. Erledigung der zurückgestellten Anträge. 3. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Molkenbuhr: Ein neuer Raubzug der Agrarier.** 4. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert. 228/1* **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 16. Juni, abends 8½ Uhr, bei Freyer, Koppenstr. 29:

Gesamtvertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Branchen und Bezirke.

Tages-Ordnung:
1. **Die Reichsversicherungsordnung.** Referent: Kollege **Robert Schmidt**
2. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Alle Vertrauensmänner müssen pünktlich 8½ Uhr zur Stelle sein!

Achtung! Bibliothek! Vom **14. Juni** cr. ab werden keine Bücher mehr ausgeliehen und bis zum **26. Juni** müssen sämtliche ausgeliehenen Bücher in der Bibliothek eingeliefert sein, da vom 1. Juli ab die Bibliothek zwecks Revision auf einige Zeit geschlossen wird. Die Wiedereröffnung der Bibliothek wird bekannt gegeben.

Für die Ausstellung von Wohnungseinrichtungen im Zoologischen Garten werden Billetts an die Mitglieder zu ermäßigten Preisen (50 Pf.) im Verbandsbureau abgegeben.

Schweizer-Garten
Am Königstor. Am Friedrichshain
Haltestelle der Straßenbahn
1, 2, 4, 17, 59, 62, 74 u. Q.
Täglich Anfang 4 resp. 5 Uhr Entree 30 Pf.
Neues Theater- u. Spezialitäten-Programm. Ball u. Volksbelustigungen.
Etliche Sonnabende an Vereine zu vergeben.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Art. Leitung: Walter Gravenitz.
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
Während und nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**

Moderner Vergnügungs-Park im Alten Botanischen Garten, Potsdamer Str. 75.
WHITE CITY
Täglich Konzerte.
Mittw., 16. Juni: **Gr. Kinderfest.**
Eintritt **15** Pf.

Karlsgarten
Rixdorf, Karlsgartenstr. 6—11.
× Prachtvoller alter Naturgarten. ×
Sonntags: **Konzert.**
Montags: **Konzert u. Die lustigen Kalauer.**
Jeden Dienstag: **Kinderfest.**
Mittwochs: **Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.**

Die Harnleiden
ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN – Preis 1 Mark.
Stes Tausend
Verlag Max Richter Frankfurt (Oder) Bruschmühl-Chaussee

Achtung!
Verband der Steinsetzer, Pflasterer
und Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Groß-Berlin.

Am Freitag, den 18. Juni 1909, abends 7½ Uhr, bei Wilke, Brunnenstraße 188:

Versammlung der Sektion I (Steinsetzer).

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Gesellenausschusses. 2. Aufstellung der Kandidaten zu der am Sonntag, den 20. Juni 1909, stattfindenden Neu- und Ergänzungswahlen zum Berliner Gesellenausschuß: der Lehrlingsprüfungskommission usw. 3. Verschiedenes.

175/7* **Die Ortsverwaltung.**

Produktiv- und Verkaufs-Genossenschaft Berliner Bandagisten.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz am 31. Dezember 1908.

	Mark	Mark		Mark	Mark
An Kassa-Konto	96,92		Per Kreditoren-Kto.	790,27	
„ Waren-Konto	1913,07		„ Anteil-Konto	1430,—	
„ Utensilien-Konto	1675,20		„ Zinsen-Konto	80,24	
„ Debitoren-Konto	821,70	4506,89	„ Darlehn-Konto	5966,65	8257,16
„ Kapital-Konto		3750,27			
		8257,16			8257,16

Gewinn- und Verlust-Konto.

An Handl.-Unk.-Kto.	2431,08		Per Waren-Konto	3155,04	
„ Lohn-Konto	1444,65		„ Kapital-Konto	3750,27	
„ Utensilien-Konto	34,—		„ Gewinn-Konto	61,75	6967,06
„ Kontokorrent-Kt.	1,50				
„ Gewinn- u. Verlust-Konto	—	4311,23			
„ Verlust vom 31. Dez. 1907		2655,83			
		6967,06			6967,06

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1908: 7. Eingetreten: 7. Ausgetreten: 0. Mitgliederzahl am 31. Dezember 1908: 14.
Betrag der Haftsumme: 2800,— M. 100/1

Der Vorstand.
Bruno Fleischer. Otto Liske. Joseph Meistner.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Zum Ausschneiden
Die Vorzüge
des Dr. Rud. Weils
Nährsalz-Bananen-Kakao

sollten jedermann veranlassen, einen Versuch damit zu machen. Derselbe enthält die Bestandteile der so überaus nahrhaften und wohlschmeckenden Bananenfrucht, vereinigt mit garantiert reinem Kakaopulver und einem erheblichen Zusatz von Nährsalzen. Dieser N.B.K. ist von großer Wichtigkeit für Blutarme, Nervöse, Rekonvaleszenten und bei allen Schwächezuständen sowie für in der Ernährung zurückgebliebene Kinder. Niemand wird sich der Tatsache verschließen können, daß damit ein wirklich gutes, die Gesundheit förderndes Nahrungs- und Genußmittel geboten wird. N.B.K. stopft nicht.

Preis: 1 Paket = ½ Pfd. 1.00 M. Zusendung in Berlin und nächste Vororte frei Haus. Nach auswärts Probepaket gegen Einsendung von 0.50 M. franko.

Generaldepot: D. Mader, Berlin S., Prinzenstr. 37.
Versandgeschäft gesundheitl. Nahrungs- u. Genußmittel. Ausführl. erklärende Preisliste bitte zu verlangen.

R. Voigts Krampenburg
Billige Dampfer-Extra-Fahrten.
a) Abfahrt Schlesische Brücke (Café Alsen.) **Täglich** (auch Sonntags) 9¼ Uhr früh, 2¼ Uhr mittags. Hin u. zurück vorm. 60 Pf., nachm. 50 Pf., Sonntag hin 50 Pf., zurück 50 Pf.
b) Abfahrt Jannowitzbrücke (Schultheiß-Ausschank) Reederei Nobiling. **Täglich** (auch Sonntags) 9 Uhr früh, 2 Uhr nachmittags.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in 3 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
In Berlin (30 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße 54. Groll-Apotheke, Barnimstraße 33. — **München:** Schützen-Apotheke. — **Stuttgart:** Hirsch-Apotheke. — **Breslau:** Victoria-Apotheke. 110/1*

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Bureau: Linienstr. 215. Geöffnet von 9—1 u. 4—8 Uhr. Telephon: III, 988.

Bezirks-Versammlungen

mit nachfolgenden Tagesordnungen:

Mittwoch, den 16. Juni 1909, abends 8½ Uhr:

Für **Südost** bei **Hahn, Lausitzer Platz 8.**

1. Vortrag des Genossen Kurt Heinig: „Der preußische Staat — der Staat der Besitzenden!" 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Mittwoch, den 16. Juni 1909, abends 8 Uhr:

Für **Ober-Schöneweide** bei **Schulte, Wilhelminenhofstr. 9.**

1. Vortrag des Kollegen Bruns: „Was müssen wir von der Unfallversicherung wissen?" 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Donnerstag, den 17. Juni 1909, abends 8½ Uhr:

Für **Norden** bei **Kramer, Hussitenstr. 40.**

1. Vortrag der Genossin Frau Luise Zietz. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 4. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 5. Verschiedenes.

Für **Nordwest** bei **Kirschkowski, Beusselstr. 9.**

1. Vortrag des Genossen Kurt Heinig: „Die arbeitende Klasse und Preußens Gesetzgebung." 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Für **Osten** bei **Zietz, Warschauer Straße 61.**

1. Vortrag des Genossen Kohl: „Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung." 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Für **Charlottenburg** im **Volkshause, Rosinenstr. 3.**

1. Vortrag des Kollegen Bentin: „Kirche und Arbeiter." 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Für **Schöneberg** bei **Gebhard, Gothenstr. 28.**

1. Vortrag des Kollegen Weiße: „Die Grundbedingungen der Arbeiterorganisationen." 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Wahl eines Bezirksleiters. 5. Verschiedenes.

NB. Wenn den Mitgliedern von Schöneberg daran liegt, die Bezirkseinteilung für Schöneberg hochzuhalten, haben sie alle Ursache, bestimmt und pünktlich in der obigen Versammlung zu erscheinen.

Für **Weißensee** bei **Content, Lehderstr. 5.**

1. Vortrag über: „Thomas Moore und seine Utopie" 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Die Versammlung für Weißensee wird pünktlich um 8 Uhr eröffnet.

Für **Rixdorf** bei **Gellert, Steinmetzstr. 93.**

1. Vortrag. (Thema und Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.) 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Für **Köpenick** bei **Joch, Grünauer Straße 7, abends 8 Uhr.**

1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Ritter-Berlin. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten. 4. Wahl eines Bezirksleiters. 5. Verschiedenes.

Für **Tegel** bei **Kakles, Berliner Straße 92.**

1. Vortrag des Kollegen Bruns: „Was müssen wir von der Unfallversicherung wissen?" 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Sonntag, den 20. Juni 1909, vormittags ½10 Uhr:

Für **Rummelsburg** bei **Zanderolt, Lessingstr. 23.**

1. Bericht vom Kongreß der chemischen Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Für **Adlershof** bei **Kaul, Bismarckstr. 16.**

1. Berichte. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Montag, den 21. Juni 1909, abends 8 Uhr:

Für **Spandau** bei **Gottwald, Schönwalder Straße 80.**

1. Vortrag des Kollegen Bruns: „Die Unternehmerverbände". 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Bericht vom Kartell. 5. Verschiedenes.

Zwecks Ausübung einer Kontrolle über die Teilnahme an den Bezirksversammlungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder ihre Bücher mitbringen sollen, um den Besuch der Versammlung durch Stempel im Mitgliedsbuch eintragen zu können.

64/2 **Die Bezirksleitungen.**

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Donnerstag, den 17. Juni, abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Kollegen **Ritter** über die freien Hilfskassen und die neue Reichsversicherungsordnung. 162/18

Abrechnung vom ersten Quartal. Statutenberatung und Kassen-Angelegenheiten. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Am Donnerstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, bei Hoppe, Hermannstraße 48:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Vortrag** des Genossen **Giebel** über: **„Die neue Reichsversicherungs-Ordnung".** 2. Verbandsangelegenheiten. 85/13

Die Ortsverwaltung.

Leihhaus
Gelegenheitskäufe vorfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren Ecke Ritterstr. **Prinzenstr. 28 I**

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin N., jetzt Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Pelloten, angenehm u. weich am Körper.

Zu den **Ferien**

Billigste Angebote

soweit Vorräte reichen

Knaben-Wasch-Anzüge

Hübsche Blusenfassons
Weiß und gestreift

6.— 5.— 4.—
3.— 2.— 1.50 **90 Pf.**

Schüler-Wasch-Anzüge

Joppen- und Norfolk-Fassons, einfarb. u. kariert

8.— 6.— 5.—
4.— 3.— 2.50 **2.00 M.**

Knaben-Blusen .. von 50 Pf. an | Knaben-Hosen ... von 70 Pf. an
Knab.-Strohhüte . von 35 Pf. an | Knaben-Mützen .. von 25 Pf. an
Sehr billig! Sporthemden ▫ Gürtel ▫ Turnerkleidung Sehr billig!

Loden-Pelerinen für Mädchen und Knaben von 5.50 M. an

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes, gegründet 1891.
Chausseestraße 29/30 ▫ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 ▫ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 37 und Livree-Katalog No. 36 kostenlos und portofrei.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 16. Juni 1909:

Bezirks-Versammlungen

für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

1. **Norden:** Bockbrauerei, Chausseestr. 64, abends 8½ Uhr.
2. **Norden:** Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23, abends 8½ Uhr.
3. **Norden:** Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8½ Uhr.
4. **Moabit:** Kronenbrauerei, Alt-Moabit 46/47, abends 8½ Uhr.
5. **Süden:** Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27, abends 8½ Uhr.
6. **Süden:** „Reichenberger Hof", Reichenberger Str. 147, abends 8½ Uhr.
7. **Osten und Lichtenberg:** Litfin, Memeler Str. 67, abends 8½ Uhr.
8. **Stralau und Rummelsburg:** Markgrafen-Säle, Markgrafendamm 34, abends 8½ Uhr.
9. **Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstr. 3, abds. 8½ Uhr.
10. **Westen und Schöneberg:** Wieloch, Grunewaldstraße 110, abends 8½ Uhr.
11. **Rixdorf:** Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, abends 8½ Uhr.
12. **Weißensee:** Roßkopf, Königschaussee 38, abends 8½ Uhr.
13. **Tegel:** Gramms Festsäle, Bahnhofstr. 1, abends 6 Uhr.
14. **Steglitz:** Warendorf, Groß-Lichterfelde, Bäkestr. 22, abends 8½ Uhr.
15. **Spandau:** Kumbke, Schönwalder Str. 80, abends 8½ Uhr.
16. **Köpenick:** Karl Lehmann, Bahnhofstr. 34, abends 8½ Uhr.
17. **Oberschöneweide:** Lokal Hasselwerder, abends 8½ Uhr.

Tages-Ordnung: 118/12

1. Berichterstattung von der letzten Generalversammlung.
2. Diskussion.
3. Berichterstattung von dem Verbandstage in Hamburg.
4. Diskussion.
5. Verbandsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt!

Laufzettel werden zu diesen Versammlungen nicht verschickt.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters

Herrmann Zerbst

sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Herrn Chef sowie den Kollegen der Firma Martin u. Pilking und dem Verbande der Kupferschmiede sowie dem Zentral-Krankenunterstützungsverein der Schmiede unseren herzlichsten Dank. 15832

Die trauernden Hinterbliebenen.

Möbelfabrik „Berolina" eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz für das Geschäftsjahr 1908.

Aktiva.

Kassenbestand	675,48
Warenbestand	22465,77
Maschinenkonto	1540,—
Werkzeugkonto	3255,—
Inventarkonto	460,—
Bankkonto	386,79
Debitoren	9445,15
Kautionen	250,—
Konto Dubio	2000,—
Gewinn- und Verlustkonto	97,44
	40575,63

Passiva.

Kreditoren	9009,80
Darlehen	29686,33
Anteile	420,—
Akzepte	1459,50
	40575,63

Im Geschäftsjahr 1908 ist kein Genosse beigetreten. Ausgeschieden ist einer. Mithin waren ult. 1908 14 Mitglieder. Die Haftsumme und die Geschäftsanteile betragen je 420 M.

Der Vorstand.
H. Krebs. Karl Müller.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 5432*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10—2, 5—7.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt 62/9*
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Wenn Sie von hartnäckigem
Hautjucken
befallen sind, so daß Sie, durch den übermächtigen Reiz gepeinigt, Arme und Beine mit den Nägeln bearbeiten müssen und keinen Schlaf finden, verschafft Ihnen **Dr. Kochs Kühlsalbe** sofort Erleichterung. Topf a 3 M. **Berlin O.:** Reichsadler-Apoth., Große Frankfurter Straße 134. **SO.:** Admiral-Apotheke, Admiralstraße 31. **N.:** Arcona-Apotheke, Arconaplatz 5. **W.:** Kronen-Apoth., Friedrichstr. 160.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, die Gastwirtin

Karoline Puder

Hollmannstr. 33 (Bez. 238)

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 6 Uhr, vom Krankenhause am Urban aus auf dem Simeon-Kirchhof, Mariendorferweg, statt.

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Landsberger Viertel.
Bezirk 402, Teil II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt

Karl Lucht

Matternstr. 6

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weißensee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

218/13 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Rummelsburg
Bezirk 9.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Portefeuiller

Martin Sutor

im Alter von 46 Jahren am Sonnabend, den 11. d. M., nachts 11½ Uhr, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Friedhofes aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

8/6 **Der Vorstand.**

Verband der Portefeuiller.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer unseres Verbandes, der Portefeuiller

Martin Sutor

am 13. Juni verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Gemeindefriedhofes, Lückstraße, aus statt. 100/11

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenformer

Robert Warrner

am 12. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juni 1909, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

118/6 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser einziger geliebter Sohn

Otto

im Alter von 12½ Jahren gestorben ist. 40b

Die tiefbetrübten Eltern
August Schnecke u. Frau.

Die Zeit der Beerdigung wird am Mittwoch bekannt gegeben.

Den heute abend 7 Uhr erfolgten Tod meiner geliebten Frau

Johanna Hampel geb. Baehr

zeige ich, in tiefster Betrübnis um stille Teilnahme bittend, hiermit ergebenst an.

Hermann Hampel, Lindenstr. 217.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, aus statt. 35b

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog gratis. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. prat. erf. **R. Unger,** Gummiwarenfabrik **Berlin NW.,** Friedrichstrasse 91/92

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Heute abend findet im Lokal der Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5 die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Gewerkschaftssekretärs Giebel über: „Historischer Materialismus“. Diskussion. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulenweg. Heute, Dienstagabend 8½ Uhr, in Baumschulenweg in Speers Festsälen öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Das gefährdete Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten und die sozialpolitische Rückständigkeit der Treptower Gemeindevertretung. Referenten: Gewerkschaftssekretär Adolf Ritter und die Gemeindevertreter Genossen Gerisch, Gramenz und Karow.

Britz-Buckow. Heute abend ½9 Uhr findet bei Weniger, Werderstraße 28 die regelmäßige Vereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wilh. Dentzer über: „Kirche und Staat“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Karlshorst. Die Wahlvereinsversammlung findet heute abend nicht statt, sondern erst am nächsten Dienstag. Die Parteigenossen wollen dies beachten. Der Vorstand.

Köpenick. Heute, Dienstagabend 8½ Uhr, findet im Stadttheater die Wahlvereinsversammlung statt. Genosse Düwell spricht über: „Die ultramontane Gefahr“. Der Vorstand.

Pankow. Heute, Dienstagabend pünktlich 8½ Uhr, findet eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins bei Großkurt, Berlinerstraße 27 statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag des Stadtv. Bruns über: „Wert und Nutzen der Organisation“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Es ist die Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Weißensee. Heute Dienstagabend 8½ Uhr findet im Restaurant „Albrechtshof“, Parkstraße 13 eine Volksversammlung statt. Genosse Kubig-Pankow referiert über den Mandatsraub.

Bezirk Borsigwalde-Wittenau. Heute abend 8½ Uhr in den „Borsigwalder Festsälen“ Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Rob. Fendel-Weißensee über: „Die Kunst im Volksleben“.

Spandau. Wir verweisen hiermit auf die am Mittwoch, den 16. d. M., abends 8½ Uhr, im Lokal von Emil Köpnick, Pichelsdorfer Straße 35 stattfindende Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung von der Maifeier. 2. Stellungnahme zum Sommerfest. 3. Wie können wir die am 13. d. M. stattgefundene Volksversammlung agitatorisch ausnutzen? Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Für das große Publikum gesperrt

waren am Sonntag die beiden großen, der Stadt Berlin gehörigen Spielplätze im Treptower Park. Einige Dutzend Tafeln verkündeten, daß von 1 Uhr ab das Betreten des Platzes durch das Publikum untersagt sei. Diese Ankündigung rief bei den vielen Tausenden, die an Sonntagen mit ihren Kindern die Plätze besuchen, große Verwunderung und Empörung hervor. Die Arbeiterbevölkerung des Südostens braucht die Plätze wies liebe Brot, und Sonntags ergießt sich von allen Richtungen her ein gewaltiger Menschenstrom nach diesen Erholungsstätten und Tummelplätzen für die Kinder. Wenn daher plötzlich diese Gelegenheit dem Publikum genommen wird, ist es ganz begreiflich, daß Worte der Verwünschung laut werden gegen diejenigen, die ihnen diese Stätten rauben.

Wie wir hören, soll die Maßnahme erfolgt sein, weil den Deutschen Turnern die Plätze eingeräumt worden sind. Wir gönnen allen Sportvereinigungen, daß ihnen die Gemeinde zur Ausübung ihres Sportes Gelegenheit gibt, müssen aber doch sagen, daß im vorliegenden Falle in einer Weise verfahren worden ist, die entschieden gerügt werden muß. Wenn man schon glaubte, unter allen Umständen ausgesucht die Treptower Spielplätze zur Verfügung stellen zu müssen, so hätte dafür gesorgt werden müssen, daß das große Publikum dabei nicht gänzlich von der Benutzung der Plätze ausgeschlossen wurde.

Mit welcher beispiellosen Rücksichtslosigkeit auf das Publikum verfahren wurde, mag allein die Tatsache erweisen, daß der eine Platz ziemlich leer war, trotzdem aber gesperrt blieb. Die vielen Tausende, die gekommen waren, hatten den Weg umsonst gemacht und mußten stark enttäuscht wieder nach Hause ziehen, weil es der Verwaltung der Plätze gefallen hatte, der Deutschen Turnerschaft das ganze Feld einzuräumen.

Nach Lage der Sache wird der Magistrat nicht umhin können, sich der Angelegenheit anzunehmen und für die Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß neben den Sportvereinen auch das große Publikum zu seinem Rechte kommt.

Was die Hand des Schulkindes leisten kann,

das zeigt die Ausstellung der Zeichnungen von Gemeindeschulkindern Berlins, die im Ausstellungspark an der Invalidenstraße eröffnet worden ist. Diese Veranstaltung soll einen Einblick gewähren in die Erfolge, die im Zeichenunterricht unserer Gemeindeschulen mit der vor jetzt sieben Jahren eingeführten neuen Methode bisher erreicht wurden.

Die Anhänger dieser neuen Unterrichtsweise versprechen sich wenig oder nichts von dem Zeichnen nach „Vorlage“, das früher den Zeichenunterricht der Schulen beherrschte. Ein Zeichnen nach der Natur ist das Mittel, mit dem man jetzt des Kindes Auge und Hand zu bilden sucht. Der Unterricht im Freihandzeichnen will in dem Kind die Fähigkeiten entwickeln, seine Umgebung nach Form und Farbe richtig zu beobachten und das Beobachtete einfach und klar darzustellen. Begonnen wird hier mit dem Zeichnen aus dem Gedächtnis, zunächst im Anschluß an den Anschauungsunterricht, später erfolgt das Zeichnen nach dem Gegenstand, Uebungen im Treffen von Farben, Wiedergabe der Perspektive und der Beleuchtung, Skizzieren mit Stift und Pinsel. Der Unterricht im Linearzeichnen will, zunächst im Anschluß an die Raumlehre, das räumliche Vorstellungsvermögen entwickeln.

Die Frage, ob der Zeichenunterricht nach dem neuen Verfahren sich bereits bewährt hat, wird durch die Ausstellung entschieden bejaht. Es ist gelungen, auch minderbefähigte Kinder dahin zu bringen, daß sie im Freihandzeichnen Gegenstände ihres Gesichtskreises leidlich wiederzugeben vermögen. Die Ausstellung bietet keineswegs nur die Leistungen der Begabteren, die ihre Umgebung fast schon — wenn man so sagen darf, mit dem Auge des Künstlers betrachten gelernt haben. Hefte, in denen die von ganzen Klassen angefertigten Zeichnungen eines und desselben Gegenstandes vereinigt sind, lassen erkennen, wie verschieden die Kinder, von den fähigsten bis zu den ungeschicktesten, ihre Aufgabe gelöst haben. Das Gesamtergebnis zu zeigen, die Leistungen ganzer Klassen und annähernd ganzer Schulen vorzuführen, gerade das war der Wunsch der Veranstalter der Ausstellung.

Bei der Eröffnungsfeier wurde vom Stadtschulrat Fischer in seiner Begrüßungsansprache hervorgehoben, daß schon das Interesse der Kinder am Zeichenunterricht jetzt ein ganz anderes als früher sei. In einem als Zeichensaal eingerichteten besonderen Raum der Ausstellungshalle fanden die Besucher Gelegenheit, selber dem Unterricht zuzuhören und zuzusehen, der hier einer Klasse zeichnender Jungen von ihrem Lehrer erteilt wurde. Das Ganze des Lehrganges, den der neue Grundlehrplan der Gemeindeschulen Berlins vorschreibt, ist aus den ausgestellten Zeichnungen genauer zu ersehen. Aus mancher dieser Zeichnungen spricht laut und vernehmlich die Freude am Schaffen, das durch die neue Lehrmethode auch dem schwachbegabten Kinde ermöglicht wird. Von den Gipsfelleistungen sind einige so überraschend tüchtig, daß sie durch besonderen amtlichen Vermerk — um jedem etwa auftauchenden Zweifel zu begegnen — ausdrücklich als eigene Arbeit gekennzeichnet worden sind, obwohl sich das von selber versteht.

Mit der Ausstellung der Zeichnungen ist eine Ausstellung von Handarbeiten aus den Nebenklassen sowie aus den Schulwerkstätten verbunden worden. Von besonderem Interesse ist, was auf diesem Gebiete die Nebenklassen erreicht haben. Ihnen ist der Handfertigkeitsunterricht ein wichtiges Hilfsmittel der Erziehung. Er könnte das übrigens auch für normale Kinder sein, wenn er allgemein in den Lehrplan der Gemeindeschule aufgenommen würde. Man kann nur mit herzlicher Freude all die Sächelchen betrachten, die von den Kindern der Nebenklassen, oft in gemeinsamer Arbeit, angefertigt worden sind. Was die Hand auch dieser „zurückgebliebenen“ Kinder zu leisten vermag, das sehen wir hier in der Handarbeitsausstellung. Manches Kind, das vielleicht über die dürftigen Anfänge des Lesens, Schreibens und Rechnens kaum hinauszubringen ist, findet im Handarbeitsunterricht eine Möglichkeit, sich erfolgreich zu betätigen.

Für diese Ausstellung von Zeichnungen und Handarbeiten wird auf den Besuch nicht nur der Fachinteressenten, sondern vor allem auch der Eltern gerechnet. Sie bleibt geöffnet bis zum nächsten Sonntag (20. Juni), täglich von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends. Der Eingang befindet sich an der Invalidenstraße, der Zutritt ist unentgeltlich.

Beelitzer „Disziplin“.

Zu unseren in Nr. 128 veröffentlichten Betrachtungen über gewisse Mißstände, die im Sanatorium Beelitz von Patienten als höchst lästig empfunden worden sind, haben wir noch einige Zuschriften erhalten, in denen die von uns gegebene Darstellung voll bestätigt wird. Wir wollen jetzt nicht erneut auf diese Dinge eingehen, wohl aber wollen wir einmal die Frage untersuchen, warum nicht die Anstaltsleitung, die solche ganz leicht zu beseitigenden Mißstände vermutlich selber nicht kennt und sie gar nicht bemerkt, von den unzufriedenen Patienten um Abhilfe gebeten wird.

Die Neigung, sich mit Beschwerden an den Chefarzt zu wenden, mag ja bei manchen Patienten lebhaft genug sein, aber es ist in Beelitz nicht so ganz ungefährlich, das zu probieren. Weil man seine Beschwerde als einzelner vortragen muß, so riskiert man, in den Verdacht zu kommen, daß man ein bloßer Nörgler sei. Jeder, der da als erster hervortreten will, hat gegen sich den Umstand, daß „andere sich noch nicht beschwert haben“. Gemeinschaftliche Beschwerden könnten mehr Gewicht haben, aber in Beelitz ist es durch die Hausordnung nahezu unmöglich gemacht, dieses Mittel zu gebrauchen. Wer sich bemüht, solche Beschwerden zustande zu bringen, der kann seine Entlassung schneller haben, als ihm lieb ist. Die Hausordnung bestimmt in § 13: „Jede agitatorische Tätigkeit zur Abfassung oder Unterzeichnung gemeinschaftlicher Beschwerden ist untersagt“; und in § 14 droht sie: „Wer die Hausordnung gröblich oder wiederholt verletzt, kann vom Chefarzt sofort aus der Heilstätte entlassen werden.“ Kein Patient wird sich gern der Gefahr aussetzen, mit sofortiger Entlassung gemaßregelt zu werden. Er verliert da die Möglichkeit, durch das Heilverfahren in Beelitz seine Gesundheit wiederhergestellt zu sehen.

Das Verfahren, das bei den sofortigen Entlassungen manchmal befolgt wird, ist sehr eigenartig. Genauer bekannt sind uns zwei Fälle, in denen wegen angeblicher Uebertretung des § 2, der „jede agitatorische Tätigkeit in politischer, religiöser und sozialer Beziehung durch Wort oder Schrift“ untersagt, die Entlassung verfügt wurde. Im Sanatorium Beelitz hatte ein Patient E. die Aufgabe übernommen, die neu eingelieferten Patienten aufzufordern, daß „Vorwärts“-Leser ihm ihre Adressen geben möchten, damit die Adressenliste durch Vermittelung einer Pflegeschwester an die Post überwiesen werden und dann die Lieferung des Blattes erfolgen könne. Eines Tages wurde E. vor den Chefarzt gerufen, uns es wurde ihm eröffnet, er habe sich agitatorische Tätigkeit erlaubt, von ihm werde eine Liste der „Vorwärts“-Leser geführt, das genüge ja schon, er sei hiermit entlassen und habe mit dem nächsten Zuge nach Berlin zurückzufahren. Die Unterredung fand etwa um ½12 Uhr vormittags statt, und der nächste Zug fuhr kurz nach 12 Uhr, da mußte der Herr Chefarzt wissen, daß E. dann um sein Mittagessen kam. E. hatte nun schleunigst seine Sachen zusammenzupacken, er wurde aber nicht rechtzeitig fertig und konnte daher den Zug nicht mehr erreichen. Nach dem Mittagsmahl, an dem er nicht hatte teilnehmen können, veranstalteten andere Patienten eine Geldsammlung und händigten ihm — denn er selber hatte, wie sie wußten, kein Geld — den Ertrag ein, damit er im Bahnhofsrestaurant sich sattessen möge. Während E. schon außerhalb des Anstaltsgebietes weilte, hielt ein Patient L. ihm über den trennenden Zaun hinweg eine Ansprache, die auf die Entlassung Bezug nahm. Auch wurde dem scheidenden Freunde, dessen durch nichts gerechtfertigte Maßregelung allgemeine Erregung weckte, ein gemeinsam gesungenes Abschiedslied nachgesendet. Obwohl Ansprache und Lied frei von allen Hinweisen auf Politik usw. waren, fand sich auch hier wieder eine liebe Seele, die Anstoß daran nahm. Acht Tage später wurde der Patient L. gleichfalls vor den Chefarzt zitiert, wieder kurz vor dem Mittagessen. Es wurde ihm vorgehalten, er habe mit jener Rede politische Agitation getrieben, eine briefliche Beschwerde hierüber sei eingegangen, mithin habe auch er sofort die Anstalt zu verlassen. Auch L. mußte auf das Mittagessen verzichten, weil er schleunigst abfahren sollte, aber auch er wurde mit dem Packen nicht rasch genug fertig, und wieder bot nach dem Mittagmahl sich den anderen Patienten Gelegenheit, dem aus so nichtigem Grunde Gemaßregelten einen Abschiedsgruß mit auf den Weg zu geben. Wahrscheinlich meint die Anstaltsleitung, daß diese sofortigen Entlassungen, bei denen die gemaßregelten Patienten mit knurrendem Magen die Anstalt verlassen müssen, abschreckend wirken. Wir finden das Verfahren geradezu ungeheuerlich — und die von uns darüber befragten Patienten haben es noch ganz anders benannt. Schärfsten Tadel verdient übrigens auch

Die freisinnigen Vertreter Berlins in London.

Ueber den Besuch der Berliner Stadtväter in London haben wir kurz berichtet, allerdings nur nach dem, was die offiziösen Depeschenbureaus mitzuteilen für gut befanden. Jetzt, nachdem die Herren wieder in die Heimat zurückgekehrt sind, werden Nachrichten verbreitet, in denen vor allem versucht wird, die Haltung der sozialdemokratischen Vertreter in London zu glossieren und die einzelnen Personen in den Augen der Parteifreunde herabzusetzen. Wir haben uns um nähere Auskunft über diese Glossen bemüht und folgende Sachdarstellung von beteiligter Seite erhalten:

„Wir hätten es im Interesse des Ansehens unserer Heimatstadt Berlin vermieden, dieses Kapitel anzuschneiden. Da aber die Herren „Freisinnigen“ und zwar dieselben, die kurz von der Abreise der Delegation nach London aus verstecktem Hinterhalt vergiftete Pfeile gegen ihren bürgerlichen Kollegen, Stadtverordneten Marggraff, absandten, um demselben noch im letzten Augenblick die Mitreise zu verleiden, jetzt auf dem Umweg über Dortmund (durch die „Dortmunder Zeitung“) versuchen, die sozialdemokratischen Teilnehmer zu begeifern, so haben wir keine Ursache, länger mit unseren Kenntnissen über die „London-Fahrt“ zurückzuhalten.

Für heute wollen wir einiges zur Richtigstellung und einiges zur Erheiterung unserer Leser mitteilen, mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß wir auf Wunsch gerne mit mehr aufwarten.

Recht hat die Korrespondenz, daß es nicht geringe Verwunderung erregt hatte, daß die sozialdemokratische Berliner Stadtverordnetenfraktion den Beschluß faßte, an dem Gegenbesuch der kommunalen Körperschaften in London teilzunehmen. Besonders groß war die Verwunderung bei denjenigen bürgerlichen Stadtverordneten, die schon ihre Koffer gepackt hatten, um in die freiwerdenden vier sozialdemokratischen Plätze einzurücken und nun zu Hause bleiben sollten. Zwei reisten schließlich dann doch ohne delegiert zu sein mit — wie man sagte auf ihre Kosten —, einer hatte sogar die Amtskette mitgenommen, vermutlich, um bei den Tamtamgelegenheiten, an denen die Sozis ja vermutlich nicht teilnehmen würden, als Lückenbüßer in die Bresche zu springen. Schließlich können zwei wohl zur Not für vier essen und trinken, aber schwerlich vier leere Plätze ausfüllen, besonders, wenn diese vier Plätze die Gastgeber und der Zufall an vier entgegengesetzten Stellen der Tafel verteilt haben.

Wie ernst gewisse Leute unter den Freisinnigen ihre Aufgabe in London auffaßten, illustriert am besten die Tatsache, daß der Artikelschreiber der „Dortmunder Zeitung“ die Besichtigung der kommunalen Einrichtungen als „Erholung“ und „Zerstreuung“ ansieht, an denen die bösen Sozialdemokraten teilnahmen, während sie an den **ernsten Banketts**, d. h. Tafeleien, mit den den Völkern so bitter nottuenden Königs- und Kaisertoasten sich nicht sehen ließen. Freilich, sie sind so verstockt und unbelehrbar, nicht einzusehen, wie dadurch

„die Beziehungen der beiden großen städtischen Gemeinwesen zueinander, und die Beziehungen von Land zu Land ihren Ausdruck finden sollten“!

Unsere vier Genossen haben vom ersten Augenblick ihre Aufgabe so aufgefaßt, daß sie hinübergingen, die Einrichtungen Londons, das Gemeinwesen einer Weltstadt, Land und Leute kennen und verstehen zu lernen, und so die Anschauung zu stärken, daß die Völker ein großes, gemeinsames Ziel haben: zu den Höhen der Kultur zu gelangen, nicht aber sich gegenseitig zu zerfleischen, wenn die „Kunst“ berufener und unberufener Diplomaten sie aneinandergehetzt hat oder der Geldsack sein Spekulations- und Ausbeutungsterrain erweitern will. Das Sichkennen- und Verstehenlernen geschieht nicht durch Festgelage und Königs- und Kaiserhuldigungen, sondern durch das Studium des Volkes, wie es lebt und strebt, und dessen, was es schafft und wirkt. Die vier Sozialdemokraten haben diese Aufgabe, so gut es in den wenigen Tagen und Stunden, die ihnen zur Verfügung standen, möglich war, nach besten Kräften zu erfüllen gesucht. Sie sind so bald als möglich abgeschwenkt, um das große London und seine Bewohner, die Engländer, kennen zu lernen. Und während Herr Cassel und seine Getreuen vom „Tower“ — dem ehemaligen Gefängnis der hohen Staatsverbrecher und der Hinrichtungsstätte hochverräterischer Könige, welche Stätte zu sehen auch für die Sozialdemokraten einiges Interesse hatte — zum König fuhren, gingen die Sozis zum Volke. Während die gutbürgerlichen Herren mit Männerstolz vor Fürstenthronen den Rücken beugten, suchten unsere Genossen das Volk in seinen Tiefen, in seinem Elend auf. Während jene im „Liverpool-Street-Hotel“ frühstückten und in der „Guildhall“ bankettierten, stiegen die bösen Sozis in die Whiskybuden und in jene Höhlen hinab, wo die Armut im verbotenen Opiumgenuß ihr Elend zu verscheuchen sucht. Ja, die Dissendierenden besuchten am Mittwoch, einem Tag, an dem sie sich ganz dem Volksstudium widmeten, mit einem deutschen Führer jenen großen Stadtteil, Whitechapel genannt, wo die Aermsten und Elendesten, die Ausgebeutetsten und Vernachlässigsten der kapitalistischen Wirtschaftsweise vegetieren und verkommen. Sie sehen das „Lord Rowton House“, eine Einrichtung — leider nicht der reichen Stadt London, sondern privater Wohltätigkeit — der sich die Stadt Berlin noch nicht rühmen kann. Die Roten sahen an einem anderen Tage ein städtisches Hospital für arbeitsunfähige Ehepaare und für einzelne Männer und Frauen, eine Mustereinrichtung, von welcher unsere Stadt Berlin manches lernen könnte. Auch besichtigten sie ein Krankenhaus mit 8 Operationssälen und Einrichtungen, wie man sie nach manchem Rückständigen und Unentwickelten in London nicht vermutet hätte. Bei den Besichtigungen fiel ihnen recht unangenehm der Mangel an städtischen Asylen für Obdachlose auf. Sie mußten bemerken, daß auf diesem Gebiete fast ausnahmslos die Heilsarmee wirkt. Sie bietet für 2 und 6 Pennh denen, die nicht wissen, wo sie ihr Haupt niederlegen sollen, ein Nachtlager nicht wissen, wo sie ihr Haupt niederlegen sollen, ein Nachtlager mit obligatorischem Frömmigkeitstamtam. Was man erträgt für ein schützend Dach überm Haupte, wenn's da draußen stürmt oder schneit, begreift nur der, der selbst mal obdachlos war.

Ueberall fanden unsere Genossen nur von neuem die Bestätigung, daß die Völker nur einen gemeinsamen Feind haben, und das ist die Unwissenheit und die Ausbeutung.

Wir überlassen es ruhig jedem denkfähigen Menschen, zu beurteilen, welche von den beiden Parteien mehr gelernt und dem Volke näher gekommen ist, die, die alle Festessen mitmachte, oder die, die sich wirklich Mühe gab, das englische Volk kennen, verstehen und achten zu lernen, achten auch in jenen Schätzen der Kunst und Wissenschaft, in ihren Museen. Wir hätten gewünscht, unsere bürgerlichen Schulmänner hätten wenigstens ein Bankett versäumt und hätten statt dessen das Naturhistorische Museum Londons besichtigt, in welches die Volksschüler und Schülerinnen zum Anschauungsunterricht geführt werden. Dort werden ihnen unter anderem die Tiere in Nestern und Höhlen mit ihren Jungen in natürlicher Umgebung vorgeführt. Berlin hat eine ähnliche Stätte für den Anschauungsunterricht in solcher Vollkommenheit nicht. Aber freilich, während unsere Genossen diesen geistigen Genüssen sich ergaben, haben sie viele körperliche auf Kosten der „City of London“ versäumt. Und doch hätten sie Gelegenheit gehabt, dabei die Stadt Berlin und ihren eigenen guten Magen würdig zu repräsentieren! Erschien dann aber ein Genosse, „gewissermaßen zu Erkundigungszwecken“, wie der freisinnige Artikel sagt, vielleicht auch der Wissenschaft wegen, wie der Genosse Pfannkuch bei der „Draper Guilde in Drapers Hill“ zum Frühstück, dann war es auch nicht recht.

Die Freisinnigen haben unsere vier Genossen dutzende Male aufgefordert, alles mitzumachen, da „die Toaste doch nichts weiter sind als eine inhaltslose Formel, die nun mal üblich ist,

die Manier, dem Angeschuldigten die Möglichkeit einer eingehenden Verteidigung zu versagen, ihm Anklage und Urteil in einem und demselben Atemzuge mitzuteilen.

Entlassen werden kann man in Beelitz auch aus mancherlei anderen Gründen. Aus der Lungenheilstätte wird uns mitgeteilt, daß dort Patienten entlassen worden seien, die es abgelehnt hatten, sich mit Tuberkulin-Einspritzungen behandeln zu lassen. Diese Behandlungsart gehört nicht gerade zu den Annehmlichkeiten des Heilstättenaufenthalts, sie erzeugt hohes Fieber und schwerstes Unbehagen. Aber die Anstaltsleitung beruft sich wahrscheinlich auf § 3 der Hausordnung, der jeden Pflegling verpflichtet, den dienstlichen Anordnungen der Aerzte, Schwestern, Wärter usw. Folge zu leisten und im besonderen die ärztlich angeordneten Kurvorschriften pünktlich zu befolgen. Wer das nicht tut, fliegt nach § 14 hinaus. Auf Grund des § 3 könnte die Anstaltsleitung, wenn sie wollte, sogar jeden Pflegling entlassen, der den Seifpinsel des rasierenden Wärters zurückwiese, weil ihm dieses in unserem vorigen Artikel geschilderte Einseifungsverfahren zu unsauber erscheint. Denn auch der Gebrauch des Seifpinsels ist „Ausübung einer dienstlichen Obliegenheit", und da hat kein Patient zu mucken.

Es gibt Leute, die sich einbilden, daß Anstalten, wie die in Beelitz, die „Disziplin" nur mit eiserner Strenge aufrechterhalten können. Wir sind anderer Meinung. Wenn die Aerzte sich herbeilassen wollten, etwas mehr die persönlichen Beziehungen zu den Anstaltsinsassen zu pflegen, dann würde meist ohne „Zuchtmittel" auszukommen sein. Auch würden viele Patienten sich williger in die notwendigen Vorschriften der Hausordnung fügen, wenn in Beelitz mehr für Belehrung über den Zweck der Anstalten getan würde. Die von den Aerzten so sehr gefürchtete enge Verbindung der Patienten untereinander kann gleichfalls dazu beitragen, die Aufrechterhaltung der Ordnung zu fördern. Man sollte ihnen da ein Stück Selbstverwaltung gewähren, dann würden sie schon selber dem ungehörigen Benehmen einzelner wirksam entgegentreten.

Zum Termin der Berliner Landtagsersatzwahlen

schreibt die „Freisinnige Zeitung": „Daß die Berliner Landtagsersatzwahlen voraussichtlich im November stattfinden würden, war von einem Berichterstatter gemeldet worden. Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, hat sich der Magistrat mit dem Termin der Landtagsersatzwahlen noch gar nicht beschäftigt. Beim Magistrat ist überhaupt noch keine Anzeige über die Ersatzwahlen eingegangen."

Uns war die Meldung von dem Magistratsoffiziosus zugegangen. Es wäre wirklich an der Zeit, wenn sich die maßgebenden Behörden endlich entschließen wollten, den Termin der Landtagsersatzwahlen festzusetzen, damit große Kreise der Bevölkerung nicht noch länger im Landtage unvertreten bleiben.

Schulprojekte. Die Stadtverordneten werden sich in ihrer nächsten Sitzung mit mehreren größeren Schulneubauten beschäftigen. Zunächst mit einer dreifachen Schulanlage nebst Lehrerwohnhaus und einem Standesamtsgebäude auf dem alten städtischen Grundstück Antonstr. 14/15 an der Ecke der Plantagen- und Ruheplatzstraße. Hier soll eine besondere Schulabteilung für Nebenklassen und für Schwerhörige errichtet werden. Ferner soll auf dem Grundstück Antonstraße 36/42, Ecke Ruheplatzstraße, also gerade gegenüber dem ersteren Bau, eine einfache Gemeindeschule und eine Steuerannahmestelle erbaut werden. Die Kosten für diesen Bau schließen mit 525 000 M. ab. Hierzu kommt dann noch der Neubau einer Gemeindedoppelschule in der Ibsenstraße, der mit 960 000 M. veranschlagt worden ist. Die Gesamtbaukosten für diese drei Schulbauten stellen sich auf rund $2^1/_2$ Millionen Mark.

Aus der städtischen Erleuchtungskommission. Die Deputation der städtischen Gaswerke hat am Montag beschlossen, die Preßgasbeleuchtung weiter auszudehnen und zunächst in der Behren-, Tauben-, Mohren-, Kronen-, Mittel-, Jäger-, Französischen, Werder-, Georgen-, Dorotheen- und Universitätsstraße Einrichtung für diese Beleuchtung zu treffen. Andere anschließende Straßenzüge sollen dann folgen.

Einen Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt machten am Sonntag Schützenbrüder, die sich zusammengefunden hatten, um am Schützenfest in Kaulsdorf teilzunehmen. Sie hatten sich bei Kroll aufgestellt und zogen, von der Polizei begleitet, die Linden entlang, wo sie den Kaiser hoch leben ließen. Wenn das Wahlrechtsdemonstranten gewesen wären, wie wäre es ihnen wohl ergangen?

Klagen über ungenügende Nachtbeleuchtung. Uns wird mitgeteilt, daß des Morgens 2 Uhr die Laternen in der Landsberger Allee, Landsberger Straße, Georgenkirchstraße, Kaiser-Wilhelmstraße ausgelöscht werden, zu einem Zeitpunkt, an welchem es noch dunkel ist. Dadurch können sehr leicht Zusammenstöße von Fuhrwerken erfolgen, die die genannten Straßen lebhaft frequentieren. Gerade viele Schlächterfuhrwerke, die in der Zentralhalle zu tun haben, seien um diese Zeit in erheblichem Maße unterwegs.

Förderung des hauswirtschaftlichen Unterrichts. Die städtische Schuldeputation hat in Uebereinstimmung mit dem Magistrat beschlossen, den hauswirtschaftlichen Unterricht in den Berliner Gemeindeschulen auszudehnen. Bisher waren dem „Verein für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend" für 1900 10 000 M. aus städtischen Mitteln für diesen Zweck bewilligt worden. Um nun einer größeren Zahl von Gemeinde-Mädchenschulen die Teilnahme an diesem Unterricht zu ermöglichen, ist beschlossen worden, für 1909 fünf weitere Schulküchen zu errichten und dazu 6000 M. bereitzustellen.

Von der technischen Mittelschule. Der Magistrat von Berlin hat beschlossen, daß an der am 1. Oktober d. J. zu eröffnenden Technischen Mittelschule (Müllerstraße) eine Vorklasse mit halbjährlichem Kursus eröffnet wird. Das Schulgeld soll für die Technische Mittelschule und die Vorklasse für Berliner Einwohner 80 M., für solche reichsdeutsche Schüler, die nicht in Berlin wohnen, 160 M. und für Ausländer 400 Mark halbjährlich betragen. Die Unterrichtsdauer soll fünf Semester umfassen. Durch die Vorklasse mit halbjährlichem Kursus soll eine Erweiterung der Lehrziele der Schule nicht eintreten.

Schweinezucht auf städtischen Gütern. Der Stadtverordnetenversammlung ist eine sehr ausführliche Vorlage über die Einführung einer Schweinezucht auf den Berliner Stadtgütern zugegangen. Zunächst werden 84 000 M. für den Ankauf von 1200 Stück Läuferschweinen einschließlich 6000 M. für Schweinefutter verlangt. Später soll der Bedarf an Schweinen selbst herangezüchtet werden, zu welchem Zweck in Schmetzdorf ein Zuchtstall für 100 Sauen errichtet werden soll. Um die Seuchengefahr zu vermindern, sollen diese 1200 Läuferschweine auf verschiedene Güter verteilt werden. Der aus den städtischen Anstalten in Buch usw. kommende Küchenabfall soll bei der Schweinemast mit benutzt werden.

Die Volksbadeanstalt an der Schillingsbrücke soll mit einem Kostenaufwande von 879 000 M. erweitert werden. Als erste Baurate werden 200 000 M. verlangt. Diese Anstalt soll eine zweite Schwimmhalle an der Holzmarktstraße erhalten, weil die jetzige Einrichtung den gesteigerten Ansprüchen auf die Dauer nicht mehr genügt.

Der Exerzierplatz zur einsamen Pappel an der Schönhauser Allee wird seitens der Militärverwaltung in einer Weise vernachlässigt, die im Interesse der Anwohner wie der Passanten die schärfste Kritik herausfordert. Von dem Zaun, der einstmals das ganze Gelände umzog, ist nur noch die Hälfte vorhanden. An der Schönhauser Allee ist er kürzlich notdürftig ausgeflickt, dagegen auf der entgegengesetzten Seite, in der verlängerten Schwedter Straße, neben der Nordbahn, gänzlich entfernt worden. Hinter dem Zaun erheben sich nach allen vier Himmelsrichtungen mehrere Meter hohe Lehmberge. Zwischen diesen und dem Zaun liegen Papier, Lumpen, Geröll und anderer Unrat haufenweise, noch schlimmer wie in einem Produktenkeller. Der Exerzierplatz selbst ist nur stellenweise von einer ganz schwachen Grasnarbe bedeckt. Bei einigermaßen heftigem Winde entwickeln sich so gewaltige Staubwolken, daß die ganze Umgegend damit erfüllt wird. Die Anwohner können nur zeitweise die Fenster öffnen, da der Schmutz vom Exerzierplatz bis in die obersten Stockwerke geweht wird. So wenig der Militärfiskus für diesen Schmutzfleck inmitten Berlins tut, ebenso tüchtig ist in anderem Sinne die Polizei. Seit einiger Zeit machen sich hier wieder auffallend viele Schutzleute und „Geheime" bemerkbar, die den auf dem Platz bei gutem, windstillem Wetter Erholung suchenden Personen das Leben nach Möglichkeit erschweren. Es wird Zeit, daß dieser Platz als Exerzierplatz aus der unmittelbarsten Nähe dichtbevölkerter Stadtteile verschwindet. Vielleicht setzt sich die Stadt mit dem Militärfiskus wegen Ankaufs in Verbindung und macht einen hübschen Park daraus.

Ein Kautionsschwindler.

Zu seiner eigenen Sicherheit ließ sich am Sonnabendnachmittag ein Kautionsschwindler von der Kriminalpolizei festnehmen. Der 26 Jahre alte Kaufmann Albert Rothe aus der Hussitenstraße betrieb in der Liebenwalder Straße 57 eine Tütenfabrik. Diese bestand aus einem Zimmer, in dem man, wenn man will, gewiß auch Tüten kleben kann. Um jedoch 15 bis 20 Leute zu beschäftigen, dafür reichte der Betrieb nicht aus. Dennoch nahm Rothe so viele an. Weil er früher mit Kautionsschwindeleien schlechte Erfahrungen gemacht hatte, so suchte er jetzt durch prahlerische Anzeigen Leute mit Betriebseinlagen. Er fand auch unternehmungslustige junge Männer, die ihm 2000 M. und mehr anvertrauten, in der Hoffnung ihr Geld und ihre Arbeitskraft nutzbringend anzulegen. Jetzt kam es darauf an, durch eine richtige Zeiteinteilung dafür zu sorgen, daß sich die Angestellten nicht trafen, deren Zahl wurde aber endlich so groß, daß Rothe die Uebersicht verlor. Sobald aber die Angestellten erst einander kennen lernten und ihre Erfahrungen austauschten, brach der ganze Schwindelbau zusammen. Nun wurde die Lage für den Unternehmer so bedenklich, daß er sich am Sonnabend entschloß, bei der Kriminalpolizei Schutz zu suchen. In großer Angst kam er nach dem Polizeipräsidium gelaufen, suchte den Kommissar auf, der ihn früher hinter Schloß und Riegel gebracht hat und bat ihn himmelhoch, ihn wieder festzunehmen und nicht erst wieder aus dem Präsidium herauszulassen, weil er sonst von seinen Gläubigern noch totgeschlagen werde. Nachdem er alle seine Schwindeleien offenbart hatte, mußte man seiner Bitte entsprechen. Die Betrogenen, die nach und nach als Zeugen aufgerufen wurden, waren in der Tat auch so aufgebracht, daß man sie selbst im Polizeipräsidium nur mit Mühe davon abhalten konnte, gegen den gewissenlosen Schwindler handgreiflich zu werden.

Eine Explosion eines Benzolgasapparates erfolgte gestern im Keller des Hauses Brunnenstr. 115, wobei der in dem Raume befindliche 77 Jahre alte Arbeiter Gottlieb Rau so schwer verbrannt wurde, daß er in hoffnungslosem Zustande nach der Charité gebracht werden mußte.

Zwei Unfälle innerhalb vier Wochen haben sich in der Luxuspapierfabrik von Kreslawski, Rungestraße, zugetragen. Während kürzlich die Arbeiterin Maaß das Unglück hatte, mit der linken Hand in die Minervapresse zu geraten, wobei ihr dieselbe zermalmt wurde, kam am Sonnabend die 20jährige Arbeiterin Kühn mit der rechten Hand unter die Presse und erlitt erhebliche Quetschungen an den Fingern, zwei Glieder wurden ihr buchstäblich abgequetscht.

Von den Arbeitern wird die Häufigkeit der Unfälle auf das in diesem Betriebe herrschende Prämiensystem zurückgeführt. Durch dieses System werden die Arbeiter zu einer möglichst hohen Leistung angespornt. Speziell die Prägerinnen erhalten einen jammervollen Lohn. Um diesen zu erhöhen, wird ihnen pro 1000 geprägte Karten eine Prämie von zirka 10 Pf. gewährt. Diese zu erreichen, ist aber nur mit äußerster Anstrengung und großen Gefahren für Leib und Leben möglich.

Ein außerordentlich gefährliches Gewässer ist für Freunde von Freibädern der Plötzensee, in welchem im vorigen Jahre im Laufe des Sommers an ein und derselben Stelle 14 Personen ertrunken sind. Auch in diesem Jahre hat der See eine Anzahl Opfer gefordert. In den letzten 14 Tagen wurden drei Leichen von Knaben aus dem Wasser herausgeholt, von denen zwei gleichzeitig ertrunken waren. Die Eltern können ihre Kinder nicht dringend genug vor dem Baden an den verbotenen Stellen des Plötzensees warnen, der nur an einer Stelle freigegeben und ungefährlich ist, und zwar dort, wo sich die Militärbadeanstalt befindet. An den anderen Stellen des Gewässers sind zahlreiche Schlinggewächse und Wasserstrudel vorhanden.

Als Leiche aufgefunden wurde die seit 14 Tagen vermißte Arbeiterin Berta Ormann aus der Exerzierstraße 3. Das Mädchen hatte sich in der Habel ertränkt. Die Veranlassung zu der bedauerlichen Tat dürfte in Liebesgram zu suchen sein.

Unglückliche Familienverhältnisse liegen dem Selbstmord des Arbeiters Riediger, den wir am Sonntag meldeten, zugrunde. Wie uns von dem Arbeitgeber des R. mitgeteilt wird, war R. nicht arbeitslos, wie irrtümlich berichtet, sondern seit 19 Jahren bei ihm beschäftigt.

Die dem Arbeiter-Schwimmerbunde angehörenden Schwimmvereine Groß-Berlins haben sich zu einem Kreise I (Brandenburg) zusammengeschlossen und hielten am Sonntag den 1. Kreistag in Berlin ab. Zum Kreisvorsitzenden wurde der Schwimmgenosse E. Bratke, Rixdorf, Teupitzer Str. 12, gewählt. Die Rettungswachen für Arbeiterfeste stellt von jetzt ab der Kreis und werden die Vereinsvorstände, die auf eine solche reflektieren, gebeten, sich nur an oben bezeichneten Schwimmgenossen zu wenden.

Radrennen in Steglitz. Nach längerer Pause hatte der Sportpark wieder einmal ein großes Rennen. Das „Goldene Motorrad", das zum sechsten Male ausgefahren wurde und das eine sehr gute Besetzung aufwies, hatte der Bahn aber nicht den gewohnten Massenbesuch zugeführt. Der Verlauf des Rennens ergab einen einwandfreien Sieg des Franzosen Contenet vor Salzmann, Theile, Stellbrink und Schipke. Vom Beginn an lag der Sieger an der Spitze und schlug alle seine Gegner glatt. Von den Deutschen hielt sich Salzmann am besten; er arbeitete sich bis auf den zweiten Platz vor, wobei ihm allerdings das Mißgeschick von Theile und Stellbrink zustatten kam, die beide unter Motor- und Raddefekten zu leiden hatten. Immerhin hielt sich Salzmann tapfer und konnte in der 121. Runde sogar den Franzosen passieren, mußte aber in der 168. Runde diesem wieder den Vortritt lassen. Schipke spielte in Anbetracht seiner noch nicht ganz verheilten Wunden zeitweise eine ganz gute Rolle und ließ lange Zeit den Franzosen nicht vorbei. — Der Preis von Steglitz, ein 50-Kilometer-Rennen, hatte kein regelrechtes Ergebnis. Der Engländer Hall hatte hier vom Start ab die Führung, bis ihm 8 Runden vor Schluß ein Radschaden um den sicheren Sieg brachte und er sich mit dem dritten Platz hinter Przyrembel und Rosenlöcher begnügen mußte, während Nettelbeck und Pongs weit zurück endeten. Przyrembel war der einzige, der Hall Widerstand leistete, während Rosenlöcher in der 58. Runde glatt geschlagen wurde. Die Fliegerrennen hatten wie stets starke Felder und lieferten schöne Kämpfe. Das Ergebnis ist:

Goldenes Motorrad (100 Kilometer). 2000, 1600, 1400, 1200, 1000 M. 1. Contenet 1 Std. 8 Min. $37^1/_5$ Sek.; 2. Salzmann, 1230 Meter; 3. Theile, 3270 Meter; 4. Stellbrink, 5520 Meter; 5. Schipke, 6330 Meter.

Preis von Steglitz (50 Kilometer). 600, 500, 400, 350, 300 M. 1. Przyrembel, 35 Min. 21 Sek.; 2. Rosenlöcher, 600 Meter; 3. Hall, 1120 Meter; 4. Nettelbeck, 5500 Meter; 5. Pongs, 8000 Meter.

Hauptfahren für Klasse I. 1. Wegener; 2. Peter; 3. Süßmilch; 4. Kudela.

Hauptfahren für Klasse II. 1. Saldow; 2. Großmann; 3. Selmer; 4. Möller.

Prämienfahren. 1. Rudel; 2. Techmer; 3. Wegener.

Tandem-Prämienfahren. 1. Techmer-Wegener; 2. Conrad-Althoff; 3. Süßmilch-Pawke.

„Weltanschauung und Himmelskunde" ist das Thema, welches Direktor Dr. F. S. Archenhold am Dienstag, den 15. d. Mts., abends 9 Uhr, in einem Vortrag behandeln wird, welcher im großen Vortragssaal der neuen Treptow-Sternwarte stattfindet. Dr. Archenhold wird das hochinteressante Thema in durchaus allgemeinverständlicher Weise behandeln und seine Ausführungen an Hand zahlreicher Licht- und Drehbilder erläutern. — Im großen Fernrohr wird tagsüber bei klarem Wetter die Sonne, abends der Planet Jupiter mit seinen Monden beobachtet. Außerdem stehen den Besuchern der Treptow-Sternwarte noch kleinere Fernrohre zur Beobachtung beliebiger Himmelsobjekte zur Verfügung.

Vorort-Nachrichten.

Tempelhof.

Aus der Gemeindevertretung. Bei der höheren Mädchenschule haben sich weitere Räumlichkeiten als notwendig erwiesen; es wird deshalb ein Stockwerk auf das Schulgebäude aufgesetzt werden. Die Kosten hierzu werden aus den vorhandenen Beständen entnommen, doch muß später die Aufnahme einer Anleihe erfolgen. Das vor dem Schulgebäude liegende Gemeindegrundstück soll später dem Schulgebäude zugeteilt werden. — Nachdem der Park in den Besitz der Gemeinde übergegangen ist, hat dieselbe auch für dessen Unterhaltung zu sorgen. Leider hat man bis vor kurzer Zeit wenig davon gemerkt. So hätten z. B. die ausrangierten Schulbänke für Erwachsene nicht hingestellt werden dürfen. Zu begrüßen ist, daß die Gemeinde nun auch an die Bewässerung des Parkes denkt; 8100 M. wurden hierzu bewilligt. Bei einer Anregung, im Park auch eine Bedürfnisanstalt zu errichten, bemerkte der Gemeindevorsteher, daß für die drei im Orte vorgesehenen Bedürfnisanstalten 20 000 M. bewilligt worden seien, von denen bisher 7000 M. für die Anstalt in der Dorfstraße verbraucht sind. Bei der Aufstellung der beiden anderen, in der Nähe des Hafens und beim Bahnhof, hätten sich Schwierigkeiten ergeben, die noch nicht behoben sind. Vielleicht lasse sich später eine dritte Anstalt im Park aufstellen. — Nach dem Vorschlage der Baukommission werden folgende Straßen ausgebaut: Friedrich-Karl-Straße, Straßen 66 und 72, wo später die Elektrische durchführen soll, Straßen 71, 69, 67, verlängerte Manteuffelstraße, Straßen 12a, 12b und 2, verlängerte Straße 4 und die Boseстraße. Die Bedenken des Gemeindevertreters Hartmann, daß ihm die Verteilung in bezug auf Asphalt- und Steinpflaster willkürlich erscheine, wies der Vorsteher zurück; nur die Größe des Verkehrs sei für die Art des Pflasters maßgebend. — Mit der Regulierung der Friedrich-Wilhelm-Straße, zwischen der Werder- und der Berliner Straße soll nicht länger gewartet werden

---

bei der man sich aber denken kann, was man will!" Sie paßten dann bei den Gelegenheiten, wo unvermutet ein Toast ausgebracht wurde, sehr genau auf das Benehmen der anwesenden Sozis auf. Schade, daß sie nicht merken konnten, was diese sich — nach ihren Anweisungen — dabei gedacht haben.

Daß das Frühstück in Windsor im „White Hart Hotel" auf Kosten der Kommune Windsor und nicht des Königs stattfand, tat dem Geschmack und der Bekömmlichkeit keinen Abbruch, insbesondere, da der „Lord-Mayor" von Windsor noch ein hübsches Ansichtsalbum von Windsor mit — man denke — rotem Titeldruck überreichte. Es war dies am Freitag, dem letzten Tag der offiziellen Woche, dem einzigen Tage, an welchem das Programm „Anzug nach Belieben" ankündigte und deshalb auch die ganze Gesellschaft recht bunt gemischt erschien; vom hellsten Nanking bis zum grauesten Schwarz. Abends fand das Abschiedsbankett in Keysers Hotel statt, in dem die Berliner die Woche über gewohnt hatten.

Seit Tagen hatten bürgerliche Kollegen den Sozialdemokraten zugeredet, doch wenigstens am Abschiedsbankett, schon des Hoteliers wegen, teilzunehmen, bei denen ja keinerlei andere Toaste mehr ausgebracht würden als auf Gäste und Gastgeber. Bruns und Pfannkuch lehnten ab, da ersterer bereits Freitag abend, letzterer Sonnabend früh abreisten. Coblenzer und Hoffmann sagten zu. Als sie nun von ihren Zimmern herunterkamen und im Vorsaal die gedruckten Tischkarten einsahen, fanden sie, daß ihre Namen nicht verzeichnet waren. Es wurde ihnen aber von den Arrangeuren wiederholt versichert, daß für sie Stühle reserviert wären, und sie wurden gebeten, einzutreten, was diese jedoch ebenso wiederholt ablehnten. Später stellte sich heraus, daß der Kollege Bamberg die Ablehnung des Genossen Bruns als solche für alle vier aufgefaßt hatte und deshalb die Namen nicht auf die Tischkarte hatte setzen lassen. Als man den Irrtum erfuhr, waren die Karten schon gedruckt. Plätze waren aber für die beiden Genossen reserviert. Auf diese verzichteten sie jedoch unter diesen Umständen. Einen Frack brauchten sie nicht — wie die Korrespondenz meldet — an den Nagel hängen, sintemalen sie keinen anhatten.

Den Sonnabend haben die Genossen Coblenzer und Hoffmann mit dem Sekretär des Kommunistischen Arbeiterklubs, Genossen R. Dietrich, verlebt, der sich in liebenswürdiger Weise den ganzen Tag zur Erforschung Londons zur Verfügung gestellt hatte, wobei mehr herauskam als bei den „Potemkinschen Dörfern", die uns à la „City of London, Schule für Knaben", die dem Oberbürgermeister vor fünf Jahren in derselben Aufmachung gezeigt worden war, offiziell vorgeführt wurden. Abends sprachen beide in einer Versammlung des Klubs, in jenem Klub, in dem unsere Vorkämpfer Marx und Engels sowie unser roter Postmeister Motteler gewirkt hatten, und verlebten so den letzten Abend auf historischem Boden unserer die Völker verbindenden sozialistischen Weltanschauung.

Wir sehen, unsere Genossen haben die Reise nach London nicht als Vergnügungsreise aufgefaßt, sondern die Tage voll ausgenützt, um im Interesse ihrer Stellung in den städtischen Verwaltungen und im Interesse der leidenden Menschheit etwas zu lernen, und haben damit zu dem sich „gegenseitig Verstehen- und Achtenlernen" mehr beigetragen, als jene, denen man weit eher den Vorwurf zurückgeben kann, „sie haben auf Kosten der Stadt Berlin und der City of London eine Vergnügungsreise nach England gemacht, und an allen Darbietungen teilgenommen, die der Zerstreuung und der Erholung dienen".

Allerdings nahmen die Genossen Bruns, Coblenzer und Hoffmann auch an den Frei-Theater-Vorstellungen teil, d. h. sie zahlten für die Billetts im Parkett genau so viel, wie die bürgerlichen Kollegen und wie der Oberbürgermeister, der Bürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter für die Logenplätze. Da sie aber den „perfekten Engländer" vergessen hatten, mußten sie auch hier, statt der „Zerstreuung und Erholung" Studien und Vergleiche anstellen über das Elend und das in Lumpen gehüllte Volk in Withechapel einerseits und den Luxus und die im buchstäblichen Sinne mit Diamanten und Brillanten behangenen Damen andererseits, deren einzelner Behang Millionen repräsentierte, wie den Genossen ein wissender Engländer versicherte. Auch das war sehr lehrreich, und so mußten die bösen Sozis auch hier lernen, wo andere sich „zerstreuten und erholten", lernen für den Kampf gegen die wahnsinnige „göttliche" Weltordnung.

Wünscht man „via Dortmund" oder auch direkt weiteres über Studien drei imitierter bürgerlicher „Lowkens", unter Detektivsbedeckungen und andere „Zerstreuungs- und Erholungsfahrten", so sind wir gern bereit, damit zur Erheiterung unserer Leser zu dienen, treu dem Grundsatze: „Auf einen Schelm anderthalbe".

Wir gönnen jedem sein Vergnügen, und die Studienfahrten nach seinem Gusto, verbitten uns aber Verhaltungsmaßregeln für unsere Genossen von Leuten, bezüglich derer konservative Engländer „die völlige Verständnislosigkeit" der Rückgratsverrenkungen dieser Herren zum Ausdruck brachten!"

— Auf vielen Grundstücken, die von dem ehemaligen Rittergut Tempelhof abgezweigt sind, lastet die sogenannte Jaquessche Last. Diese Last ist ein schweres Hindernis in der Entwickelung Tempelhofs, weil sie den Eigentümern der vom früheren Rittergut abgeschriebenen Grundstücke zur Pflicht macht, diese nur villenmäßig zu bebauen bezw. gewisse Bauten wie Fabrik- und Krankenhausbauten (wohl auch Arbeiterwohnhäuser?) zu unterlassen. Viele Eigentümer betreiben seit einiger Zeit die Beseitigung der für sie lästigen Beschränkung. Was nun die Ablösung anbetrifft, so ist diese Angelegenheit nicht einmal dem maßgebenden Grundbuchrichter klar. Deshalb will die Gemeinde sich nicht in den Streit hineinmischen, sondern eine abwartende Stellung einnehmen und von der Geltendmachung der auf der Jaquesschen Last ruhenden Rechte zurzeit Abstand nehmen.

Schöneberg.

Von einem Hofhunde zerfleischt wurde die achtjährige Schülerin Lina Trüchel, Gothenstr. 26 bei den Eltern wohnhaft. Die Kleine war mit einem Spielkameraden, dem neunjährigen Fritz Walter, auf das Grundstück Tempelhoferweg, Ecke Gothenstraße gegangen, woselbst der Knabe einen dort zur Bewachung befindlichen Hund zu füttern hatte. Das Tier stürzte sich plötzlich auf die T., riß sie nieder und zerfleischte ihr den rechten Arm in entsetzlicher Weise. Auch einen hinzukommenden Arbeiter, der das Kind aus den Zähnen der Bestie befreite, biß das Tier in die Hand. Die beiden Verletzten wurden nach der Unfallstation in der Herbertstraße gebracht und erhielten dort Notverbände.

Lichtenberg.

In der heute, nachmittags 5½ Uhr stattfindenden Stadtverordnetenversammlung soll zu dem Versuch des Magistrats, den städtischen Arbeitern das Koalitionsrecht zu verkümmern, Stellung genommen werden. Es stehen außerdem noch 20 Punkte auf der Tagesordnung, die alle mehr oder weniger von öffentlichem Interesse sind.

Rummelsburg.

Bei den Ergänzungswahlen zum hiesigen Gewerbegericht wurden für die Kandidaten des Kartells 903 Stimmen abgegeben. Dieselben sind somit gewählt.

Grünau.

Die Uebergabe der elektrischen Straßenbahn Bahnhof Köpenick—Bahnhof Grünau ist am Freitag erfolgt. Die Wagen gehen halbstündlich und zwar ab Grünau kurz nach halb und voll. Die Außenkurve an der Ecke Wilhelm- und Köpenicker Straße erwies sich als zu flach liegend, so daß die Wagen aus dem Gleise sprangen, sie mußte daher höher gelegt werden. Leider verursachte die Bahn gleich am Sonnabend einen schweren Unfall. Das mit Brettern beladene Fuhrwerk des Eigentümers Thiele aus Bohnsdorf, welches von dessen Sohn Otto geführt wurde, begegnete am Sonnabendnachmittag um ½5 Uhr der Elektrischen in der Köpenicker Straße. Hier scheuten plötzlich die Pferde des Wagens und rissen den jungen Mann von seinem Sitz, wobei derselbe zwischen Fuhrwerk und einen an der Straße stehenden Baum eingeklemmt und ihm der Brustkorb eingedrückt wurde. Schwer verletzt mußte der Unglückliche einem Krankenhause zugeführt werden. Den Verunglückten trifft der Unfall um so schwerer, als er für den durch Krankheit unfähigen Vater die Wirtschaft führen mußte.

Die Gemeindevertretersitzung bewilligte am Freitagabend 100 M. aus Gemeindemitteln zu einem Preis für die Ruderregatta. Widerspruch erhob nur Herr Schöffe Radelhof, der mit Recht betonte, für derartige Zwecke könne das Geld der Steuerzahler nicht verwandt werden; diejenigen Geschäftsleute, welche Nutzen von der Veranstaltung haben, mögen einmal in die eigene Tasche greifen und etwas dazu hergeben. Für den Neubau einer Leichenhalle hat die Gemeinde den dazu nötigen Platz vom Forstfiskus erworben; es wird nach einigen notwendigen Abänderungen des Bauplanes mit dem Bau begonnen werden. Die Heizanlagen unserer neuen Schule haben sich im letzten Winter als unzureichend erwiesen, weshalb dieselben durch Vermehrung der Heizkörper verstärkt werden müssen. Für die Gemeindeschüler werden zum Besuch der Freibadeanstalt Freikarten ausgegeben, von denen hoffentlich reger Gebrauch gemacht wird.

Adlershof.

Der am Ort bestehende Verein „Jugendheim", dessen Zweck ist, der der Schule entwachsenen Jugend ein eigenes Heim zu geben, in dem sie ungestört und ohne Genuß von alkoholischen Getränken an ihrer Weiterbildung arbeiten kann, veranstaltet heute abend 8½ Uhr im Lokal des Herrn Beyer, Bismarckstraße 10 eine große öffentliche Versammlung, in der Herr Wilhelm Schenk, Berlin über „Die Bedeutung eines Jugendheims für die proletarischen Eltern" referieren wird. Da diese Frage von Wichtigkeit ist, erwartet der Verein, daß alle interessierten Eltern und Erzieher dieser Einladung Folge leisten werden.

Bernau.

Zur Warnung für Mütter dient ein Unfall, welcher sich gestern vormittag hierselbst Weinbergstr. 40 ereignete. Die Ehefrau des Werkmeisters Sasse war unter Zurücklassung ihrer vierjährigen Tochter in der Wohnung einige Geschäfte besorgen gegangen. Die Abwesenheit benutzte die Kleine um das Küchenfenster zu öffnen und hinauszusehen. Hierbei verlor das Kind das Gleichgewicht und stürzte kopfüber aus der 3. Etage bis auf ein zur 1. Etage reichendes Pappdach. Zum Glück ist die Kleine mit unerheblichen Verletzungen davongekommen.

Spandau.

Schon des öfteren ist in den Stadtverordnetenversammlungen darüber geklagt worden, daß das städtische Bauamt so sehr viele Beamte, Zeichner, Techniker usw. benötigt und trotz alledem immer noch überlastet sei. Eine Schöffengerichtsverhandlung, die am vergangenen Freitag stattfand, gewährte einen kleinen Einblick in das Getriebe des Bauamts. Auf der Anklagebank standen die Bauführer Emil Hübner und Otto Schubart, sie sind angeklagt, den Stadtbaumeister Müller dadurch beleidigt zu haben, daß sie erzählten, derselbe habe sich bei seinen Diplom- und Privatarbeiten während der Dienststunden von den Technikern und Zeichnern helfen lassen und habe dieselben veranlaßt, falsche Eintragungen in die Tätigkeitsberichte zu machen. Die Verhandlung dauerte von morgens 9 Uhr bis nachmittags ¾5 Uhr. Das Resultat war die Freisprechung der beiden Angeklagten, weil das, was sie erzählt haben, durch die Beweisaufnahme erwiesen wurde. Es wurde auch festgestellt, daß sich der Stadtbaumeister Müller bei seinen Diplomzeichnungen für die Hochschule, trotzdem er auf denselben eidesstattlich versichert habe, daß er sie selbständig und eigenhändig angefertigt, von den Zeichnern während der Dienststunden hat helfen lassen. Mitunter sind die Beamten tagelang mit diesen Arbeiten beschäftigt worden. Welche Folgen dieser Prozeß für den Stadtbaumeister Müller haben wird, ist unschwer zu erraten. Vielleicht trägt er auch dazu bei, daß die Privatarbeiten der städtischen Baubeamten etwas eingedämmt werden. Vor allen Dingen werden aber die Stadtverordneten zu der Benutzung städtischer Angestellter zu Privatarbeiten Stellung nehmen müssen.

Nowawes.

In der Wahlvereinsversammlung hielt Genosse Leidner-Charlottenburg einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag „Ueber die politische Lage". Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorschlage des Genossen Stab einverstanden, den Ueberschuß der diesjährigen Maifeier als Grundstock zu einem besonderen Maifonds zu bestimmen. Der Vorsitzende, Genosse Ziemann, forderte zum Schluß noch auf, recht zahlreich die Versammlung in Spandau zur Begrüßung des Genossen Dr. Karl Liebknecht zu besuchen. Abfahrt von Potsdam 10¹⁰ Uhr (Stadtbahn).

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetensitzung. Die Wassermesserkontrolleure beschweren sich in einer Eingabe, daß man ihre Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert habe, und ersuchen um Aufhebung dieser Bestimmung. Stadtv. Pauli meinte, diese Beschwerde sei unbegründet, denn den Kontrolleuren sei jetzt eine Frühstückspause gegeben worden, welche sie früher nicht hatten. Der „schlichte Mann aus der Werkstatt" müßte wissen, daß es sich hier wirklich um eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde handelt, denn die Kontrolleure haben diese Pause schon seit langen Jahren, nur mit dem Unterschied, daß sie nicht zu einer bestimmten Tageszeit gemacht wurde, da dies ihre Beschäftigungsart schlecht zuläßt. Das dürfte wohl auch in der Beschwerde, welche von Herrn Pauli als stellvertretendem Vorsitzenden entgegen sonstigen von höheren Personen kommenden Schreiben nicht verlesen wurde, angeführt gewesen sein. Man will hierüber die Aeußerung des Magistrats abwarten. — Die Stadtvv. Enders und Saft haben einen Protest gegen eine in der vorhergegangenen Sitzung vorgenommene Abstimmung durch Handhochheben betr. Ankauf eines Grundstücks in der Neuen Luisenstraße eingereicht. Dem Bureau wird u. a. indirekt der Vorwurf gemacht, bei der Abstimmung gemogelt zu haben. Das Burau wandte sich hiergegen, daß man ihm so etwas unterschiebe. Hierauf kam etwas Unerwartetes. Der Stadtv. Enders erhob sich und meinte, man wolle das Bureau nicht treffen, jedenfalls könne man aber keinen Eid darauf abgeben, daß es bei der Abstimmung richtig zugegangen sei, denn ein solcher Eid habe gerade einen Wert, wie ein „Schutzmannseid". — Eine Erhöhung des Zuschusses zur Säuglingsmilchküche von 1500 auf 2000 M. verlangt der Vaterländische Frauenverein, welche ihm bewilligt wurde. — Mit der beantragten Erweiterung der Schlachthofanlagen soll sich eine Kommission befassen, da dieselbe sehr eingehend erörtert werden muß; handelt es sich doch um ein Objekt von 240 000 M. — Der Bebauungsplan der Brandenburger Vorstadt hat einige kleine Aenderungen erfahren betreffs Belassung von Bäumen in der Viktoriastraße. Hierbei bat Stadtv. Hermann II um Auskunft über den Bau der Straßenbahn nach Wildpark, da das Material schon über ein Jahr daliege. Er wurde dahin belehrt, daß hieran das Hofmarschallamt Schuld trage, welches Menschenansammlungen am Endpunkt der Bahn befürchtet. Man müsse sich darum noch gedulden, da der Magistrat selbst noch nicht im klaren sei. — Ueber die Errichtung einer weiblichen Fortbildungsschule wurde noch kein Beschluß gefaßt, da die Sache noch nicht zur Reife gelangt sei. Jedenfalls dürfte die Errichtung nicht mehr lange auf sich warten lassen. Als Schulraum soll das alte Realgymnasium verwendet werden. Man hofft hier ebenso gute Resultate zu erzielen wie mit der seit 1899 errichteten kaufmännischen Fortbildungsschule. — Für zwei Lungenkranke bewilligte man zu einem Heilverfahren insgesamt 562 M.

In der letzten Wahlvereinsversammlung hielt Genosse Schütte-Berlin ein beifällig aufgenommenes Referat über das Leben und Wirken Ferdinand Lassalles. — Hierauf berichtete der Vorsitzende Krohnberg über die Vorstandssitzung, die sich mit den Fällen Wagener und Burczik beschäftigte; die Versammlung stimmte bezüglich Wagners der Ansicht des Vorstandes zu, daß derselbe bei der Maifeier nicht korrekt gehandelt hat und deshalb mit einer Rüge zu belegen sei; zum Falle Burczik wurde beschlossen, den Antrag auf Ausschluß aus der Partei zu stellen, da B. auch Mitglied des Arbeitgeberschutzverbandes ist. — Sodann gab Genosse Richter die Abrechnung von der Maifeier, die einen Ueberschuß von 111 M. aufweist, wovon das Gewerkschaftskartell die Hälfte erhält; außerdem wurden der Bibliothek 20 M. überwiesen. — Einem Antrage des Vorstandes, am 1. August ein Sommerfest zu feiern, gab die Versammlung ihre Zustimmung und wählte ein Komitee zum Arrangement desselben. — Nachdem der Vorsitzende auf das am 18. Juli in Treptow stattfindende Kreisfest und Genosse Fütterer auf das am 27. Juni stattfindende Gewerkschaftsfest hingewiesen und um rege Beteiligung ersucht hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Ein verständiges Urteil.

Wiederholt haben wir betont, daß in Fällen des Diebstahls aus Not dem Rechtsempfinden und dem Gesetz entsprechend eine Freisprechung auf Grund des § 54 des Strafgesetzbuchs erfolgen kann. Nach § 54 ist eine strafbare Handlung nicht vorhanden, wenn die Handlung außer dem Fall der Notwehr in einem unverschuldeten, auf andere Weise nicht zu beseitigenden Notstande zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben des Täters oder eines Angehörigen begangen worden ist. Dieser Tage hat in erfreulichem Gegensatz zur Rechtsanschauung anderer Gerichte die Göttinger Strafkammer in einem solchen Fall den § 54 zur Anwendung gebracht.

Der Maurer August Ahlbrecht aus Sieboldshausen und seine Ehefrau waren angeklagt wegen Diebstahls im Rückfalle. Sie haben im Januar dieses Jahres, zur Zeit der großen Kälte, sich einige etwa zwei Meter lange Spitzen von Fichtenstämmen, die von den Holzarbeitern im Walde zurückgelassen worden waren, sowie eine schon behauene Stange zugeeignet. Beide sind wegen Diebstahls geringwertiger Gegenstände schon vorbestraft. Der als Zeuge vernommene Förster sagt aus, er sei in der Wohnung der Angeklagten gewesen, es habe dort die bitterste Not geherrscht — keine Lebensmittel, kein Heizmaterial und ein Haufen Kinder! Vom Staatsanwalt wurde das für Diebstahl im Rückfalle niedrigste Strafmaß, drei Monate Gefängnis beantragt. Die Strafkammer erkannte auf Freisprechung. Der Gerichtshof wolle den Angeklagten glauben, daß sie die fast wertlosen Baumspitzen für herrenloses Gut gehalten hätten, auf welches der Eigentümer keinen Wert mehr legte. Außerdem stehe ihnen der § 54 des Strafgesetzbuches zur Seite. Eine Gefahr für das Leben der Kinder habe in dem bitterkalten Winter vorgelegen. Nun aber möchten die Angeklagten sich im Notfalle künftig an die Ortsbehörde oder an andere mildherzige Personen wenden.

Eine fahrlässige Anklage

wegen Unterschlagung führte den Hotelportier Paul Gebauer vor die 6. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist bisher völlig unbestraft und hat seine jetzige Stellung als Portier des Cafés „Kaiserkrone" seit 21 Jahren ununterbrochen inne. In der Nacht zum 29. Juli v. J. fuhr vor dem genannten Café eine Droschke vor, in welcher der Privatier Ernst Meißner und der Student Brunken — zwei Oesterreicher — in Gesellschaft zweier „Dämchen" saßen. Die ganze Gesellschaft war ziemlich stark angeheitert. Meißner ersuchte den Angeklagten, ihm ein Zwanzigmarkstück zur Bezahlung der Autodroschke zu wechseln. Als Gebauer dies nicht konnte, legte er im Auftrage des M. drei Mark aus. Später behauptete M., er habe dem Angeklagten das Zwanzigmarkstück übergeben und nicht zurückerhalten, während der Angeklagte seine ausgelegten drei Mark zurückverlangte. Es kam schließlich zu einem großen Skandal, der damit endete, daß M. gegen den Portier Strafanzeige wegen Unterschlagung erstattete. Das Schöffengericht verurteilte Gebauer auch zu 20 Mark Geldstrafe. In der Berufungsinstanz machte der Verteidiger geltend, daß die angeblich Geschädigten in jener Nacht so betrunken gewesen wären, daß sie sich keinesfalls des richtigen Hergangs der Sache jetzt noch besinnen können. Der beste Beweis hierfür sei, daß beide noch in der Nacht nach der österreichischen Botschaft gefahren wären, hier gegen 4 Uhr morgens das gesamte Botschaftspersonal durch anhaltendes Läuten alarmiert und „ihr Recht" verlangt hätten. Außerdem wurde von dem nachträglich ermittelten Chauffeur der Autodroschke bekundet, daß der Angeklagte das Zwanzigmarkstück überhaupt nicht in der Hand gehabt habe, er vielmehr von ihm noch 3 Mark erhalten habe. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

Auffallend ist, daß auf Grund der Anzeige zweier so betrunkener Leute ohne weitere Recherchen Anklage erhoben wurde. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft sind doch in der Lage, die erforderlichen Recherchen anzustellen.

Betrügereien eines Gemeindevorstehers.

Vor der Stendaler Strafkammer stand am Freitag der Gemeindevorsteher und Hofbesitzer Heinrich Gellermann aus Zichorie. G. war als Vorstandsmitglied der Molkereigenossenschaft Böckwitz, von der er auch besoldet wurde, beauftragt, die Milchlieferungen in das Monatsabrechnungsbuch zu übertragen, das er selbst führte, und danach den Bruttogewinn des Milchgeschäfts zu ermitteln, von dem dann die bereits in Form von Naturalien — Butter — an Mitgenossenschafter verteilten Beträge abzuziehen waren. Der Rest des Gewinnes sollte den Genossen bar ausbezahlt werden. G., der nur mit Rücksicht auf das von ihm als Gemeindevorsteher vorausgesetzte Vertrauen für den Posten ausersehen wurde, machte sich während seiner siebenjährigen Geschäftspraxis fortgesetzter Betrügereien schuldig, indem er die von den Molkereiverwaltern aufgestellten Produktionslisten fälschte und höhere Beträge einstellte, nach denen dann der Gewinnanteil für ihn berechnet wurde. Durch diese Manipulation sicherte sich der Angeklagte ein Kapital von zirka 2000 M. Seine Untreue und den Vertrauensmißbrauch mußte G. mit drei Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe, zu denen er von der Strafkammer verurteilt wurde, büßen.

Ein gefährlicher Kinderfreund.

Der frühere Buchdruckereibesitzer Max Peiser aus Berlin NO. 18, Palisadenstr. 83, bittet uns mitzuteilen, daß er mit dem, wie wir am Sonntag berichteten, wegen seines Angriffes auf ein Schulmädchen verurteilten Buchdruckereibesitzer Peiser aus Friedenau nicht identisch ist.

Vermischtes.

Das Erdbeben in Südfrankreich.

Ueber die Erdbebenkatastrophe in Südfrankreich wird noch aus Paris gemeldet: Nachrichten aus dem Erdbebengebiet bestätigen die gemeldete Anzahl der Toten. In Lambese, St. Cannat, Réparade und Rognes wurden auch eine ganze Anzahl Personen verletzt. Der angerichtete Sachschaden ist bedeutend. In St. Cannat haben sämtliche Wohnhäuser gelitten, der Kirchturm ist vollständig eingestürzt. Die Einwohner lagern außerhalb der Stadt. Die bisher geborgenen und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelten Leichen wurden in einem Schuppen aufgebahrt. Ein 12jähriger Knabe wurde bei der Flucht auf der Straße getötet, ein 70jähriger Greis war auf der Stelle tot, ebenso ein 15jähriger junger Mann. Das Schloß Valmonne hat ebenfalls stark gelitten. In den vom Erdbeben heimgesuchten Ortschaften wurden alle baufälligen Gebäude durch Soldaten niedergelegt. In Lambese sind 20 Personen verletzt worden, darunter mehrere tödlich. Die Mehrzahl der Opfer fand ihren Tod in den Betten, mit Ausnahme von zwei Frauen, die auf der Straße getötet wurden, als sie ihre Wohnungen verließen. Die Mehrzahl der Straßen sind durch Trümmerhaufen versperrt. In einem Hause wurde eine Mutter mit ihrem fünfjährigen Kinde, welches sie auf dem Arm trug, getötet. Die Chaussee zwischen Lambese und Rognes ist durch zahlreiche große Risse unpassierbar geworden. Der große Pachthof von St. Paul ist in einen Trümmerhaufen verwandelt. Rognes ist völlig zerstört. In Réparade sind alle Wohnhäuser beschädigt und viele drohen einzustürzen. Während der ganzen Nacht wurden Hilferufe einer verschütteten Familie vernommen. Erst gegen Morgen gelang es Soldaten, die Familie zu retten. Die auf einer Hochebene gelegene Ortschaft Vernegues ist ebenfalls völlig zerstört. Truppen sind mit der Bergung der Verunglückten beschäftigt. Die Bewohner kampieren in von den Soldaten aufgeschlagenen Zeltlagern.

Am Sonntag wurden, wie aus Marseille berichtet wird, unter Beteiligung der Behörden in Rognes dreizehn und in Lambese zwölf Opfer der Erdbebenkatastrophe beerdigt. Der Direktor des seismographischen Instituts in Rom, Alfano, erklärte, man müsse sich auf weitere Erdstöße in Südfrankreich gefaßt machen, die die bisherigen an Stärke übertreffen würden.

Paris, 14. Juni. Neue Erdstöße sind gestern vormittags gegen 9 Uhr in der Umgegend von Toulon verspürt worden. In Bargemon wurde die Kirche stark beschädigt. Gleichzeitig wurde das Wasser aller Quellen in der Umgegend heißer. Es behielt diese Temperatur mehrere Stunden bei. Die Glocken der Kirchen gerieten in Schwingungen und läuteten. In Vandal sind drei Verschüttete, welche noch lebend geborgen wurden, gestern abend gestorben.

Eine große Feuersbrunst brach, wie aus Dwinsk a. Düna gemeldet wird, gestern vormittag im Zentrum der Stadt aus; sie konnte jedoch auf ihren Herd beschränkt werden. Es sind neun Häuser niedergebrannt.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise für Rind- und Hammelfleisch anziehend, sonst unverändert. **Wild:** Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. **Geflügel:** Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise allgemein befriedigend. **Fische:** Zufuhr mäßig, Geschäft rege, Preise wenig verändert, für Kredie nachgebend. **Butter und Käse:** Geschäft still, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich rege, Preise mehrfach verändert.

Witterungsübersicht vom 14. Juni 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	762	N	2	wolkig	14	Haparanda	767	N	4	halb bd.	8
Hamburg	764	NNO	2	bedeckt	13	Petersburg	755	N	2	bedeckt	12
Berlin	763	WNW	1	halb bd.	15	Scilly	771	N	3	halb bd.	13
Frankf. a. M.	765	SW	4	Regen	10	Aberdeen	770	NNW	1	halb bd.	10
München	767	W	5	Regen	9	Paris	769	SSW	2	wolkig	12
Wien	762	W	5	halb bd.	13						

Wetterprognose für Dienstag, den 15. Juni 1909.

Ein wenig wärmer bei meist schwachen nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 13. 6. cm	seit 12. 6. cm¹)	Wasserstand	am 13. 6. cm	seit 12. 6. cm
Memel, Tilsit	135	+1	Saale, Grochlitz	68	−6
Pregel, Insterburg	−21	+4	Havel, Spandau²)	42	−7
Weichsel, Thorn	—	—	„ Rathenow²)	74	+3
Oder, Ratibor	214	−17	Spree, Spremberg²)	70	+2
„ Krossen	227	+14	„ Beeskow	58	−2
„ Frankfurt	195	+13	Weser, Münden	−103	0
Warthe, Schrimm	48	+6	„ Minden	−36	−3
„ Landsberg	14	0	Rhein, Maximiliansau	454	+16
Netze, Bordamm	−7	0	„ Kaub	187	+3
Elbe, Leitmeritz	−20	−12	„ Köln	163	0
„ Dresden	−125	−18	Neckar, Heilbronn	48	−2
„ Barby	122	+29	Main, Wertheim	96	0
„ Magdeburg	102	+18	Mosel, Trier	18	+4

¹) + bedeutet Wachs, — Fall. — ²) Unterpegel.

In dieser Woche bietet der

Inventur-Verkauf

in allen Lager-Abteilungen

ganz aussergewöhnliche Vorteile

in Leinen und Wäsche jeder Art

Donnerstag und Freitag, den 17. und 18. Juni

Verkauf von Resten und Restbeständen zur

Hälfte des bisherigen Preises

F. V. Grünfeld

Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei. Berlin W, Leipziger Str. 20-21.

Höchste Anerkennung

finden bei allen Rauchern

Manoli

Cigaretten

Spezialmarken:

Dandy, Fix, Chic, Gibson Girl.

Eingeführt von den französischen u. italienischen staatl. Tabak-Regien. 1191L*

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 786L*

Amt 4, 3014.

Meine Privatklinik für Frauenleiden

befindet sich jetzt Chausseestraße 11, Eingang Tieckstraße.

die Poliklinik (wochentags 2—3) Alt-Moabit Nr. 45, nahe Gotzkowskystraße.

Dr. Zepler.

29465*

Keine Küche ohne MAGGI!

Achtung vor Nachahmungen!

Die dünnste Wassersuppe, jede schwache Bouillon, ferner Saucen, Gemüse und Salate erhalten augenblicklich feinen, kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI-Würze.

Echte MAGGI-Würze hilft sparen.

„MAGGIs gute, sparsame Küche".

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) 264/11*

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 2153R*

Teppiche, farbfehlerhafte, spottbillig.

Schülerplaids, großer Posten unter Preis.

Gardinen, Stores, Musterexemplare, für halben Wert.

Schlafdecken, ein Posten, für halben Wert.

Steppdecken, Musterstücke, spottbillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 6 Anzeigen.

Vorjährige hochelegante Anzüge und Paletots, aus feinsten Maßstoffen, früherer Preis 60—90, jetzt 20—40, werden täglich im Kavalier-Klub, Unter den Linden 61 II verkauft. *

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern 6 Prozent Extrarabatt. 1611R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 1613R*

Tülldecken, volle Bettgröße, Erbstüll, reichgestickt 6,75, Englisch Tüll 2,50, Tülldeckenwände 6,75. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 2243R*

Herrenanzüge, vorjährige, neue, verschiedene Figuren, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe schleunigst Hälfte Kostenpreis. Prenzlauerstraße 23 II, Alexanderplatz, Maßschneider. 76/9

5,00 prachtvolle Betten, 9,00 Bauernbetten, Daunenbetten 12,00, Aussteuer, Damastbezüge 3,90. Nur Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 2172R*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00. *

Bauernbettbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenvorzeigern vergütet Fahrgeld. *

Hermannplatz 6. Großberlins Pfandleihhaus! Empfehlenswerte staunenbillige Pfänderverkäufe! Wäscheverkäufe! Bettenverkäufe! Ausfteuersachen! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Bilderauswahl! Nähmaschinen! Goldsachen! Taschenuhren! Freischwinger! Extrabillige Sommerpaletots! Jackenanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! „Warenverkauf ebenfalls Sonntags."

Humboldtleihhaus! Weltbekannt, nur Brunnenstraße 58. Allerbilligster Bettenverkauf! Pfänderverkauf! Aussteuerwäsche! Steppdecken! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Staunend billig hochelegante Herrengarderobe! Goldene Taschenuhren! Wanduhren! Verschiedenes! Verkauf täglich, auch Sonntags. 2151R*

Antiquitäten, Möbel, Porzellan, Bilder, Zinnsachen, Gold, Silber, Zahngebisse kauft Stankiewicz, Kirchstraße 14, Moabit. 76/11

Problem der Teuerung gelöst teilweise, wer Knaben-, Sport- und Burschenanzüge bei Hirsch, Hochmeisterstraße 23, kauft. Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. †71

Geschäftsverkäufe.

Wasch-, Plättanstalt, seit 15 Jahren bestehend, zu verkaufen. Offerten unter J. S. Postamt 4, Charlottenburg. *

Eckrestauration, altes Geschäft, sofort billig verkäuflich. Erfragen Ruppinerstraße 41, Lokal. 3b

Gutgehendes Obst- und Gemüsegeschäft zu verkaufen Bernauerstraße 40. 255*

Zigarrengeschäft, Ecke, mit anschließender Wohnung, zu verkaufen. Erforderlich 2000 Mark. Offerten 59 Postamt 34. †126

Gutgehende Restauration ist krankheitshalber zu verkaufen. 2/3 Bayerisch, 1/3 Weiß. Näheres bei Wiegert, Hasenheide 117/118, vorn II. †104

Milchgeschäft mit viel Kolonialwaren preiswert zu verkaufen. Auskunft Bergstraße 23, Rixdorf, Ehlert, Drechslerei. †104

Milchgeschäft umständehalber preiswert zu verkaufen Dolzigerstraße 33. †116

Sattlerei wegen Todesfalls zu verkaufen. Maschine Orth. Koch, Ruheplatzstraße 25 beim Wirt.

Schankgeschäft, herrliche Einrichtung, Zentrum, 20—25 halbe, 1400, Miete 1600, umständehalber. Buchwald, Lintenstraße 2, Lokal. 41b

Lokal, Südost, mit Vereinszimmer, ist billig zu verkaufen, passend für Anfänger. Zu erfragen Manteuffelstraße 86, Keller. †8

Schankgeschäft Müllerstraße 62, Miete 1200, Preis 1600. Alleinige Lieferung großer Zimmerplätze. †81

Milchgeschäft verkäuflich Brunnenstraße 48, Bäckerei. †62

Möbel.

Möbel für die Hälfte als im Möbelgeschäft! Komplette Wohnungseinrichtung mit moderner Küche, sonst 475, jetzt 250, größere 325, 400, 460, 500, 550 bis 900, sonst über die Hälfte mehr! Einzelne Möbel für jeden Preis. Ankleideschränke, Plüschsofas, Schreibtische, Büfetts, Ausziehtische, Chaiselongues, moderne Küchen, tiefe Kleiderschränke, Bettstellen mit guter Matratze 30 Mark. Lothringerstr. 26, Schönhauserstor, Hof, Speicherel. *

Möbeltischlerei, gegründet 1901, Stallschreiberstraße 57 (am Moritzplatz), Hof, Fabrikgebäude, liefert reelle Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke zu Fabrikpreisen. Größte Auswahl. Ratenzahlung. Harnack, Tischlermeister. Genossen 5 Prozent. 1958R*

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Schränke, Vertikos, Tische, Sofas, Schreibtische, Bücherschränke, Büfette, Garnituren, Bettstellen, Waschtoilette, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Wirtschaften bedeutend billiger wie überall. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 2130R*

Bessere Möbel, welche schon in herrschaftlichem Besitz waren, aber tadellos erhalten sind, kommen in meinem Aufbewahrungs-Speicher Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, mindestens für die Hälfte des Wertes zum sofortigen Verkauf: 27 Speisezimmer, 32 Herrenzimmer, 24 Salons, 43 Schlafzimmer, 3 Ledersofas, 15 Klubsessel, 19 Garnituren, 18 Büfetts, 36 Schreibtische, 12 Umbau, 38 moderne Küchen. Transport und Aufbewahrung kostenlos! Jedes Zimmer ist aufgestellt! Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, Hof, 6 Etagen. 2977b*

Billige Möbel, gebrauchte und verliehen gewesene, Kleiderspind, Vertiko 18 Mark, Sofatisch 10, Bettstellen mit Federmatratzen 15, Sofa 22, Chaiselongue mit Decke 19,50, Rohrsitzstühle 2,50, Herrenschreibtisch, Garderobenspind 36, Küchenspind, Kommode 12, Säulentrumeau 28, dreiteiliger Ankleideschrank, Nußbaumbüfett 85, bunte Küchen 65, Herrenzimmer, Schlafzimmer, 50 Stand Federbetten. Transport frei. Stargardts Möbelspeicher, Neue Königstraße 29. 215/14*

Möbelgelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, geliehen gewesen, verfallene spottbillig. Riesenlager, Lombardspeicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) *

Wegen Platzmangel verkaufe einzelne Möbelstücke sowie komplette Wohnungseinrichtung sehr billig. Stargardt, Dresdenerstraße 107/108.

Gneisenaustr. 10, Ecke Nostizstr. S. Graw, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. 1716R*

Möbelausverkauf. Wegen Todesfall bedeutend herabgesetzte Preise. Wehr, Petersburgerstraße 62. *

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1683R*

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20. Skalitzerstraße 40. Turmstraße 31. 1820R*

Fahrräder, 35,00, 45,00, 55,00, Riesenauswahl, langjährige Garantien, Fahrradzubehör spottbillig. Laufmäntel 1,45, 2,10. Luftschläuche 1,45, 2,00. Emaillierte Stahlfelgen 0,60. Vernickelte Lenkstangen 1,00. Gespanntes Hinterrad mit Schweinfurter Freilaufnabe und Rücktrittbremse 8,00. Freilaufnabe 4,00. Satteltaschen 0,25. Lichtlaternen 0,25. Elektrische Laternen 0,70. Fußpumpen 0,60. Kettenrad-Garnituren einschließlich Kurbeln 1,50. Schutzblech-Verlängerungen 0,40. Gebrauchte Fahrräder 10,00, 25,00. Radreparaturen allerbilligst. Multiplex, Gitschinerstraße 15. 2152R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

Fahrräder. Teilzahlungen ohne Preisaufschlag, Zubehör, Gummi, Wringmaschinen staunend billig. Lothringerstraße 40 und Steglitz, Schloßstraße 116. 2020R*

Musik.

Duysen-Pianino weit unter Preis zu verkaufen Französischestraße 15, I rechts. 73/14*

Pianino, herrlicher, gesangreicher Ton, Hoflieferant, wenig gebraucht, sofort billigst Warschauerstraße 58, Quergebäude I. 75/11

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Klavierkursus. Erwachsene Juni gratis, Juli 3,00, Klavierüben frei! Albrechts Musikakademie, Moritzplatz, Aschingerhaus. 76/8

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Vereinszimmer für größeren Verein noch einige Tage frei. Grünauer Garten, Grünauerstraße 14.

Lernt die Muttersprache beherrschen Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kokoschy Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Waschanstalt, Plättanstalt Frau Seiler, Köpenick, Charlottenstraße 23, vier Handtücher, Taschentücher 0,10. Abholung Donnerstags. 435

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Dragonerstraße 10a. 215/13

Leihhaus Merkur, G. m. b. H., beleiht hoch und kauft Lexika, Goldwaren, Klaviere, Möbel, ganze Wohnungseinrichtungen, Stoffe, ganze Warenposten, Große Frankfurterstraße 116 I. VII. 579. 2164R*

Vereinszimmer, jedem Verein passend, zu vergeben Reichenbergerstraße 145/146. 44b

Parteigenossen, Gewerkschaftlern zur Kenntnis, daß ich Hochstädterstraße 8 ein Restaurant mit Vereinszimmer für zirka 80 Personen eröffnet habe und bitte ich um gütige Unterstützung. Friedrich Weiß. †81

Vereine, die gewillt sind, im September, Weihnachten und Ostern bei Konzerten in Kellers Lokal, Koppenstraße, mitzuwirken, wollen ihre Adressen bis 20. d. M. abgeben im Restaurant Kleniß, Weidenweg 15.

Vermietungen.

Geschäftskeller, auch als Werkstatt, 450 Mark, Wilhelmstraße 113. 37b

Wohnungen.

Sonnenburgerstraße 27 3-, 2-, 1-Zimmerwohnungen sofort, später.

Soldinerstraße 16, Eckhaus, 1-, 2-Zimmerwohnung sofort, später.

Andreasstraße 70, kleine Wohnungen billig. 29985*

Zimmer.

Teilnehmer zum möblierten Zimmer gesucht. Frau Jacobsen, Wiesenstraße 10, vorn II. *

Große Berliner Stube an ältere Dame sofort oder später preiswert zu vermieten. A. Röhl, Berlin O. 27, Kleine Andreasstraße 20, vorn 4 Tr.

Möbliertes großes Erkerzimmer, herrliche Aussicht, zwei Minuten vom Bahnhof Baumschulenweg, zu vermieten: Trojanstraße 6, II links.

Freundlich möbliertes Zimmer Kottbuserdamm 39 I, überm Bonbonladen. (Hermannplatz). Schmidt.

Freundliches, einfach möbliertes Zimmer, 15 M. Stettner, Christinenstraße 23, vorn II. †33

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle Kottbuserdamm 15, III rechts. 1802b

Möblierte Schlafstelle für Herrn vermietet sofort Witwe Pilz, Eisenbahnstraße 6, vorn II. †8

Schlafstelle, zwei Herren, sofort vermietet Kutschke, Naunynstraße 77, vorn 2 Treppen. †9

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Tagschneider mit eigener Werkstatt für Reinigungsanstalt gesucht. G. 2 Hauptexpedition des „Vorwärts".

Putzer sucht Schmuck, Lichtenrade, Hohenzollernstraße 26. 30b

Tüchtige Barockvergolderin verlangt Paul Klinke, Köpenickerstraße 21.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Jüngerer Mechaniker!

Tüchtiger Reparateur für Sprechmaschinen für süddeutsches Engrosgeschäft nach Stuttgart gesucht.

Offerten unter **H. S. 35** an die **Expedition dieses Blattes.** 76/7

Achtung! Holzarbeiter

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:

für **Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter**

Mosel, Marianennstraße 31/32.

Möbelfabrik **Saalfeld** in **Helmstedt** und sämtliche Betriebe in den Orten **Fürstenwalde, Muskau, Strelitz** und **Nürnberg.**

Gleichzeitig ersuchen **wir** die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie die Vermittelungsbureaus **Blankenfeldestr. 4** u. **Ansbacherstraße 16** streng zu meiden. Diese Bureaus bemühen sich, Arbeitswillige nach Helmstedt anzuwerben.

Für **Korbmacher:**
Körner in Rowawes.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.